Jahrgang / Année 1995

Bulletin

zur schweizerischen Sicherheitspolitik sur la politique de sécurité suisse

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETH Zürich
Centre de recherche sur la politique de sécurité et la polémologie, EPF de Zurich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Kurt R. Spillmann

Aktuelle Diskussion

Von der bewaffneten Neutralität zur kooperativen Sicherheit
von Kurt R. Spillmann 1

Die OSZE-Präsidentschaft 1996:
Eine Herausforderung für die schweizerische Aussenpolitik
von Andreas Wenger und Christoph Breitenmoser 17

Die Auswirkungen der Informationsrevolution auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik: Chancen und Risiken
von Andreas Wenger und Thomas Köppel 64

Umfassende Risikoanalyse Schweiz:
Entwurf eines dynamischen System-Modells
von Andrea Smutek-Riemer und Fritz Stäger 89

Kurzangaben über die Autoren 115

Chronologie

Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik
von Dezember 1994 bis November 1995 119

Forschungsprojekte

Sicherheitspolitische Forschung 1995 151

Vorwort

Bereits zum fünften Mal erscheint 1995 das Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik, das die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich mit Unterstützung der Zentralstelle für Gesamtverteidigung herausgibt.

Der erste Artikel nimmt eine Bewertung der aktuellen sicherheitspolitischen Lage der Schweiz und ihres Umfeldes vor und plädiert für eine Ablösung der Schweiz aus der Befangenheit ihrer strengen Neutralitätstradition. Eine logische Reaktion auf die Integrationsleistungen von EU und Nato wäre, dass die Schweiz ihre Autarkieansprüche aufgibt und sich gemeinsam mit den westeuropäischen Nachbarstaaten um ein System der kooperativen Sicherheit bemüht. Es ist an der Zeit, ein klares Signal in dieser Richtung durch den baldigen Beitritt zur *Partnerschaft für den Frieden* zu setzen.

Ein sicherheitspolitischer Höhepunkt für das Jahr 1996 ist die schweizerische OSZE-Präsidentschaft. Andreas Wenger und Christoph Breitenmoser beschreiben in ihrem Beitrag in einem ersten, historischen Teil die Entstehungsgeschichte der KSZE und ihre Metamorphose von der Konferenz zur Organisation. In einem zweiten Teil fragen sie nach den Herausforderungen, welche die Übernahme der Gesamtverantwortung für die ausführenden Tätigkeiten der OSZE beinhalten.

Zu diesen Herausforderungen gehört nicht zuletzt eine Public Relations-Strategie, um die OSZE und ihre von Natur aus unspektakulären Aufgaben einer breiteren Öffentlichkeit besser bekannt zu machen. Ein Teil dieser Strategie ist die Präsenz der OSZE auf dem Internet. Im Auftrag des EDA betreibt die Forschungsstelle eine Home Page, auf der sich Interessierte mit Internet-Anschluss detailliert über die OSZE informieren und die aktuellen Pressemitteilungen von OSZE und EDA einsehen können (http://www.fsk.ethz.ch/osze/).

Doch nicht nur für die OSZE, sondern auch im weiteren Bereich der Sicherheitspolitik ist die Forschungsstelle auf dem Internet präsent. Im Rahmen des International Security Network (ISN) betreibt sie als Dienstleistung für Forscher und Praktiker eine vir-

tuelle Bibliothek in den Forschungsgebieten Aussen- und Sicherheitspolitik. Die Betreuung dieser "virtual library" wird finanziell massgeblich von Bundesstellen unterstützt. Begleitend dazu ist ein Projekt "Informationstechnologie und Internationale Beziehungen" lanciert worden, das die Auswirkungen der Informationsrevolution auf die Aussen- und Sicherheitspolitik wissenschaftlich untersucht. Andreas Wenger und Thomas Köppel führen in ihrem Beitrag in dieses Projekt ein.

Der "Integrierten Risikoanalyse Schweiz" ist schliesslich der letzte Beitrag dieses Bulletins gewidmet. Andrea Smutek-Riemer und Fritz Stäger beschreiben darin eine Methode, um die verschiedenen Risiken, welche die Schweiz bedrohen, nicht nur qualitativ in Szenarien zu beschreiben, sondern die gemachten Erkenntnisse auch zu quantifizieren.

Abgerundet wird das Bulletin wie immer durch eine Jahreschronik und eine Aufstellung der laufenden Forschungsprojekte im Gebiet der Aussen- und Sicherheitspolitik. Dabei ist bewusst ein breiter Rahmen gewählt worden, um der Interdisziplinarität des Themas gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang danken wir dem Schweizerischen Informations- und Daten-Archivdienst für die Sozialwissenschaften (Sidos), Neuchâtel, der die Resultate der Umfrage der Forschungsstelle überlassen hat.

Das Bulletin wurde von Thomas Köppel und Robert Fabrin redaktionell betreut. Neben den Autoren waren Ugo de Vito und Elisabeth Schumacher massgeblich an der Produktion beteiligt. Ihnen möchte ich ebenfalls danken.

Zürich, 15. Dezember 1995 Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Aktuelle Diskussion

Von der bewaffneten Neutralität zur kooperativen Sicherheit

von Kurt R. Spillmann

Die Geschichte der Eidgenossenschaft ist die Geschichte einer Sicherheitsgemeinschaft. Die Geschichte dieser Gemeinschaft ist geprägt von den Schwierigkeiten ihrer Teile, sich trotz divergierender Einzelinteressen immer wieder neu zusammenzuraufen. Im Laufe der Zeit haben die eidgenössischen Orte den Konflikt zwischen Teilinteressen und dem Interesse des Ganzen als Konflikt zwischen den Orten und dem Bund ausgetragen. Heute spielt sich die Dialektik zwischen Eigenständigkeit und Bündnisbereitschaft auf der Ebene Schweiz - Europa ab.

1. Gemeinschaft voller Konflikte

Die Gemeinschaft der drei Alpentäler im Vorland des Gotthardpasses, die sich im 13. Jahrhundert bildete und aus der sich im Laufe der Jahrhunderte die Schweiz entwickelte, begann als *Selbsthilfegemeinschaft im Dienste der gemeinsamen Sicherheit* sowohl nach innen wie nach aussen. Im *Innern* wollte dieser Landfriedensbund die Gültigkeit eines allgemeinen Rechts gegenüber den *sippschaftlichen* Rechtsansprüchen von Blutrache und Fehde durchsetzen. Nach *aussen* erhielt der Bund wohl erst nach dem eher zufälligen Überfall der Schwyzer auf das unter habsburgischer Schirmherrschaft stehende Kloster Einsiedeln und nach dem erfolgreichen Widerstand gegen die anschliessende habsburgische Strafaktion (Morgarten, 1315) eine politische Ausrichtung.

Bildete im 14. Jahrhundert die äussere Gegnerschaft zu Habsburg ein verbindendes Element etwa zur westlichen "Eidgenossenschaft" um das Zentrum Bern, so verlagerte sich der Akzent im 15. Jahrhundert auf die Erhaltung der Gemeinschaft überhaupt, da die scharf divergierenden Interessen von Stadt und Land in blutigen Bürgerkriegen die Eidgenossenschaft zu zerreissen drohten. Niklaus von Flüe vermittelte im Stanser Verkomnis (1481) in letzter Not einen Kompromiss, der aber durch die konfessionellen Gegensätze des frühen 16. Jahrhunderts wieder in Frage gestellt wurde. Am nächsten kam die Eidgenossenschaft einer Auflösung

wohl in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, das heisst in jener Zeit der Sonderbündnisse der beiden konfessionellen Lager mit ausländischen Mächten. Die Erinnerung an die gemeinsamen Sicherheitsinteressen ging fast verloren. Bedeutende politische Persönlichkeiten beider Lager arbeiteten auf die Auflösung der Eidgenossenschaft hin. Das Schicksal der Eidgenossenschaft hing während einiger Jahre an einem dünnen Faden. Als Frankreich durch das Edikt von Nantes 1598 zu einem konfessionell gemischten Land wurde, bedeutete das auch für die Eidgenossenschaft eine Verminderung der Gefahr des Auseinanderbrechens.

Mit Mühe hielt sich die Eidgenossenschaft während des Dreissigjährigen Krieges aus den Konflikten der Nachbarn heraus. Langsam setzte sich in der Eidgenossenschaft die Einsicht durch, dass das Stillesitzen und die Nichteinmischung in die nachbarlichen Kämpfe die sicherste Politik zur Wahrung der Sicherheit war. 1638 wurde von der Tagsatzung die *unbedingte und bewaffnete Neutralität* erstmals und offiziell zum sicherheitspolitischen Prinzip erhoben. Vorbereitungen auf allfällige Kriegsereignisse wurden aber noch nicht gemeinsam getroffen. Ausbildung und Bewaffnung der Truppen blieben Sache der Orte. Erst gegen Ende des Dreissigjährigen Krieges, als schwedische Truppen sich dem Bodensee näherten, gelang es, einen ersten Ansatz für eine gesamteidgenössische Organisation der Landesverteidigung zu formulieren (Defensionale von Wil, 1647).

Diese erste eidgenössische Militärorganisation blieb aber praktisch unwirksam, da nach dem Ende des Krieges und dem Ende der unmittelbaren Gefahr die eidgenössischen Orte sofort wieder zur eifersüchtigen Bewahrung ihrer Souveränität zurückkehrten. Nach rund drei Jahrzehnten zog sich die Mehrheit der katholischen Orte formell aus dem Defensionale zurück. Wichtiger als ein gemeineidgenössisches Sicherheitsinteresse waren aus wirtschaftlichen Gründen die Soldverträge, die die einzelnen Orte je nach Parteineigung mit dem Papst, mit Savoyen, Mailand, Spanien, Frankreich, Österreich, Venetien oder den Niederlanden abschlossen. Alle Vorschläge, die zur Reform des eidgenössischen Wehrwesens gemacht wurden, blieben unbeachtet, auch wenn theoretisch die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns eingesehen wurde. Entsprechend unorganisiert - sowohl in politischer wie in militärischer Hinsicht - waren die Reaktionen der eidgenössischen

Orte auf die französischen Bedrohungen der Revolutionszeit. Gegen die 1798 einmarschierenden - und von vielen Revolutionsfreunden zum Einmarsch aufgeforderten - Franzosen kam kein wirkungsvoller gemeinsamer Widerstand zustande. Die Orte der Eidgenossenschaft hatten ihre *gemeinsamen* Sicherheitsinteressen vergessen und eine gemeinsame militärische Vorsorge vernachlässigt.

2. Neutralität und Verteidigung

Die gewaltsame Umgestaltung der europäischen Staatenwelt durch Napoleon hatte den Papiercharakter einer unverteidigten Neutralität ebenso demonstriert wie die militärische Übermacht der grossen Nachbarstaaten. Die Schweiz musste damit rechnen, in einer Neuordnung Europas *aufgeteilt* zu werden. Glücklicherweise respektierte Metternich auf dem Wiener Kongress die angestammte Legitimität der vorrevolutionären Verhältnisse. So blieb der Schweiz die Auflösung erspart.

Aber die Schweiz war noch immer - trotz aller schmerzlichen Erfahrungen und mit Glück überstandenen Krisen - weit davon entfernt, ein Nationalstaat oder eine Nation zu sein und eine kohärente Aussenpolitik zu verfolgen. Immer noch standen sich verschiedene regionale, politische, konfessionelle und wirtschaftliche Interessengruppen mit grossem Misstrauen gegenüber.

Das Ringen um eine modernere, kohärentere und auch liberalere Gestaltung des Bundes intensivierte sich, als in den 1830er Jahren verschiedene Kantone ihre Verfassungen modernisierten und liberalisierten. Es entwickelte sich ein *Kalter Krieg* zwischen dem konservativen und dem wachsenden liberalen Lager, der 1844 mit dem ersten Freischarenzug in kriegerische Handlungen umschlug. Die konservativen Orte gründeten eine "Schutzvereinigung", den Sonderbund, und suchten Unterstützung bei Österreich, Frankreich und Sardinien, worauf die liberalen Orte beschlossen, diesen Sonderbund mit Gewalt aufzulösen. Der letzte eidgenössische Bürgerkrieg begann. Einmal mehr mussten glückliche geschichtliche Umstände die Schweiz retten. Bevor nämlich ausländische Mächte intervenieren konnten, war der Krieg zu Ende, und es brach die 1848er Revolution aus, was sowohl Preussen wie Österreich daran hinderte, nachträglich noch in der Schweiz zu intervenieren. Der Sieg der Liberalen führte in erstaunlich kurzer Zeit zur

Schaffung des Bundesstaates auf der Basis der neuen Verfassung von 1848. Trotz äusserlich gelungener Versöhnung wirkte aber die innere Spaltung noch lange nach. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass die Verfassungsväter von 1848 es nach eingehender Debatte ablehnten, die Neutralität in der Verfassung zu verankern. Neutralität wurde bewusst nur als Mittel der Aussenpolitik unter den gegenwärtigen Umständen betrachtet. Im Dienste der übergeordneten Ziele der Eidgenossenschaft und unter veränderten äusseren Umständen sollte es in der Zukunft aber möglich bleiben, die Neutralität wieder aufzugeben.

Um die Schweiz militärisch abzusichern, wurde das Wehrwesen im Laufe des 19. Jahrhunderts modernisiert und 1874 - nach den bedenklichen Erfahrungen im deutsch-französischen Krieg - erstmals in einer gesamteidgenössischen Militärorganisation zusammengefasst. Die Neutralität wurde zur bewaffneten Neutralität.

War nun der Bundesstaat im Besitze eines militärischen Instrumentes, um seine Unabhängigkeit nach aussen im Kriegsfalle mit Aussicht auf Erfolg behaupten zu können, so begannen um die Wende zum 20. Jahrhundert neue Aspekte der nationalen Sicherheit eine Rolle zu spielen. Im Kräftefeld der grösseren Nachbarn war die Schweiz durch ihre Kleinheit, ihre Topographie und ihre Neutralität - sofern sie glaubwürdig verteidigt wurde - geschützt. Aber immer intensiver wurde das Netz der Handelsbeziehungen mit dem Ausland, immer grösser die Abhängigkeit einer rasch wachsenden Industrie von der ungestörten Benützung der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen. Ein neues Problem war gestellt: wie verhielten sich politisch-militärische und wirtschaftliche Verwundbarkeit zueinander? Bisher konnte die Existenz eines Staates von aussen nur durch fremde Armeen in Frage gestellt werden. Wenn aber die Wirtschaft eines Landes und damit die elementare Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Arbeitsplätzen zunehmend von den Verbindungen zum Ausland abhing, welche Politik war da geeignet, dem Lande verlässliche Sicherheit zu gewähren?

3. Erster Weltkrieg

Im Zusammenhang mit der Balkankrise von 1912 stellte sich auch der Bundesrat diese Frage und kam zum Schluss, dass die Schweiz im Falle eines längerdauernden Krieges sich einer der kriegfüh-

renden Mächte anschliessen müsste, um die Versorgung des Landes sicherzustellen. Das war - zwei Jahre vor dem Ersten Weltkrieg - offensichtlich die von den Verfassungsautoren von 1848 gewollte rein instrumentale Auffassung von der Neutralität im Dienste der Existenzsicherung.

Nicht nur die wirtschaftliche Dimension zeigte sich als neuer Teilaspekt der Sicherheit. Erstmals tat sich zur Zeit des Ersten Weltkrieges auch ein Graben zwischen deutscher und welscher Schweiz auf, indem die Französisch sprechenden Schweizer sich mit Frankreich solidarisierten, die Deutsch sprechenden hingegen mehrheitlich mit Deutschland sympathisierten. Der "Röschtigraben" drohte die Schweiz innerlich zu spalten und wies auf die kulturelle oder Identitäts-Komponente staatlicher Sicherheit hin. In früheren Jahrhunderten waren es die konfessionellen Spannungen gewesen oder die Interessenunterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen Herrschenden und Untertanen beziehungsweise zwischen konservativen und liberalen Kantonen, die eine kohärente Aussen- und Sicherheitspolitik des ganzen Landes verhindert hatten. Aus dieser Not hatten die Eidgenossen eine Tugend gemacht und die Politik des erzwungenen Stillehaltens zur salonfähigen Neutralitätspolitik weiterentwickelt. Im Ersten Weltkrieg kam der kulturell bestimmte "Röschtigraben" zu den verschiedenen traditionellen Gräben hinzu. Da er mit keiner der bereits bestehenden Konfliktlinien zusammenfiel, wurde er nicht existenzbedrohend.

Unter den neuen Umständen der internationalen Wirtschaftsverflechtungen wurde es für den Nationalstaat immer schwieriger, autonom zu bleiben. Diese Einsicht galt in besonderer Weise für den kleinen Nationalstaat Schweiz. So musste die Schweiz alles Interesse daran haben, in einem stabilen Umfeld zu leben, und allenfalls auch bereit sein, an diese Stabilität des Umfeldes selber Beiträge zu leisten. In diesem Sinne war der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund 1920 ein logischer Schritt. Aber er war erschwert durch die gewachsene Bedeutung der Neutralität, die mit dem Beitritt zum Völkerbund nicht fugenlos zusammenpasste. Der Bundesrat vollzog den Beitritt zum Völkerbund nur mit Vorbehalt der Neutralität und kehrte 1938 wieder zur integralen Neutralität zurück, als die Wirkungslosigkeit des Völkerbundes im Bereich der politischen Stabilisierung und der Verhinderung von bewaffneten

Aggressionen offenbar geworden war. Eine Stabilisierung des Umfeldes durch Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation war noch nicht möglich, und das Prinzip der kollektiven Sicherheit war nicht in der Lage, den kleinen Mitgliedern des Kollektivs echte Sicherheit zu garantieren.

Auch die Guten Dienste, die die neutrale Schweiz bereits im Ersten Weltkrieg durch die Interessenvertretung für 23 Staaten zu leisten begonnen hatte, waren nur eine Hilfskomponente für die Sicherheitspolitik. Gute Dienste und humanitäre Aktivitäten mochten mithelfen, in der Welt ein günstiges Bild von der Schweiz zu erzeugen. Aber verlässliche Sicherheit war dadurch nicht zu gewinnen.

4. Zweiter Weltkrieg: Entstehung der Igelmentalität

Mit dem Zweiten Weltkrieg wurde die Schweiz in aller Härte vor das Problem der Existenzsicherung durch mehrere Komponenten einer bereits komplex gewordenen Sicherheitspolitik gestellt. Erstens wirkte die militärische Verteidigung der Neutralität glaubwürdig. Zweitens verschoben sich mit Hitlers Angriff auf die Sowjetunion die strategischen Brennpunkte von der Schweiz weg. Drittens war die Schweiz für Hitler ein wirtschaftlich nützlicher Partner (vor allem als Goldumschlagplatz). Viertens machte die Politik des zähen Verhandelns und der widerspenstigen Konzessionen gegenüber Hitler wie auch gegenüber den Alliierten die Schweiz zwar auf keiner Seite besonders beliebt, aber sie half Zeit gewinnen und war als Teil der schweizerischen Überlebensstrategie erfolgreich.

Es waren insbesondere die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, die die Neigungen zur Igelmentalität, zur Abkehr vom Ausland und zu selbstgefälligem Rückzug auf das Eigene bestärkten. Die Schweiz hatte sich behaupten können. Ihre Wirtschaft blieb als einzige inmitten eines zerstörten Umfeldes intakt, und dies - so war sich die Bevölkerung einig - vor allem dank dem Konzept der bewaffneten Neutralität. Im Blick zurück in die Geschichte glaubten die Schweizer zu sehen, wie ihr Land schon immer durch die Neutralität vor den Konflikten der grösseren und mächtigeren Nachbarn gerettet worden war. Also bestand auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kein Grund, dieses Konzept zu ändern.

5. Tradition trotz Veränderungen

Während des Kalten Krieges fuhr die Schweiz fort, eine Aussen- und Sicherheitspolitik der bewaffneten Neutralität, der Dissuasion und des "hohen Eintrittspreises" zu betreiben. Sie profitierte aber de facto von der "Extended Deterrence", der ausgedehnten Abschreckungswirkung, des Nato-Nuklearschirmes, der ganz Westeuropa überdeckte. Während die Schweiz in der Theorie an der Tradition festhielt, war sie faktisch im Laufe der Nachkriegszeit selbst Teil des "Westens" geworden. Die politischen und kulturellen Grundwerte teilte sie aus historischen Gründen mit den westlichen Demokratien, im wirtschaftlichen Bereich wurde die Verflechtung durch zunehmende Industrialisierung, Urbanisierung und die Intensivierung des internationalen Güteraustausches immer enger. Weder Regierung noch Parlament waren allerdings willens, die aussenpolitischen oder militärischen Konsequenzen aus dieser Situation zu ziehen. Die Schweiz beharrte auf vollständiger Unabhängigkeit, Nicht-Teilnahme am Integrationsprozess und sicherheitspolitischer Autarkie. Sie wurde nicht Mitglied der Uno, nicht Mitglied der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und schon gar nicht Mitglied der Nato.

Höchstens bot sie ihr Territorium als Verhandlungsplatz für internationale Konferenzen an und unterstützte die humanitären - ebenfalls strikt neutralen - Aktivitäten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Nach wie vor richteten sich alle sicherheitspolitischen Bestrebungen der Schweiz darauf aus, das Land aus den Konflikten der Nachbarn herauszuhalten und deren allfällige Auswirkungen auf die Schweiz möglichst abzudämpfen. Zu diesem Zweck wurde mit beträchtlichem Aufwand und in langer Aufbauzeit ein umfassendes System der Gesamtverteidigung errichtet, das der Bundesrat in einem ersten Bericht zur Sicherheitspolitik 1973 erklärte und begründete.

Trotz der nicht unerheblichen wirtschaftlichen Stärke der Schweiz und entsprechender weltumspannender Tätigkeiten war es den Vertretern der schweizerischen Aussenpolitik nicht erlaubt, in irgendeiner die Neutralität kompromittierenden Absicht über die Landesgrenzen hinauszublicken. Nachträglich bekanntgewordene Äusserungen zum Beispiel von 1956 von Bundesrat Chaudet gegenüber dem stellvertretenden Oberkommandierenden der Nato, Feldmarschall Montgomery, die Schweiz würde im Falle eines nu-

klear geführten Krieges ihre Neutralität sofort aufgeben und sich mit der Nato verbünden, konnten noch 1995 heftige Zeitungskontroversen auslösen. Dabei war eine inoffizielle Kontaktaufnahme zur Nato schon damals nichts anderes als verantwortungsvoller Weitblick des damaligen Verteidigungsministers.

Die Schweiz wurde zwar 1963 Mitglied des Europarates und unterzeichnete 1975 die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), aber nur, weil die Neutralität darin ausdrücklich anerkannt wurde und diese Konferenz keine Beschlüsse fassen, sondern nur Empfehlungen abgeben konnte. Es war nicht vorauszusehen, dass die KSZE in der späten Phase des Kalten Krieges zur wichtigsten Plattform der Begegnungen und Abrüstungsverhandlungen zwischen West und Ost werden würde und dass den Neutralen und Nichtgebundenen, den sogenannten N+N-Staaten, in diesem Rahmen vorübergehend eine grosse internationale Bedeutung zukommen könnte. Trotz dieser ersten etwas ausgreifenderen Aktivitäten im Rahmen der KSZE verharrte die Schweiz auch nach der grossen Wende von 1989/90 in einem sicherheitspolitischen Denken, das sich an den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges ausrichtete und das reaktiv konzipiert war. Der Gedanke, dass eine ganzheitliche Sicherheitspolitik auch danach trachten könnte, selber aktiv und stabilisierend ins eigene Umfeld hinauszuwirken, schien schweizerischem Denken und schweizerischen Interessen nicht zu entsprechen. Alle politische Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf die Innenpolitik. Föderalistische Konsensfindung und der Ausbau des Sozialstaates standen im Vordergrund. Nach aussen waren die Guten Dienste, diplomatische Vermittlung im Rahmen der KSZE und humanitäre Aktivitäten das Äusserste, was man sich unter dem Motto *Neutralität und Solidarität* glaubte leisten zu können.

6. Die grosse Wende

Der Zusammenbruch der Sowjetunion brachte die radikale Veränderung des Rahmens, in dem sich die schweizerische Sicherheitspolitik immer bewegt hatte. Das Ende der bipolaren Weltordnung brachte das Verschwinden der innereuropäischen Fronten mit sich. *Damit änderte sich auch die strategische Lage der Schweiz radikal.* Seit dem Ende des 15. Jahrhunderts hatte sich die Schweiz immer in der Nähe einer potentiellen Front im säkularen französisch-

habsburgischen, französisch-österreichischen, französisch-deutschen und zuletzt west-östlichen Hegemonialkampf befunden. Die Neutralität hatte ihr erlaubt, sich von den Kämpfen der Mächtigen fernzuhalten und sich den eigenen Interessen zu widmen. Das alles galt jetzt nicht mehr. Es gab und gibt keine potentielle Front mehr in der Nähe der Schweiz. Im Gegenteil: Die beherrschende Entwicklung ist die Entwicklung der Annäherung und des Zusammenschlusses jahrhundertelang verfeindeter Nationen - mindestens in Westeuropa. *Damit entfällt der eigentliche innerste Grund der schweizerischen Neutralität*. Das Land liegt nicht mehr in unmittelbarer Nähe der Front eines jederzeit möglichen Konfliktes, sondern befindet sich in einer echten Binnenlage, nämlich im Innern der sich konsolidierenden Europäischen Union, die bereits nach einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) strebt. Die fundamentale Bedeutung dieser Veränderungen ist bis heute der Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung nicht zum Bewusstsein gekommen, oder aber sie hat tiefe Abwehrängste ausgelöst und ein fast reflexartiges Festhalten-Wollen am so lange nützlichen Konzept der integralen Neutralität.

Die richtigen Überlegungen zur Neutralität, die die Gründer unseres Bundesstaates von 1848 anstellten, sind völlig in Vergessenheit geraten, und um so nützlicher ist es, sie im Wortlaut des Protokolls von 1847 in Erinnerung zu rufen: "Die Neutralität sei ein Mittel zum Zwecke, sie sei eine dermalen angemessen erscheinende politische Massregel, um die Unabhängigkeit der Schweiz zu sichern; allein die Eidgenossenschaft müsse sich das Recht vorbehalten, unter gewissen Umständen, sofern sie es für zuträglich erachte, aus ihrer neutralen Stellung heraus zu treten."[1]

Die schweizerische Neutralität gilt heute nur noch in der Schweiz selbst oder in sehr weit entfernten Ländern - in China, Ghana oder Costa Rica - als moralische Trumpfkarte. Sie hat ihren einst sehr praktischen Wert verloren. Die Schweiz kommt nicht darum herum, sich über ihre Stellung in Europa und in der Welt von Grund auf neue Gedanken zu machen.

---

[1] Abschied der ordentlichen eidgenössischen Tagsatzung des Jahres 1847, IV. Teil, S. 51.

7. Der Bericht 90

In der richtigen Erkenntnis, dass in dieser Zeit des Umbruchs eine Neuorientierung nötig sei, liess der Bundesrat 1990 ein neues sicherheitspolitisches Grundlagendokument erarbeiten, in dem aufgrund einer sorgfältigen Lageanalyse die Zielsetzungen einer neuen, den Umständen angepassten Sicherheitspolitik vorgegeben werden sollten. Der Bericht 90 ging in seiner Analyse bereits von einer grossen Wende aus. Der Bundesrat wollte in diesem Dokument darlegen, wie die Schweiz zur Verwirklichung eines friedlichen und demokratischen Europa beitragen könne. Aber nicht nur auf den machtpolitischen Wandel wollte der Bundesrat mit seiner sicherheitspolitischen Kurskorrektur reagieren. Er wollte auch die Tatsache anerkennen, dass "weltweit (...) immer deutlicher andere Gefahren sichtbar [werden], die die Existenz von Staat und Bevölkerung letztlich ebenfalls bedrohen können", und deren Ursachen in demographischen, ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen liegen. Und schliesslich wollte er auch die innere Befindlichkeit des Landes, die Verunsicherung vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie den Wandel von Wertvorstellungen, in seine Analyse mit einbeziehen.

Das waren neue Töne. Das war nicht mehr nur militärische Abwehr und reaktives Verhalten. Das war ganzheitliche Sicherheitspolitik. Die Schweiz sollte sich sogar bereit machen, selber aktiv stabilisierend in ihrem Umfeld tätig zu werden. Im Bericht 90 des Bundesrates wurde in offener Weise ausgesprochen, warum auch die Schweiz das Ausmass ihrer internationalen Kooperation vergrössern muss: "Eine ganze Reihe von Sicherheitsproblemen, vor allem im vorbeugenden Bereich, lassen sich nur noch im Zusammenwirken mit anderen Staaten lösen," und: "Indem wir zur allgemeinen Friedenssicherung, zur Krisenbewältigung und zur Beseitigung von Konfliktursachen namentlich in Europa beitragen, leisten wir auch einen wesentlichen Beitrag an unsere eigene Sicherheit."

8. Der schweizerische Beitrag

Worin aber soll ein schweizerischer Beitrag an die internationale Stabilität bestehen, nachdem das Blauhelm-Gesetz am 12. Juni 1994 abgelehnt worden ist?

Zunächst sei daran erinnert, dass die Schweiz bereits vor der Blauhelm-Abstimmung international tätig war: mit einer Sanitätseinheit in Namibia, mit einer logistischen Einheit in der Westsahara, mit Militärbeobachtern für verschiedene Uno-Missionen. Diese unbewaffnete militärische Dienstleistung für die Uno und die internationale Friedenssicherung wird weitergeführt und ausgebaut werden.

Im weiteren ist die Schweiz seit 20 Jahren Mitglied der Konferenz (beziehungsweise Organisation) für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, seit 1995 OSZE) und übernimmt im Jahre 1996 den Vorsitz dieser Organisation. (Vgl. dazu den Aufsatz von Andreas Wenger und Christoph Breitenmoser in diesem *Bulletin*.)

Eine weitere Möglichkeit besteht für die Schweiz darin, das von der Nato angebotene *Partnership for Peace*-Programm aktiv aufzunehmen. Sie kann damit die bilaterale Zusammenarbeit mit der für Europa wichtigsten Sicherheitsorganisation verbessern, ohne die Neutralität zu gefährden, da mit dem Programm keine Verpflichtung zur Teilnahme an Operationen, nicht einmal an Feldübungen, verbunden ist. Wichtig ist, dass auch die Schweiz - wie inzwischen bereits 24 andere Staaten - diese Chance wahrnimmt, ein weiteres Fenster zur internationalen Sicherheitskooperation aufzustossen und im Rahmen dieses Programms in einem selbst definierten Umfang mit der Nato in institutionalisierte Beziehungen einzutreten.

Schliesslich ist hier der ganze Bereich der aktiven Friedensförderung durch Kooperation und Hilfeleistung zu erwähnen, wo verschiedenste Massnahmen - von der Zusammenarbeit im Bereich Abrüstungsverhandlungen, Non-Proliferation, restriktive Waffenexportpolitik, Bekämpfung der internationalen Kriminalität, des Drogenhandels und der Geldwäscherei bis zur Entwicklungszusammenarbeit und zur humanitären Hilfe - einzurechnen sind. Ziel all dieser Massnahmen ist es, Konfliktursachen anzugehen und durch Ursachenbekämpfung mehr Sicherheit zu gewinnen.

9. Und die traditionellen sicherheitspolitischen Ziele?

Aber wie verhalten sich nun die neuen sicherheitspolitischen Ziele zu den traditionellen, tief in der Geschichte verwurzelten Zielen wie "Friede in Freiheit und Unabhängigkeit", "Wahrung der Handlungsfreiheit" und "Behauptung des Staatsgebietes"?

Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit sind Ideale, deren relative Verwirklichung ohne gesichertes, das heisst auch wirkungsvoll verteidigtes, Territorium nie möglich gewesen wäre. Entsprechend gross ist die Bedeutung des Territoriums in der ganzen Überlieferung. Ohne Besitz eines Territoriums kann ein Volk nach Völkerrecht keinen Staat bilden und auch nicht jene Freiheit und Unabhängigkeit beanspruchen, die im Selbstverständnis der Schweizer durch Jahrhunderte hindurch zäh und erfolgreich verteidigt wurden. Dennoch ist den Schweizern von heute klar, dass der Besitz des schweizerischen Territoriums für die heute lebende Gesellschaft keine Sicherung des Überlebens, vor allem keine Sicherung des Weiterlebens mehr bedeutet. Die Mehrheit der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter der Schweiz kommt aus dem Ausland, die Rohstoffe der Industrie kommen aus dem Ausland, die Mehrheit der in der Schweiz hergestellten Produkte geht ins Ausland. Die heutige Schweiz ist in einem viel höheren Masse mit dem Ausland verzahnt und von ihrem Umfeld abhängig als je zuvor in ihrer Geschichte. Die Schweiz ist eine hochtechnisierte, international vernetzte und extrem arbeitsteilige Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, die *nach* einem allfälligen Krieg nicht einfach auf dem Niveau einer Agrargesellschaft weiterleben könnte. Das heisst aber, dass es heute schwieriger wäre als je zuvor, das sicherheitspolitische Ziel "Behauptung des Staatsgebietes" zu realisieren. Entsprechend diesen Einschränkungen unserer Unabhängigkeit müssten auch relativierende Überlegungen in bezug auf die davon abhängigen Begriffe "Freiheit" und "Handlungsfreiheit" gemacht werden. Frei ist nur, wer nicht abhängig ist. Und die Schweiz, als moderne Dienstleistungs- und Industriegesellschaft, ist heute stärker eingebunden als je.

Zusammengefasst heisst das: Die Grenzen des klassischen Nationalstaates sind nicht mehr die Grenzen der heute relevanten Sicherheitsräume. Nationalstaaten sind keine autarken Gebilde mehr. Es geht für die Schweiz - wieder einmal - darum, in einem Prozess der Interessenabstimmung und notgedrungen auch durch Anpassung an das Umfeld die ihr wichtigen sicherheitspolitischen Zielsetzungen in die Zukunft hinein zu gewährleisten.

10. Was ist zu tun?

Mit welcher Strategie kann die Schweiz die Spannungen zwischen sicherheitspolitischen Zielen und den Zwängen einer veränderten Realität bewältigen?

Eine rationale Überprüfung der Fakten scheint dafür zu sprechen, dass die Kräfte der europäischen Integration, die sorgfältig über 35 Jahre entwickelt worden sind und die in viele Richtungen weiter wachsen, bereits eine derartige Konsistenz und Standfestigkeit erreicht haben, dass mit einem Rückfall in einen kämpferischen Nationalismus unter jetzigen Nato- und EU-Partnern in absehbarer Zukunft nicht mehr zu rechnen ist. Nationalistische Bewegungen, wie sie in allen Nachbarstaaten und auch in der Schweiz selbst manifest sind, können eher als lokale und regionale Fundamentalismen beurteilt werden. Es bedürfte einer grossen sozialen Katastrophe und einer Entwurzelung der Mehrheiten der europäischen Völker, um die psychologischen Voraussetzungen zu schaffen, die die jeweiligen Mehrheiten solchen Re-Nationalisierungsbewegungen in die Arme treiben würden.

Die Anpassungsleistungen von EU und Nato in Richtung wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Integration sind bemerkenswert. Diese Organisationen haben die Befangenheit in den Problemen des Kalten Krieges hinter sich zurückgelassen. Sogar die Nato hat ein völlig renoviertes, modernes Konzept entwic??kelt, das mit dem ersten grösseren Einsatz ihrer Geschichte - zur Überwachung des Friedensschlusses von Dayton im ehemaligen Jugoslawien - ab Dezember 1995 auf dem Prüfstand steht. Selbst wenn die USA ihr Engagement im Rahmen der Nato noch weiter reduzieren würden, so sind doch keine Gründe sichtbar, die die Mitglied- und Trägerstaaten der Nato veranlassen könnten, diese einzige funktionstüchtige Sicherheitsorganisation, die sich bereits eine neue, zukunftsbezogene Agenda gegeben hat, aufzulösen.

Auch für die Schweiz ergibt sich die Notwendigkeit, sich von der Befangenheit in der Tradition innert nützlicher Zeit zu befreien.

Eine logische Konsequenz für die Neuausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik auf diese Tatsachen würde heissen, dass die Schweiz ihre sicherheitspolitischen Autarkieansprüche (wie sie zum Beispiel die Volksrepublik China aus ihren geographischen, demographischen und politischen Voraussetzungen begründet er-

heben kann) aufgibt und sich dem westeuropäischen Sicherheitsverbund in geeigneter Weise anschliesst. Ein erstes Signal dazu wurde gegeben mit dem Entscheid, Nato-Truppen auf ihrem Weg zum Einsatz in Bosnien die Schweiz passieren zu lassen. Der nächste Schritt wird eine baldige Teilnahme an der *Partnerschaft für den Frieden* (Partnership for Peace, PfP) sein. Weitere Schritte in Richtung auf eine engere Integration in die europäischen Strukturen werden folgen müssen.

Das bedeutet nicht, die eigene Tradition der Landesverteidigung aufzugeben, sondern das bedeutet, endlich sicherheitspolitische Kontakte aufzunehmen zu Nachbarn, von denen die Schweiz nicht nur keine militärischen Übergriffe zu befürchten hat, sondern mit denen die Schweiz als demokratisch und marktwirtschaftlich organisierter Rechtsstaat in allen relevanten Grundwerten übereinstimmt. Nur sicherheitspolitische Zyniker können im Ernst behaupten, dass die Schweiz gegenwärtig einen genügenden, das heisst wirklich ernsthaften Beitrag an die Sicherheit Europas leiste. In Tat und Wahrheit profitiert die Schweiz nach wie vor von der stabilisierenden Wirkung und vom Schutzschild der Nato, ohne selber einen Beitrag an diese wichtigste Sicherheitsorganisation zu leisten.

Wenn die Schweiz in ihrer Sicherheitspolitik ernst genommen werden will, dann darf sie sich nicht damit begnügen, eine Armee zu pflegen, die ausrüstungsmässig und organisatorisch zwar modernisiert wurde, die aber in ihrer sicherheitspolitischen Zielsetzung (und der davon abgeleiteten Strategie der Landesverteidigung nach allen Richtungen) um mindestens ein halbes Jahrhundert zurückgeblieben ist. Ausreichend und richtig bestückte Zeughäuser sind notwendiger, aber nicht hinreichender Ausdruck des Sicherheitswillens einer Gemeinschaft. Entscheidend ist heute die Einsicht, dass die Schweiz Teil der europäischen Schicksalsgemeinschaft ist und dass angesichts moderner Abstandswaffen und hochtechnisierter internationaler Vernetzung auf allen Gebieten eine einzelstaatliche Sicherheitspolitik illusionär ist.

Die Schweiz muss ihre Sicherheit als Teil der europäischen Sicherheit erkennen lernen. Sie muss sich dementsprechend europäisch engagieren, auch wenn dies nicht ohne Abstriche an liebgewordenen Traditionen geht. Die Schweiz hat bisher ohne innere Zerreissproben gelebt, weil sie keine schwerwiegenden aussenpoli-

tischen Entscheidungen zu treffen hatte und sich auf die Verwaltung ihres prekären inneren Gleichgewichtes zwischen den verschiedenen Teilen und Gruppen konzentrieren konnte. Mitarbeit in Europa bedeutet aber, mit einer ganzen Menge schwieriger wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Probleme konfrontiert zu werden, wie sie sich seit dem Ende des Kalten Krieges stellen. Kann und will sich die Schweiz wirklich von jeder europäischen Mitverantwortung fernhalten? Die Schweiz ist wirtschaftlich zu bedeutend und sollte politisch selbstbewusst genug sein, um aktiv an der Lösung der anstehenden Fragen mitarbeiten zu wollen und den gegenwärtigen Zustand des Profitierens von den Anstrengungen anderer, diese Probleme zu lösen, als unwürdig zu empfinden. Es ist richtig, dass die Kooperation mit den europäischen Nachbarn einen Preis hat, materiell und politisch. Aber auch Drückebergerei hat langfristig ihren Preis: Zuerst schrumpft das Ansehen, dann schrumpft der Einfluss und schliesslich die politische und wirtschaftliche Macht. Es wäre eine Illusion zu glauben, die Schweiz könne das Rad der Geschichte anhalten und sich von den Veränderungen in Europa nach dem Kalten Krieg abschotten.

Die Zusammenarbeit aller europäischen Staaten ist auch ein Akt der gemeinsamen Konsolidierung europäischer - beziehungsweise westlicher, transatlantischer - Eigenständigkeit gegenüber einem Aufbruch der Länder Asiens, der seine Auswirkungen zuerst wirtschaftlich, und im Laufe des nächsten Jahrhunderts auch politisch, bis nach Europa haben wird.

Im Bereiche der Sicherheitspolitik wird sich die Schweiz also zum Partner in einem kooperativen Sicherheitsverbund entwickeln müssen. Die aus einer so grundlegenden Neuorientierung abzuleitende Armeeplanung wird nicht ohne massive Umbauten auskommen. Die Armee 95 wird nur als Übergang zu einer zahlenmässig nochmals verkleinerten Armee betrachtet werden können, die sich so konfigurieren muss, dass sie mit einer kleinen, aber hochmodernen Kampfarmee (in wesentlichsten Teilen professionalisiert) auch an Einsätzen jenseits der Grenzen teilnehmen kann und mit einer traditionell strukturierten, milizmässig rekrutierten und nur noch leicht bewaffneten Territorialorganisation die vielfältigen Aufgaben in der Schweiz selbst - vom Katastropheneinsatz bis zur Kleinkriegführung im Falle eines völligen Zusammenbruchs

aller gemeinsamen europäischen Sicherheitsvorkehrungen - wahrnehmen kann. Es wird zentrales Anliegen dieser Armee des nächsten Jahrhunderts sein, die eigenen Kräfte in geeigneter Form dem grösseren Ganzen teilweise, sektoriell und allenfalls in Stufen zur Verfügung zu stellen, für Interoperabilität zu sorgen und vor allem auch sich an den Planungs- und Ausgestaltungsarbeiten eines europäischen Sicherheitsverbundes zu beteiligen.

Die OSZE-Präsidentschaft 1996: Eine Herausforderung für die schweizerische Aussenpolitik

von Andreas Wenger und Christoph Breitenmoser

Anlässlich des Budapester Gipfeltreffens vom 5. Dezember 1994 wurde die Schweiz in die Führungstroika der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) - vormals Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) - gewählt. Damit unterstützte unser Land in diesem Jahr zusammen mit Italien Ungarn in der Wahrnehmung der Präsidialverantwortung. Per 8. Dezember 1995 wurde der Vorsitz für das kommende Jahr offiziell an die Schweiz übertragen. Mit dieser Aufgabe setzt unser Land sein traditionelles Engagement im Rahmen dieser Organisation fort. Die OSZE ist für die Schweiz um so wichtiger, als sie die einzige sicherheitspolitisch relevante Institution darstellt, in der unser Land gleichberechtigt partizipieren kann.

Das Mandat des *Amtierenden Vorsitzenden* überträgt der Schweiz die "Gesamtverantwortung für die ausführenden Tätigkeiten", das heisst, unser Land übernimmt Steuerungs- und Lenkungsaufgaben innerhalb dieser gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation. Die Präsidentschaft der OSZE stellt nicht zuletzt deshalb eine besondere Herausforderung für die schweizerische Aussenpolitik dar, weil sich die OSZE mitten in einem Institutionalisierungsprozess befindet.

Der epochale Umbruch 1989/1991 und die damit verbundene Überwindung der Konfrontation zwischen Ost und West sowie die Bereitschaft der Schweiz zur Übernahme der OSZE-Präsidentschaft rücken sowohl den OSZE-Prozess an sich als auch die eigenen Möglichkeiten der Schweiz im Rahmen dieser Organisation vermehrt in den Blickpunkt der aussenpolitischen Aufmerksamkeit.

Der vorliegende Artikel schildert in einem ersten *deskriptiven* Teil die Entwicklung von der "alten" KSZE zur "neuen" OSZE mit den heutigen Institutionen. In einem zweiten *analytischen* Teil wird einerseits die Bedeutung der OSZE für die Schweiz erläutert und andererseits auf die mit der Präsidentschaft im Jahr 1996 verbundenen Herausforderungen für die schweizerische Aussenpolitik

eingegangen. Namentlich soll dabei untersucht werden, welche Rahmenbedingungen vorgegeben sind und welche Handlungsfelder der schweizerischen OSZE-Präsidentschaft offenstehen.[1]

1. Die "alte" KSZE - Von multilateraler Konferenzdiplomatie zum KSZE-Prozess

Der Entwicklungsverlauf der KSZE/OSZE, ihre Form und Thematik lassen sich nicht von der Entwicklung des Ost-West-Konfliktes trennen. Der Helsinki-Prozess widerspiegelt die politischen Verhältnisse, die in den letzten zwanzig Jahren die europäische Politik grundlegend verändert haben. Eine kurze Darstellung der historischen Dimension des KSZE-Prozesses von seinen Ursprüngen bis zur heutigen Ausgestaltung der OSZE sei daher der Diskussion künftiger Entwicklungsoptionen vorangestellt.

Im Verlauf der sechziger Jahre stiegen die Chancen für die Verwirklichung einer europäischen Neuordnung. Mit der Auflockerung der durch den Kalten Krieg akzentuierten Interessenbloc??kade zwischen den beiden in Europa engagierten Supermächten, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, deuteten sich Möglichkeiten der Überwindung des Konfrontationssystems zugunsten blockübergreifender, kooperativ angelegter Strukturen im Sinne einer "antagonistischen Kooperation" an. Das Projekt einer *Europäischen Sicherheitskonferenz* war ab Mitte der sechziger Jahre über ein Jahrzehnt lang das wichtigste Instrument multilateraler Entspannungspolitik in Europa. Im Beitrag der einzelnen Akteure spiegelten sich jedoch unterschiedliche Motive und Interessen.[2]

---

[1] Für die kritische Durchsicht des Manuskriptes danken die beiden Autoren den Herren Dr. Martin Dahinden, Stefan Klötzli, Thomas Köppel und Robert Fabrin.

[2] Zur Geschichte des KSZE-Prozesses vgl. grundsätzlich: Ljubivoje Acimovic. *Problems of Security and Cooperation in Europe*. Alphen aan den Rijn 1981; Victor-Yves Ghebali. *La diplomatie de la détente: la CSCE d'Helsinki à Vienne (1973-1989)*. Brüssel 1989; Wilfried von Bredow. *Der KSZE-Prozess: Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konfliktes*. Darmstadt 1992.
Vgl. für ausgezeichnete Analysen und Dokumentationen des ursprünglichen KSZE-Prozesses in den siebziger und achtziger Jahren die umfassenden Werke: Friedrich-Karl Schramm, Wolfram-Georg Riggert, Alois Friedel

Die Idee einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz stammte ursprünglich von der Sowjetunion, die 1954 eine Initiative zur Aushandlung eines kollektiven Sicherheitsvertrages lancierte. Weitere Vorstösse folgten in den sechziger Jahren mit der *Bukarester Deklaration* des Warschauer Paktes (1966) und im *Budapester Appell* der Ostblockstaaten (1969). Das Hauptmotiv Moskaus für diese diplomatischen Vorstösse war es, den territorialen Status quo, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hatte, zu konsolidieren. Die westliche Seite blieb gegenüber diesen Initiativen anfänglich skeptisch: Sie sah in den sowjetischen Aktionen den Versuch, die USA von ihren europäischen Verbündeten abzukoppeln. Auf der neuen konzeptionellen Grundlage des *Harmel-Berichtes über die künftigen Aufgaben der Nato* (1967) - der neben der Wahrung militärischer Stärke auch eine aktive Entspannungspolitik propagierte - begann die Nordatlantische Allianz die Frage einer europäischen Sicherheitskonferenz gleichwohl ernsthaft zu prüfen. Das *Signal von Tiflis* (1971), in dem die östliche Seite die Bereitschaft zu den von den USA gewünschten *Gesprächen über beiderseitige und ausgewogene Trup-*

(Hg.). *Sicherheitskonferenz in Europa: Dokumentation 1954-1972: Die Bemühungen um Entspannung und Annäherung im politischen, militärischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Bereich*. Frankfurt am Main 1972; Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann, Christian Meier (Hg.). *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE): Analyse und Dokumentation, Band I.* Dokumente zur Aussenpolitik II. Köln 1973; Dies. (Hg.). *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE): Analyse und Dokumentation, Band II.* Dokumente zur Aussenpolitik II/2. Köln 1978; Herrmann Volle, Wolfgang Wagner (Hg.). *KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv*. Bonn 1976; Dies. (Hg.). *Das Belgrader KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv*. Bonn 1978; Dies. (Hg.). *Das Madrider KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des KSZE-Prozesses in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv*. Bonn 1984.

Einen umfassenden Überblick über die zahlreiche Literatur zu allen Aspekten des KSZE-Prozesses bieten Günter Schwarz, Dieter S. Lutz. *Sicherheit und Zusammenarbeit: Eine Bibliographie zu MBFR, SALT und KSZE*. Militär, Rüstung, Sicherheit 2. Baden-Baden 1980.

penreduzierungen (MBFR)[3] erkennen liess, erfüllte eine wichtige Vorbedingung des Westens betreffend der Gespräche über die konventionelle Abrüstung. Nach Abschluss der deutschen Ostverträge, des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin und der erfolgreichen bilateralen Gespräche zwischen den Grossmächten über die Begrenzung strategischer Rüstungen (SALT I)[4] in der Phase der Entspannung der frühen siebziger Jahre konnten nach mehrjährigen *bilateralen* Sondierungen zwischen Ost und West nun die *multilateralen* Vorbereitungen zur Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit mit der Aussenministerkonferenz im Juli 1973 in *Helsinki* offiziell beginnen.

Die wichtigste Phase des beginnenden KSZE-Prozesses fand anschliessend von September 1973 bis Juli 1975 in *Genf* statt. In langwierigen Kommissionsverhandlungen wurde um die Formulierung der KSZE-Schlussakte gerungen. Diese multilateralen Gespräche waren geprägt vom Gegensatz zwischen den westlichen Staaten der Nordatlantischen Allianz und den Ländern des Warschauer Paktes. Standen bei der UdSSR die Absicherung ihres Machtbereiches und die Entwicklung blockübergreifender Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund, legten die westlichen Vertreter ihr Schwergewicht auf die Verankerung der Menschen- und Grundrechte und auf mehr Freizügigkeit für Menschen und In-

---

[3] Anlässlich des amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens im Mai 1972 in Moskau fiel die Entscheidung, die MBFR-Verhandlungen (*Mutual and Balanced Force Reductions*) und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit getrennt, aber zeitlich *parallel* durchzuführen. Dies ist der Grund, warum innerhalb des KSZE-Prozesses *nur am Rande* über militärische Problembereiche gesprochen wurde. Damit soll aber die Leistung der KSZE auf dem Gebiet der Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Massnahmen nicht geschmälert werden, war doch deren inhaltliche Ausweitung und Systematisierung eine *Errungenschaft der KSZE*. Die MBFR-Konferenz wurde von 19 Teilnehmerstaaten im Oktober 1973 in Wien eröffnet. Sie zog sich mehr als 15 Jahre hin und wurde erst 1989 durch die im Rahmen der KSZE stattfindenden *Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa* (VKSE) zwischen Nato und Warschauer Pakt abgelöst.

[4] Die Abkürzung steht für *Strategic Arms Limitation Talks*, welche seit November 1969 zwischen den USA und der Sowjetunion geführt worden waren.

formation. Die Gruppe der *Neutralen und Nichtpaktgebundenen Staaten (N+N),* in welcher die Schweiz eine zentrale Rolle innehatte, übernahm eine wichtige, in einigen Fragen mittels ihrer Kompromissvorschläge gar entscheidende Katalysator-Funktion zwischen den beiden Blöcken. Ebenso wurden diesen Staaten gewisse Koordinationsaufgaben in den KSZE-Verhandlungen zugewiesen. Die N+N-Staaten waren aber *kein homogener* Block zwischen Ost und West, sondern eine nicht-institutionalisierte Gruppe zur Vertretung gemeinsamer Interessen. Der Charakter der N+N-Gruppe prägte sich je nach Sujet unterschiedlich aus.[5]

Diese *ersten* Verhandlungen zwischen dem Osten und dem Westen über die verschiedensten Aspekte europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit führten schliesslich vor zwanzig Jahren - am 1. August 1975 - zur feierlichen Unterzeichnung der *Schlussakte von Helsinki* durch die Staats- und Regierungschefs der beteiligten 35 europäischen Staaten. Die Schlussakte gilt als Basisdokument des KSZE-Prozesses. In ihrer Systematik ist sie in vier Themenbereiche, die sogenannten "Körbe"[6], aufgeteilt: Korb I: *Fragen der Sicherheit in Europa*; Korb II: *Zusammenarbeit in den Bereichen*

---

[5] Die Abkürzung "N+N" steht für *Neutral and Non-Aligned States*. (Neutrale: Österreich, Schweden, Finnland, Schweiz; Nichtpaktgebundene: Jugoslawien, Zypern, Malta, Liechtenstein, San Marino).
Mit der Auflösung der Blöcke Anfang der neunziger Jahre büsste die Mittlerfunktion aber an Bedeutung ein. Auch wurden keine Kompromisstexte mehr von der N+N-Gruppe ausgearbeitet. Die Bedeutung dieser Staatengruppe nahm mit dem Übertritt einzelner neutraler und blockfreier Staaten in die Europäische Union, die ihrerseits eine gewichtige Rolle innerhalb der KSZE spielt, ab. Begriff und Institution der N+N-Gruppe sind heute verschwunden.
Zur Rolle der N+N-Staaten vgl. allgemein: Michael Zielinski. *Die neutralen und blockfreien Staaten und ihre Rolle im KSZE-Prozess*. Nomos Universitätsschriften 13. Diss. Baden-Baden 1990; Hanspeter Neuhold (Hg.). *CSCE: N+N Perspectives: The Process of the Conference on Security and Cooperation in Europe from the Viewpoint of the Neutral and Non-Aligned Participating States*. The Laxenburg Papers 8. Wien 1987.

[6] Die Aufteilung in die seither gebräuchlichen vier Körbe geht auf ein der *schweizerischen Delegation* anlässlich der vorbereitenden Konsultationen von Dipoli (November 1972) erteiltes Mandat zurück, eine Sammlung und Sortierung der von den einzelnen Staaten eingebrachten Vorschläge in Form einer Synopse vorzunehmen.

Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie Umwelt[7]; Korb III: *Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen*; Korb IV: *Folgen der Konferenz*. Das Herzstück der Schlussakte bildet aber die Prinzipienerklärung - der sogenannte "*Dekalog*" -, auf deren Grundlage die Teilnehmerstaaten ihre Beziehungen zu gestalten versichern.[8] Die Konferenzprinzipien der gleichberechtigten Teilnahme und der Beschlussfassung im Konsens[9] verliehen der Schlussakte erhebliches politisches Gewicht, wenngleich der KSZE-Prozess bis heute *keine unmittelbare völkerrechtliche Verbindlichkeit* beinhaltet.[10] Die eigentliche Leistung der Schlussakte

---

7 Während des kalten Krieges konnte die *wirtschaftliche Zusammenarbeit* aufgrund der zu unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in Ost und West als drittes Standbein neben der sicherheitspolitischen und menschlichen Dimension *keine grösseren Erfolge* verzeichnen. Erst seit Ende des Ost-West-Antagonismus wurde mit dem Bekenntnis zur Marktwirtschaft und zum Privateigentum ein Durchbruch erzielt. Der Beitrag der OSZE zur Unterstützung des Übergangs zur Marktwirtschaft findet heute im Rahmen der jährlich in Prag durchgeführten *OSZE-Wirtschaftsforen* statt. Im Gegensatz zu den zahlreichen internationalen Wirtschaftsorganisationen verfügt die OSZE aber über *keine* Kompetenz, die es ihr erlauben würde, sich in Wirtschaftsfragen operationell zu engagieren.

8 Die *10 Prinzipien* lauten: souveräne Gleichheit der Staaten, Gewaltverzicht, Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität der Staaten, friedliche Regelung von Streitigkeiten, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten und Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

9 Als oberster Grundsatz der Arbeitsmethoden der KSZE gilt bis heute, dass alle Staaten "souverän" und "unabhängig" sowie unter der Bedingung der "vollen Gleichheit" am KSZE-Prozess teilnehmen und dass Beschlüsse im Konsens gefasst werden. Diese Grundsätze wurden bereits 1972/73 anlässlich der Vorverhandlungen, den Konsultationen in Dipoli (Helsinki), in den *Schlussempfehlungen* - dem sogenannten *"Blauen Buch"* - fixiert.

10 Dabei ist zu beachten, dass die KSZE/OSZE-Dokumente aber insofern eine *rechtliche Bedeutung* besitzen, als sie bestehende völkerrechtliche Normen oder Grundsätze des Völkergewohnheitsrechtes bekräftigen (so bestätigen die Prinzipien als Verhaltenskodex einzelne Bestimmungen der Uno-Charta). Im weiteren schaffen sie eine moralische Verpflichtung, die gemeinsam angenommenen Werte und Normen namentlich im Bereich der Gewährlei-

lag in ihrer Konstruktion: In ihr wurden mit Ausnahme der Abrüstung und Rüstungskontrolle alle gesamteuropäischen Konfliktthemen aufgelistet. Mit diesem Dokument wurde erstmals auf der Basis gemeinsam beschlossener normativer Werte ein Konsenspapier über Form und Ziele der Entspannungspolitik ausgearbeitet, dem beide Seiten des geteilten Europas zustimmten. Im Dokument über Vertrauensbildende Massnahmen wurden zudem erste konkrete Umsetzungen erreicht. Rückblickend erwies sich die Schlussakte als brauchbarer Ausgangspunkt für weiterführende beiderseitige Annäherungen. Der Abschluss dieser ersten Etappe des KSZE-Prozesses bildete 30 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen *Höhepunkt* der multilateralen Entspannungspolitik.

Auf der Grundlage der Helsinki-Schlussakte entwickelte sich fortan ein dynamischer Prozess mit Folgetreffen, an denen die Erfüllung der Helsinki-Verpflichtungen überprüft und neue KSZE-Regeln verabschiedet wurden. Es folgten Konferenzen und Expertentreffen namentlich über militärische Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung, über friedliche Streitbeilegung sowie über die Menschliche Dimension. Während des ersten *KSZE-Folgetreffens in Belgrad* (1977-1978) konnte kein Konsens über die Fortschreibung der Schlussakte erreicht werden. Hauptsächlich beschäftigte man sich mit dem wichtigsten politischen Aspekt, der Menschlichen Dimension, hatte doch diese Frage an Brisanz gewonnen, da die KSZE für viele Menschenrechtsgruppierungen im Osten zum Symbol für ihren Einsatz zugunsten der Menschenrechte und Grundfreiheiten geworden war.[11]

Die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen gegen Ende der siebziger Jahre (Afghanistan-Krieg; Kriegsrecht in Polen; Auf-

---

stung der Menschenrechte und Grundfreiheiten innerstaatlich umzusetzen.

[11] Die in der Schlussakte enthaltene explizite Bestätigung des Anspruches des Individuums, seine Rechte und Pflichten im Bereich der Menschlichen Dimension ausüben zu können, führte ab 1976 zur Gründung zahlreicher *Helsinki-Gruppen*. Im Osten entstanden organisierte Dissidentengruppierungen zur Überwachung der Helsinki-Verpflichtungen; im Westen bildeten sich entsprechende Vereinigungen, um Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa in Erfahrung zu bringen und öffentlich anzuprangern.

rüstung in Ost und West) überschattete das zweite *KSZE-Folgetreffen in Madrid* (1980-1983). Nicht zuletzt dank der Bemühungen der N+N-Staatengruppe konnte dennoch ein Teilerfolg erzielt werden: Das "Mandat von Madrid" begründete *die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm* (1984-1986).

Im Klima der "Perestroika" in der UdSSR und der sich verbessernden amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zeichnete sich allmählich eine Wende im politischen Handeln des Ostblocks ab, welche das Ergebnis des dritten *KSZE-Folgetreffens in Wien* (1986-1989) nachhaltig beeinflusste und den Helsinki-Prozess mit einer neuen Dynamik versah. In allen drei Körben konnten wesentliche Fortschritte erzielt werden. Erwähnenswert ist namentlich die Schaffung des *Mechanismus der Menschlichen Dimension*[12], mittels dessen die Einhaltung der KSZE-Menschenrechtsverpflichtungen überprüft werden kann. Im Bereich der militärischen Sicherheit

---

[12] Dieser Mechanismus - später auch *CHD-Mechanismus* (Conference on the Human Dimension) genannt - wurde auf dem Kopenhager Treffen (1990) und auf dem Moskauer Treffen (1991) über die Menschliche Dimension weiter verfeinert. Er erlaubt jedem Teilnehmer, bei einem anderen OSZE-Staat Informationen über Menschenrechtsverletzungen einzuholen. Es können auch bilaterale Treffen zur Klärung von Menschenrechtsverletzungen beantragt werden. Die Ergebnisse solcher Treffen können auf KSZE-Folgekonferenzen und Aussenministertreffen sowie auf Treffen des Hohen Rates zur Sprache gebracht werden. Wenn die Resultate unbefriedigend ausfallen, kann gegen das Votum des betroffenen Staates eine Mission von KSZE-Berichterstattern zur Tatsachenfeststellung auf das Territorium des Staates in die Wege geleitet werden. Vgl. zum *Mechanismus der Menschlichen Dimension*: Peter Schlotter, Norbert Ropers, Berthold Meyer. *Die neue KSZE: Zukunftsperspektiven einer regionalen Friedensstrategie.* Analysen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft 44. Opladen 1994. 42-45 (Schaubild 8).
Dieser Moskauer Mechanismus wurde bisher viermal ausgelöst: Menschenrechtsberichterstatter-Mission nach *Ex-Jugoslawien* (1991/1992) unter der Leitung des Schweizer Staatsrechtlers Thomas Fleiner; Expertenmission nach *Kroatien* und *Bosnien-Herzegowina* (1992); Expertenmission nach *Estland* (1992); Expertenmission nach *Moldawien* (1993). Die geplante Expertenmission nach *Serbien-Montenegro* (1993) scheiterte am Widerstand Belgrads. Ebenso misslangen Versuche - auch durch die Schweiz (1995) -, Expertenmissionen in den Südosten der *Türkei* zu entsenden, da die Unterstützung der erforderlichen Anzahl Staaten versagt blieb.

einigte man sich nicht nur auf weitere *Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen* (VVSBM) zwischen allen Teilnehmerstaaten, sondern nahm auch erstmals im KSZE-Rahmen *Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa* (VKSE) unter Beteiligung der Mitgliedstaaten von Nato und Warschauer Pakt auf. Diese Verhandlungen resultierten 1990 schliesslich im *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa* (KSE I), der die Nato und den Warschauer Pakt zu festen Obergrenzen wesentlicher Hauptwaffensysteme verpflichtete, und 1992 in der *Abschliessenden Akte der Verhandlungen über Personalstärken* (KSE Ia), welche die Mannstärke der Vertragspartner festsetzte. Überdies wurden anlässlich des Wiener Folgetreffens weitere Konferenzen und Expertentreffen zu verschiedenen Themen anberaumt (Menschliche Dimension; Information; Friedliche Streitbeilegung; Wirtschaftliche Zusammenarbeit; Umweltschutz; Mittelmeerraum).

2. Die "neue" KSZE - Institutionalisierung nach dem strategischen Umbruch

Als Forum des Dialogs zwischen Ost und West leistete die KSZE einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Blockkonfrontation und zum Wandel in Mittel- und Osteuropa seit 1989.[13] Ihre ursprüngliche Aufgabe des Brückenschlages zwischen Ost und West war durch die Wende erfüllt. Welche Rolle der OSZE im neuen europäischen Sicherheitsarrangement im Umfeld der sich gegenseitig verstärkenden Sicherheitsinstitutionen heute zukommt, ist noch nicht definiert. Dafür sind die Einschätzungen der Teilnehmerstaaten zu verschieden. Die Weiterentwicklung hängt indes nicht nur von der OSZE allein ab, sondern auch von der Dynamik anderer sicherheitspolitisch relevanter Organisationen in

---

[13] Rückblickend nennt Ghebali für den gesamten KSZE-Prozess während der Phase des kalten Krieges folgende drei *Vorteile* der KSZE: "[The CSCE was] a permanent channel of communication, a normative code of conduct, a long-term programme of cooperation covering all dimensions of security (...). It filled a vacuum and addressed a deficiency in East-West relations which had existed since the beginning of the Cold War and, perhaps, since the 1917 Bolshevik October Revolution." Vgl. Victor-Yves Ghebali, Brigitte Sauerwein. *European Security in the 1990s: Challenges and Perspectives.* UNIDIR-Publications 2/1995. New York-Genf 1995. 143.

Europa. Mit der Eindämmung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte, dem Aufbau demokratischer Strukturen, einem wirksamen Minderheitenschutz und der kollektiven Sicherheit befassen sich auch die Uno, die Nato mit dem Nordatlantischen Kooperationsrat (NACC) und der Initiative "Partnerschaft für den Frieden" (PfP), die EU und die WEU.

Aussagen von der angeblichen Bedeutungslosigkeit der OSZE heute basieren auf der Prämisse der "Militarisierung" des politischen Denkens in einem von militärischen Konflikten beherrschten Umfeld, die im Zuge des Jugoslawienkonfliktes neuen Auftrieb erhalten hat. Das Leistungsprofil der OSZE, welche das Schwergewicht ihrer operativen Tätigkeiten auf die von aussen so wenig nachvollziehbare stille Diplomatie legt, wird dadurch ignoriert. Die OSZE ist kein Instrument der Macht- oder Interessenprojektion. Sie setzt auf Stabilisierung von innen mittels "weicher" Instrumente wie Diplomatie, Gute Dienste, Wirtschaftskooperation und Hilfe beim Aufbau demokratischer, rechtlicher, marktwirtschaftlicher und sozialer Strukturen. Sie ist ein Forum des Dialogs - oder wie sie auch bezeichnet wird, eine "Schule der Empathie".[14]

---

[14] Zur aktuellen Entwicklung der KSZE/OSZE vgl. grundsätzlich: Stefan Lehne. *The CSCE in the 1990s: Common House or Potemkin Village*. Wien 1991; Ian M. Cuthbertson (Hg.). *Redefining the CSCE: Challenges and Opportunities in the New Europe*. New York 1992; Michael Staak (Hg.). *Aufbruch nach Gesamteuropa: Die KSZE nach der Wende im Osten*. Forschungsberichte Internationale Politik 15. Münster 1992; Vojtech Mastny. *The Helsinki Process and the Reintegration of Europe 1986-1991: Analysis and Documentation*. London 1992; Michael R. Lucas (Hg.). *The CSCE in the 1990s: Constructing European Security and Cooperation*. Baden-Baden 1993; Alexis Heraclides. *Helsinki II and its Aftermath: The Making of the CSCE into an International Organization*. London/New York 1993; Peter Schlotter, Norbert Ropers, Berthold Meyer. *Die neue KSZE: Zukunftsperspektiven einer regionalen Friedensstrategie*. Analysen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft 44. Opladen 1994; Berthold Meyer, Bernhard Moltmann (Hg.). *Konfliktsteuerung durch die Vereinten Nationen und die KSZE*. Frankfurt am Main 1994.
Als neue Bibliographie zum KSZE/OSZE-Prozess: Henrik Holtermann (Hg.). *CSCE: From Idea to Institution: A Bibliography*. Kopenhagen 1993.
Die KSZE/OSZE-Dokumente werden unter anderem leicht greifbar laufend veröffentlicht in: Ulrich Fastenrath (Hg.*). KSZE: Dokumente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Neuwied 1992. (Loseblattsammlung, fortlaufend).

Mit der *Charta von Paris für ein neues Europa* (1990) bekräftigten die 34 KSZE-Teilnehmerstaaten[15] die einschneidenden Veränderungen in Europa. Die Charta betont die Gemeinsamkeit der Werte, die von "Vancouver bis Wladiwostok" Gültigkeit besitzen. Sie widerspiegelt als zeitgemässe Fortsetzung der Schlussakte von Helsinki den Optimismus der Wende: Das Dokument erklärt die Konfrontation zwischen Ost und West für beendet. Die Mitgliedstaaten bekennen sich darin zur Achtung der Menschenrechte, zur pluralistischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen untereinander und zur Marktwirtschaft. Eine massvolle *Institutionalisierung* des KSZE-Prozesses nahm in Paris ihren Anfang. Zwei politische Organe wurden in Form des *KSZE-Rates* der Aussenminister (heute: Ministerrat) und des *Ausschusses Hoher Beamter* geschaffen; als permanente Institutionen wurden ein *Sekretariat* in Prag, *das Büro für freie Wahlen* in Warschau (heute: Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte) sowie das *Konfliktverhütungszentrum* in Wien errichtet. In der Charta von Paris sprechen sich die Regierungen auch für die Einrichtung einer *Parlamentarischen Versammlung* aus.

Der Teilnehmerkreis der KSZE wurde im Gefolge der gewaltigen Umwälzungen in Europa, namentlich der Auflösung der Sowjetunion, seit 1990 beträchtlich erweitert auf heute 53 Mitgliedstaa-

---

Das erste Jahrbuch zur OSZE existiert seit diesem Jahr: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hg.*). OSZE-Jahrbuch 1995: Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).* Baden-Baden 1995.
Für einen ersten Überblick sei auf das kürzlich erschienene IAP-Schwerpunktheft verwiesen: *Von der KSZE zur OSZE: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Hg. IAP-Dienst Sicherheitspolitik, 5/1995. Bonn 1995.
Eine ausgezeichnete Einführung in die OSZE bietet auch: *OSZE-Vademecum: Eine Einführung über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Hg. OSZE-Dienst des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten. Bern 1995.
Als Lehrmittel für die Aus- und Weiterbildung ist kürzlich erschienen: *OSZE - Sicherheit in Europa*. Hg. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. Bern 1995.

[15] Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten schied die DDR 1990 als Mitgliedstaat aus.

ten: *Albanien* trat 1991 als letztes europäisches Land, das sich seit den Anfängen der Sicherheitskonferenz ferngehalten hatte, der KSZE bei; ebenfalls 1991 wurden die drei baltischen Staaten *Estland*, *Lettland* und *Litauen* nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit zu neuen Mitgliedern; *Bosnien-Herzegowina*, *Kroatien* und *Slowenien* wurden nach der Auflösung des jugoslawischen Staatenverbandes 1992 neu aufgenommen; *Mazedonien* nahm erst vor kurzem, im Oktober 1995, als Teilnehmerstaat Einsitz; Restjugoslawien (*Serbien-Montenegro*) ist seit 1992 suspendiert; die zwölf Nachfolgestaaten der UdSSR nehmen seit 1992 an der KSZE teil: *Russland*, *Ukraine*, *Weissrussland*, *Moldawien,* die Kaukasusstaaten *Georgien*, *Armenien* und *Aserbeidschan* und die zentralasiatischen Staaten *Kasachstan*, *Kirgistan*, *Tadschikistan*, *Turkmenistan* und *Usbekistan*; und seit der Auflösung der CSFR per 1993 nehmen neu die *Tschechische Republik* und die *Slowakische Republik* teil.[16]

Grundsätzlich waren sich die Teilnehmerstaaten nach dem Umbruch 1989/91 bald einmal einig, dass die KSZE über die Funktion eines Dialogforums hinaus eine politische Führungsaufgabe in bezug auf die Sicherheit in Europa übernehmen sollte. Gleichwohl waren aber für eine angemessene Antwort auf den ausbrechenden Jugoslawienkonflikt noch keine operationellen Mittel vorhanden. Vor dem Hintergrund zunehmender Krisen und Konflikte in Europa, vor allem im ehemaligen Jugoslawien, aber auch im Kaukasus, verstärkte die KSZE auf ihrem *Folgetreffen von Helsinki* (1992) ihre *operationellen* Instrumente in den Bereichen vorbeugende Massnahmen, Konfliktverhütung, politische Krisenbewältigung einschliesslich Erkundungs- und Berichterstattermissionen sowie Friedenserhaltung und friedliche Streitbeilegung. Überdies schuf sie die Möglichkeit, eigene *Peacekeeping-Operationen* durchzuführen. So besteht nun ein ganzes Set von Mechanismen bezüg-

---

[16] Das seit 1994 unabhängige *Andorra* gehört der OSZE (noch) nicht an.
Ferner ist zu beachten, dass die KSZE auch Kontakte zu *Nichtstaatlichen Organisationen (NGOs)* und zu *Drittstaaten* pflegt: Das Hauptaugenmerk bei den Kontakten zu NGOs liegt auf der Menschlichen Dimension. Im Rahmen der Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum bestehen auch Bindungen zu den Mittelmeeranrainerstaaten Algerien, Ägypten, Israel, Marokko und Tunesien. Seit dem Helsinki II-Gipfel (1992) wird Japan an gewisse Treffen eingeladen. Einen ähnlichen Status besitzt Südkorea.

lich der Konfliktprävention, des Konfliktmanagements und der Konfliktlösung. Weiter erklärten die Staats- und Regierungschefs die KSZE zu einer *"regionalen Abmachung" der Vereinten Nationen* gemäss Kapitel VIII der Uno-Charta, um so den Charakter der KSZE als wichtiges Bindeglied zwischen europäischer und globaler Sicherheit zu betonen und eine Zusammenarbeit mit der Uno im Bereich der Verhütung und Beilegung von Konflikten anzustreben. Die bisher getrennt verlaufenen Verhandlungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, zur Konfliktverhütung sowie zu Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Massnahmen wurden zusammengeführt. Damit verbindet die OSZE in diesen Bereichen heute *alle* Teilnehmerstaaten, nachdem an den VKSE nur Nato- und Warschauer Pakt-Staaten teilgenommen haben. Die begonnene Institutionalisierung wurde mit der Einsetzung eines *Hochkommissars für nationale Minderheiten*, der Schaffung eines *Forums für Sicherheitskooperation* und der Bildung eines *Vergleichs- und Schiedsgerichtshofes* weitergeführt.

In der gegenwärtigen Phase wird die Konferenz konfrontiert mit neuen sicherheitspolitischen Risiken und gesamteuropäischen Ansprüchen anderer sicherheitspolitischer Organisationen. An der *Budapester Überprüfungskonferenz* (1994) wurden die Strukturen konsolidiert, was augenscheinlich auch in der neuen Namengebung zum Ausdruck kommt: Seit dem 1. Januar 1995 nennt sie sich *Organisation* für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE). Eine weitergehende institutionelle Stärkung konnte hingegen *nicht* erreicht werden. Die Erklärung zum Bosnien-Krieg endete im Streit um die Bezeichnung des Aggressors. Grundsätzlich beschlossen wurde aber eine Peacekeeping-Einheit für *Nagorny-Karabach*. Falls diese entsendet wird, würde die OSZE neben ihren traditionellen Schwerpunkten Konfliktverhütung und Präventivdiplomatie auch im Bereich des Krisenmanagements aktiv.

2.1. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Ursprünglich aus unregelmässig durchgeführten Konferenzen, Expertentreffen und Seminaren entstanden, bildet die OSZE heute eine übernationale Organisation mit *festen* Institutionen und Verfahren. Dabei sind drei verschiedene Organe zu unterscheiden: politische, administrative und spezialisierte Institutionen.

Höchste Instanz der *politischen* Organe sind die *Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs*, wo die politischen Richtlinien und die prioritären Aufgaben der OSZE festgelegt werden. Sie markieren den abschliessenden Höhepunkt der alle zwei Jahre stattfindenden etwa dreimonatigen Folgetreffen - seit 1992 *"Überprüfungskonferenzen"* genannt -, an denen die Aktivitäten der OSZE überprüft und weitere Schritte zur Stärkung des OSZE-Prozesses in Aussicht gestellt werden. Die Ergebnisse werden in einem Schlussdokument festgehalten. Das nächste Treffen der Staats- und Regierungschefs ist für 1996 in Lissabon vorgesehen. Der *Ministerrat* (ehemals KSZE-Rat der Aussenminister) stellt das zentrale Beschluss- und Leitungsgremium dar und bildet ein Forum für politische Konsultationen. In der Regel tritt er einmal jährlich auf der Ebene der Aussenminister zusammen. Alle zwei Jahre bestreitet der Ministerrat die Überprüfungskonferenz. Der *Hohe Rat* besteht aus leitenden Beamten der Aussenministerien aller Mitgliedstaaten, die für die Leitung und Koordination der OSZE-Geschäfte zwischen den Ministerratstagungen verantwortlich sind. Im gesamten System der Frühwarnung, der vorbeugenden Diplomatie, der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung kommt diesem eine besondere Rolle zu. Von ihm werden auch die Haushaltsrichtlinien festgelegt. Er tritt mindestens zweimal jährlich in Prag und vor den Sitzungen des Ministerrats zusammen. Als zentrales permanentes Forum dient der 1993 geschaffene, wöchentlich tagende *Ständige Rat* in Wien. Für die täglichen operativen Aufgaben bildet er das zuständige Gremium für politische Konsultationen und operationelle Beschlüsse. Diese reichen von der Frühwarnung über das Ergreifen präventiver Massnahmen, das Krisenmanagement und die Entsendung von Langzeitmissionen bis hin zu praktischen, auch administrativen Fragen.

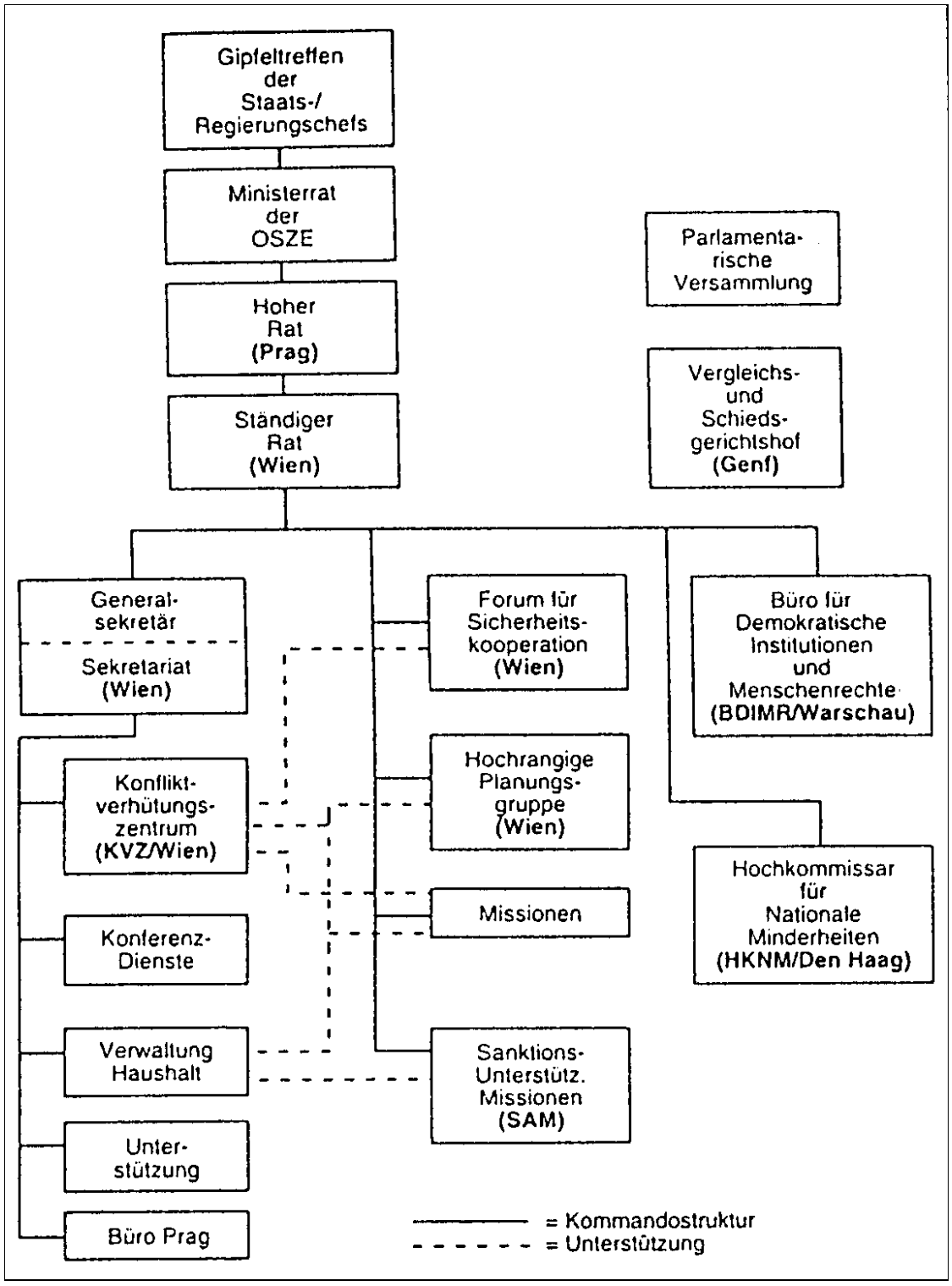

Abbildung 1: Das Organigramm der OSZE. (Quelle: Von der KSZE zur OSZE: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Hg. IAP-Dienst Sicherheitspolitik 5/1995. Bonn 1995. S. 8.)

Als *Verwaltungs*organ zur Unterstützung der politischen Gremien ist in Wien ein Sekretariat unter der Leitung eines für drei Jahre

gewählten *Generalsekretärs* (seit Mai 1993 der deutsche Diplomat Wilhelm Höynck) geschaffen worden. Dieser ist höchster Verwaltungsbeamter und handelt als Vertreter des Vorsitzenden der OSZE. Seine Hauptaufgabe besteht insbesondere darin, den Amtierenden Vorsitzenden administrativ zu unterstützen. Das Sekretariat umfasst unter anderem eine Abteilung "Unterstützung" für das OSZE-Präsidialland. Ferner unterhält es als Aussenstelle in Prag ein Büro. Im Gegensatz zu anderen internationalen Organisationen spielt die Bürokratie der OSZE *keine* eigene politische Rolle.

Daneben existieren verschiedene *spezialisierte* Organe: Das *Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte* in Warschau ist die Hauptinstitution für die Menschliche Dimension. Es überwacht die menschenrechtlich relevanten OSZE-Verpflichtungen, organisiert Wahlbeobachtungen und führt Seminare zu menschenrechtlichen Fragen der Demokratisierung und der Konsolidierung des Rechtsstaates durch. Der *Hochkommissar für nationale Minderheiten* arbeitet unter der Ägide des Hohen Rates und befasst sich in stiller Diplomatie mit Minderheitenkonflikten im OSZE-Raum. Er unterhält ein kleines Sekretariat in Den Haag. Das *Forum für Sicherheitskooperation* in Wien dient als Plattform im militär- und sicherheitspolitischen Bereich, namentlich für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildung, Fragen der Rüstungskonversion, Regelung über Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Waffentransfer. Das *Konfliktverhütungszentrum* in Wien wirkt bei der Durchführung der Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Massnahmen mit und darf Ermittlungs-, Berichterstatter- und Beobachtermissionen durchführen. In Zukunft können dem Konfliktverhütungszentrum auch Aufgaben im Hinblick auf Streitschlichtungsverfahren und im Zusammenhang mit der Beilegung von Streitfällen übertragen werden.

Der *Vergleichs- und Schiedsgerichtshof* mit Sitz in Genf hat in Weiterentwicklung der *Mechanismen der friedlichen Regelung von Streitigkeiten*[17] die Aufgabe, ihm vorgelegte zwischenstaatliche

---

[17] Die Mechanismen der friedlichen Streitbeilegung haben in jüngster Zeit eine dynamische Weiterentwicklung erfahren: Der sogenannte "*Valetta-Mechanismus"* (KSZE-Expertentreffen über die friedliche Regelung von

Streitigkeiten mittels eines Vergleichs- und Schiedsverfahren zu bearbeiten.

Die *Parlamentarische Versammlung* mit 245 Mitgliedern aller OSZE-Teilnehmerstaaten soll die Umsetzung der Prinzipien bewerten und Vorschläge erarbeiten, die sie mit Mehrheit beschliesst. Sie tagt seit Mitte 1992 jährlich, hat aber bisher keine Entscheidungsbefugnisse.

2.2. Instrumentarium im Bereich der Konfliktverhütung und Friedenserhaltung

Die OSZE erachtet ihre Verpflichtung, Streitigkeiten unter den Teilnehmerstaaten mit friedlichen Mitteln zu regeln und den Frieden zu wahren, als einen Eckstein ihrer Tätigkeit. Entsprechend widmet sie ein grosses Mass ihrer Aufmerksamkeit der Bereitstellung diesbezüglicher Instrumentarien.

Bis zum Ende des Ost-West-Gegensatzes waren die Möglichkeiten der KSZE-Mitgliedstaaten, auf zwischenstaatliche Krisen und Konflikte zu reagieren, bescheiden. Die sicherheitspolitische Dimension der "alten" KSZE war auf den "Wohlverhaltenskodex" des Prinzipienkatalogs und die Vereinbarungen von Vertrauens- und

---

Streitfällen in La Valetta 1991) sieht bei einem Streitfall die obligatorische Hinzuziehung einer Drittpartei vor. Der Mechanismus kann auch einseitig angerufen werden. Die OSZE-Schlichter können vertrauliche Hinweise und Ratschläge erteilen, ob Verhandlungen eingeleitet werden sollen oder ob ein anderes Verfahren besser geeignet sei. Die Kompetenzen der Schlichter sind also sehr klein. Um den Mechanismus zu straffen, wurde auf dem Aussenministertreffen in Stockholm 1992 eine *KSZE-Vergleichskommission* beschlossen. Unter der Bedingung der Gegenseitigkeit können die Vorschläge der Kommission als bindend anerkannt werden. Der Hohe Rat kann eine "Schlichtung auf Anordnung" verfügen, ohne dass die Parteien einverstanden sind (Ausnahmen bilden Fragen der territorialen Integrität und Verteidigungsfragen). Damit wurde das Konsensprinzip zugunsten der Formel *"Konsens minus zwei"* weiter aufgeweicht. Der Grundpfeiler des ebenfalls in Stockholm 1992 geschaffenen völkerrechtlichen *Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der OSZE* schliesslich bildet ein *obligatorisches* Vergleichsverfahren vor einer Ad hoc-Vergleichskommission. Deren Empfehlungen sind indes nicht zwingend. Das *fakultative* Schiedsverfahren kann nur eingesetzt werden, wenn ein Vergleichsverfahren nicht zum Erfolg gelangt ist. Der Schiedsspruch ist rechtlich bindend. Vgl. zur *Friedlichen Streitbeilegung*: Schlotter, *Neue KSZE*, 37-42 (Schaubilder 5, 6, 7).

Sicherheitsbildenden Massnahmen beschränkt. Obwohl die Vereinbarungen über VSBM in den *Wiener Dokumenten von 1990, 1992 und 1994* noch weiter verfeinert wurden und eigens auch ein *Militärischer Krisenmechanismus*[18] geschaffen wurde, haben diese Instrumente in der heutigen veränderten Konfliktlandschaft an Bedeutung eingebüsst.

Anlässlich des Helsinki II-Folgetreffens von 1992 wurden Instrumente für die Konfliktverhütung und die Friedenserhaltung der OSZE geschaffen. Die für den OSZE-Raum vorgesehenen Konzepte beinhalten einen breiten Zugriff auf verschiedene Mittel. Im Sinne von *präventiven Massnahmen und Frühwarnung* sind für Situationen, die ein Konfliktpotential in sich bergen, folgende Instrumente vorgesehen: Aktivitäten des Hochkommissars für nationale Minderheiten, der unparteiisch, vertraulich und eng mit den Parteien zusammenarbeitet; regelmässige politische Konsultationen; Treffen zur Überprüfung der Einhaltung von OSZE-Verpflichtungen und die Erforschung der Ursachen von Spannungen im OSZE-Raum. Auch die Mechanismen der friedlichen Streitbeilegung sind Teil der präventivdiplomatischen Mittel.

Verschärft sich die Lage weiter, werden durch die politischen Instanzen Hoher Rat und Ständiger Rat *Massnahmen der politischen Krisenbewältigung* ergriffen, um die Voraussetzung für eine friedliche Lösung des Streitfalles zu schaffen. Hierzu dienen die Errichtung eines Verhandlungsrahmens wie "Runde Tische", Wahrnehmung Guter Dienste, Förderung von Vermittlungsverfahren und namentlich die Entsendung von Berichterstatter- und Erkun-

---

[18] Der im Wiener Dokument über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen (1990) geschaffene Krisenmechanismus ist zur Erörterung "militärisch bedeutsamer Aktivitäten der Streitkräfte ausserhalb der normalen Friedensstandorte" vorgesehen. Er beinhaltet ein kurzfristiges Nachfragerecht und Konsultationen auf Verlangen. Zusätzlich verpflichtet sich jeder OSZE-Staat, bei gefährlichen militärischen Zwischenfällen unverzüglich zu informieren. Vgl. zum *Militärischen Krisenmechanismus*: Schlotter, *Neue KSZE*, 34-36 (Schaubild 4).
Im Zusammenhang mit dem Jugoslawienkrieg wurde der Wiener Mechanismus bisher dreimal ausgelöst von *Österreich* und *Italien* betreffend Slowenien (1991), von *Ungarn* aufgrund von Luftraumverletzungen durch Restjugoslawien (1991) und von *Serbien-Montenegro* wegen eines angeblichen Angriffes auf sein Territorium von Ungarn aus (1992).

dungsmissionen, kurzzeitig oder auf der Basis von *Langzeitmissionen.*[19] Aufgabe der Langzeitmissionen ist es, für eine objektive Berichterstattung über Vorfälle aller Art zu sorgen, den Dialog zwischen den beteiligten Akteuren sicherzustellen sowie diese namentlich im Bereich der Menschenrechte zu beraten. In enger Zusammenarbeit mit der EU setzt die OSZE auch in Form der *Sanktionsüberwachungs-Mission*[20] die Blockade gegenüber Serbien-Montenegro durch, indem sie die Behörden der Nachbarstaaten Restjugoslawiens bei der Durchsetzung der Uno-Sanktionen unterstützt.

---

[19] Präventivdiplomatische Missionen der OSZE sind zur Zeit in acht verschiedenen Krisengebieten tätig: *Serbien-Montenegro* (seit September 1992; im Juli 1993 von Belgrad nicht mehr verlängert); *Mazedonien* (seit September 1992); *Georgien/Südossetien* (seit Dezember 1992); *Estland* (seit Februar 1993); *Moldawien* (seit April 1993); *Lettland* (seit November 1993); *Tadschikistan* (seit Februar 1994); *Bosnien-Herzegowina (Sarajewo)* (seit Oktober 1994); *Ukraine* (seit November 1994).
Überdies beteiligt sich die OSZE seit der vereinbarten Waffenruhe vom Mai 1994 im Rahmen der "Minsker Gruppe" an den Verhandlungen über einen Friedensplan betreffend *Nagorny-Karabach* (Armenien/Aserbeidschan). Auf dem Budapester Überprüfungstreffen wurde die Vorentscheidung für die Entsendung einer multinationalen Friedenstruppe nach Bergkarabach getroffen. Es ist ein Verband von 3'300 Personen vorgesehen, der nach Abschluss einer politischen Vereinbarung über die Einstellung des bewaffneten Konfliktes zwischen Armenien und Aserbeidschan zum Einsatz gelangen könnte. Aufstellung und Einsatz dieser Friedenstruppe werden für die weitere Entwicklung der Sicherheitskooperation und die militärische Zusammenarbeit vor allem mit Blick auf die Einbindung Russlands von erheblicher Bedeutung sein.
Als neuste Entwicklung ist darauf hinzuweisen, dass Anfang 1995 OSZE-Delegationen, unter anderem eine Gruppe von Menschenrechtsexperten unter der Leitung des Schweizer Diplomaten Lorenzo Amberg, die Lage in *Tschetschenien* erkundeten. Seit April 1995 ist eine OSZE-Assistenzgruppe in Grosny aktiv.

[20] Gegenwärtig sind sieben Sanktionsunterstützungs-Missionen in folgenden Nachbarstaaten Restjugoslawiens im Einsatz: *Albanien* (seit April 1993); *Bulgarien* (seit Oktober 1992); *Kroatien* (seit Januar 1993); *Mazedonien* (seit November 1992); *Rumänien* (seit Oktober 1992); *Ukraine* (seit Februar 1993); *Ungarn* (seit Oktober 1992).

In "schwerwiegenden und dringlichen Situationen" kommt der *politische Dringlichkeitsmechanismus*[21] zur Anwendung. Er sieht politische Konsultationen vor, die durch Empfehlungen zur Lösung des Konfliktes beitragen sollen.

Schliesslich sind auch *friedenserhaltende Massnahmen* unter der operativen Leitung der OSZE vorgesehen, welche die politischen Lösungsbemühungen ergänzen. Sie bestehen in der Entsendung von zivilem oder militärischem Personal und umfassen das Spektrum von Erkundungs- und Berichterstattermissionen über Beobachter- und Überwachungsmissionen bis zum Einsatz grösserer Streitkräfte. Aufgabengebiete sind die Überwachung von Waffenstillständen und Truppenrückzügen, die Unterstützung bei der Wahrung von Recht und Ordnung sowie die Leistung humanitärer Hilfe und Betreuung von Flüchtlingen. Zwangsmassnahmen sind keine vorgesehen.[22]

Eine brisante Weiterentwicklung erfuhr das friedenserhaltende Instrumentarium durch die Initiative Russlands im Jahre 1993, seine im "nahen Ausland", sprich auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR stehenden Truppen als Peacekeeping-Truppen der OSZE

---

[21] Der politische Krisenmechanismus wurde anlässlich des Treffens der Aussenminister in Berlin (1991) geschaffen. Ein Teilnehmerstaat kann vom betroffenen Staat eine Klarstellung über Zwischenfälle, die ein Prinzip der Schlussakte verletzen oder den "Frieden, die Sicherheit oder die Stabilität" gefährden, verlangen. Bleibt die Situation weiterhin ungelöst, kann eine Dringlichkeitssitzung des Hohen Rates oder des Ständigen Rates einberufen werden. Diese kann Empfehlungen oder Schlussfolgerungen vereinbaren oder ein besonderes Ratstreffen anberaumen. Vgl. zum *Politischen Krisenmechanismus*: Schlotter, *Neue KSZE*, 34 (Schaubild 3).
Der Berliner Mechanismus wurde bisher zweimal in bezug auf die *Lage in Jugoslawien* (1991/1992) und einmal betreffend *Nagorny-Karabach* (1993) ausgelöst.

[22] Als *Grundsätze für das OSZE-Peacekeeping* werden im Helsinki II-Dokument genannt: Anordnung und Leitung durch Konsens; keine Zwangsmassnahmen; Zustimmung der direkt betroffenen Parteien; unparteiische Durchführung; zeitlich begrenzt, da kein Ersatz für eine Verhandlungslösung; alle OSZE-Staaten sind zur Teilnahme berechtigt, sofern sie nicht von den betroffenen Parteien zurückgewiesen werden; OSZE kann bestehende Organisation (EU; Nato; WEU; GUS) ersuchen, Ressourcen für Peacekeeping unter der politischen Leitung der OSZE zur Verfügung zu stellen.

anerkennen zu lassen. Anlässlich des Römer Ministerratstreffens (1993) erklärte sich die OSZE unter verschiedenen Bedingungen bereit, Drittparteien die Durchführung von friedenserhaltenden Massnahmen zu übertragen. Die vorgesehene Grundsatzvereinbarung konnte aber am Budapester Gipfeltreffen im vergangenen Jahr *nicht* verabschiedet werden.

2.3. Das Mandat des Amtierenden Vorsitzenden

Die zunehmenden operationellen Aktivitäten der OSZE erforderten ein Handlungszentrum, das die notwendigen Steuerungs- und Lenkungsaufgaben übernimmt. Erstmals erwähnt wurde diese Funktion in Form des sogenannten "Amtierenden Vorsitzenden" (*Chairman-in-Office*) 1990 in Paris vor dem Hintergrund des beginnenden Institutionalisierungsprozesses. Dieses Präsidialmandat wird jeweils während eines Kalenderjahres vom Aussenminister des Vorsitzlandes ausgeübt. So wie die OSZE gesamthaft seit Anfang der neunziger Jahre einem verstärkten institutionalisierten Entwicklungsverlauf unterliegt, hat sich auch der Aufgabenbereich des Vorsitzenden gewandelt. Dabei hat das Mandat laufend an Profil und Gewicht gewonnen, so dass heute von einer umfassenden *Kompetenz- und Gestaltungsfülle* seitens des Amtierenden Vorsitzenden gesprochen werden kann. Die Definition des Präsidentschaftsmandates hat in der Erklärung des Budapester Gipfeltreffens (1994) den vorläufigen Höhepunkt erreicht, indem die *"Gesamtverantwortung für die ausführenden Tätigkeiten der OSZE"* an den Amtierenden Vorsitzenden delegiert worden ist. Grundsätzlich obliegen dem Vorsitzenden drei spezifische Aufgabenbereiche, die ihn politisch in den *Mittelpunkt* des OSZE-Geschehens rücken:

- Erstens nimmt er im Falle eines drohenden oder akuten Konfliktes die wichtige, aber auch schwierige Rolle des *Vermittlers* wahr. Dabei kommt ihm insofern eine Schlüsselrolle zu, als er die ersten Initiativen in Richtung einer Konfliktbearbeitung ergreifen sowie im Namen der Gesamtorganisation Erklärungen abgeben und persönliche Vertreter in das Konfliktgebiet entsenden kann. Er spielt auch eine wichtige Rolle bei der Durchführung der OSZE-Mechanismen (insbesondere dem Berliner Dringlichkeitsmechanismus). Im Bereich der Präventivdiplomatie sind der Präsidentschaft die operationelle Verantwortung für die OSZE-Missionen und die präventivdiplomatischen Mass-

nahmen übertragen. Diese Freiheit des Handelns im Bereich der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung ist um so wertvoller, als der multilaterale Prozess der OSZE eine gewisse Zeit braucht, um konsensreife Aktivitäten zu entfalten.

- Zweitens beinhaltet die Funktion des Vorsitzenden die *Leitung und Koordination* der gesamten Tätigkeiten der Organisation. Der Vorsitz ist für alle politischen Konsultationen innerhalb der OSZE Dreh- und Angelpunkt: So werden die wichtigen Gremien Ministerrat, Hoher Rat und Ständiger Rat vom Amtierenden Vorsitzenden geleitet. Dabei ist er für die Meinungsbildung, Herstellung und Konsolidierung des Konsenses innerhalb der Gemeinschaft zuständig. Ebenfalls zeichnet er für die Vorbereitung der OSZE-Konferenzen und die Erarbeitung langfristiger Arbeitsprogramme verantwortlich.
- Drittens ist das Präsidialland für die *Repräsentation* der OSZE nach aussen zuständig. Einerseits sind die Beziehungen zu den Partnern (internationale Organisationen, nichtteilnehmende Drittstaaten und NGOs) der OSZE sicherzustellen. Andererseits gehört der äusserst wichtige Kontakt zu den Medien und der Öffentlichkeit in das Pflichtenheft des Vorsitzenden.[23]

In Ausübung dieser Aufgaben wird das Präsidialland vom Vorgänger und Nachfolger, die zusammen die *Troika* bilden, und vom *Generalsekretariat* begleitet. Die Troika wurde auf dem Helsinki-Gipfel (1992) geschaffen. Sie hat an Bedeutung gewonnen, stellt sie

---

[23] Für eine schweizerische Perspektive des Aufgabenbereiches des Amtierenden Vorsitzenden vgl. Botschafter Benedikt von Tscharner (Ständiger Vertreter der Schweiz bei der OSZE und bei den internationalen Organisationen in Wien). "Die OSZE als Herausforderung für die Schweiz und ihre Diplomatie". In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. Februar 1995; Interview mit Botschafter Benedikt von Tscharner: "Konkrete Schritte statt Luftschlösser". In: *Der Bund* vom 3. November 1995; Interview mit Botschafter Raymund Kunz (Chef des Koordinationsstabes der OSZE im EDA): "Die gesamteuropäische sicherheitspolitische Kooperation vertiefen". In: *Chance Schweiz* 3 (1995): 3-8; Josef Schärli (Delegierter des Generalstabschefs für Rüstungskontrolle und Friedenssicherung). "Zur OSZE-Präsidentschaft der Schweiz 1996". In: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift* 10 (1995): 12f; Interview mit Bundesrat Flavio Cotti: "Es ist unsere ethische Pflicht, etwas für den Frieden in Europa zu tun". In: *Tages-Anzeiger* vom 21. November 1995.

doch nicht nur ein Beratungsforum des Präsidenten dar, sondern ihre Mitglieder handeln auch gemeinsam als Repräsentanten der OSZE bei Kontakten mit anderen Organisationen und geben zuweilen sogar gemeinsame politische Erklärungen ab. Im Bereich der Konfliktverhütung, der Krisenbewältigung und der Lösung von Streitfällen wird der Amtierende Vorsitzende ferner von *Ad hoc-Lenkungsgruppen* unterstützt, die im Bedarfsfall vom Ministerrat oder vom Hohen Rat eingesetzt werden können. Das Präsidialland kann zu seiner Unterstützung und auf seine Verantwortung *persönliche Vertreter* mit einem präzisen Mandat für einzelne Krisen oder Konflikte beauftragen.

Die Institution des Vorsitzenden hat sich in den vergangenen vier Jahren ausgesprochen *konstruktiv* weiterentwickelt. Die grosszügige Umschreibung des Mandates erlaubt es dem jeweiligen Vorsitzenden, sein Amt mit Eigeninitiative und Gestaltungswillen auszufüllen. Die äusseren Umstände erforderten bei der ersten von *Deutschland* ausgeübten Präsidentschaft (1991) ein aktives Handeln. Diese Phase war denn auch gekennzeichnet durch Erfahrungen mit dem Berliner Krisenmechanismus in Jugoslawien und durch politische Konsultationen im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Mitgliederkreises der KSZE insbesondere durch die Aufnahme der GUS-Staaten. Im *tschechoslowakischen* Vorsitzjahr (1992) wurden Beobachtermissionen in neue Mitgliedstaaten durchgeführt und umfassende Aufgaben im Bereich des Krisenmanagements übernommen. Im Schlussdokument von Helsinki II (1992) wurde der Verantwortungsbereich des Vorsitzenden näher definiert. Mit der Umschreibung der Aufgaben "Koordination und Konsultation über laufende KSZE-Angelegenheiten" wurde die Institutionalisierung der Präsidialverantwortung ausgeweitet. *Schweden* setzte 1993 den so erweiterten Handlungsspielraum der Präsidialfunktion mit grossem Engagement in den folgenden Bereichen um: Unterstützung der Feldmissionen; Kontakt mit der Uno und anderen internationalen Organisationen; Koordination des politischen Konsultationsprozesses und Vorbereitung von Entscheidungen; Integration der neuen Teilnehmerstaaten. Der *italienische* Vorsitz (1994) übernahm die Verantwortung der Aussenkontakte zu Nicht-Teilnehmerstaaten und sprach ein gewichtiges Wort mit bei der Bestellung von höheren OSZE-Beamten. Diese Präsidentschaft mündete schliesslich in die oben genannte Gipfelerklärung von Budapest, mit der die "Gesamtverantwortung für die

ausführenden Tätigkeiten" an den Amtierenden Vorsitzenden übergeben wurde. Die *ungarischen* Mandatsträger nutzten die erweiterten Möglichkeiten 1995 geschickt aus, im speziellen in bezug auf das Krisenmanagement. Für die Lancierung einer Initiative zur Konfliktbewältigung dient die Vorgehensweise des gegenwärtigen Vorsitzenden Ungarn bezüglich des Krieges in Tschetschenien als gutes Beispiel.

3. Leistungsprofil der OSZE

Grundsätzlich herrscht unter den Teilnehmerstaaten der OSZE weitgehender Konsens über die *komparativen* Vorteile dieser Sicherheitsorganisation, wenngleich die Einschätzungen über die zukünftige Rolle der OSZE in der europäischen Sicherheitsarchitektur unterschiedlich ausfallen.

Auf der Seite der *Stärken* ist die Tatsache zu nennen, dass die OSZE eine *Wertegemeinschaft* von 53 Staaten darstellt, die ihre Beziehungen auf der Grundlage demokratischer Normen zu gestalten gewillt sind. Aus sicherheitspolitischer Sicht ist namentlich zu betonen, dass der OSZE ein *umfassendes Sicherheitsverständnis* zugrunde liegt, das auf militärischem Vertrauen, wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie auf der Achtung der Menschenrechte und dem Schutz der Minderheiten basiert. Weiter stellt die OSZE institutionell das *einzig*e *paneuropäische Kooperations- und Konsultationsforum* dar, das alle Staaten von Vancouver bis Wladiwostok umfasst und insbesondere Russland in die europäische Sicherheitsstruktur einbindet. Ferner ist sie grundsätzlich als *regionale Abmachung der Uno* im Sinne des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen anerkannt.

Bezüglich ihrer operativen Tätigkeiten hat die OSZE Konzepte, Methoden und Mechanismen entwickelt mit dem Ziel, den Ausbruch bewaffneter Konflikte durch *präventivdiplomatische Massnahmen* zu verhüten. Mit der Anwendung eines breiten Sets an Instrumenten sollen politische Krisen bewältigt werden und die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung von Konflikten geschaffen werden. Dabei erfährt die OSZE mit den im Konsensprinzip gefällten Beschlüssen und der gleichberechtigten Teilnahme

aller Mitgliedstaaten eine besondere *Legitimation*.[24] Auch besitzt die OSZE eine *schlanke bürokratische Struktur*, die eine flexible Aktivierung der operationellen Mittel gewährleistet.

Als *Schwächen* der OSZE sind folgende Einschränkungen anzuführen, welche die Aktionsfähigkeiten dieser internationalen Organisation zum Teil entscheidend hemmen: Die OSZE verfügt über *keine eigenen Macht- und Sanktionsmittel*, mit denen sie ihren Forderungen Nachdruck verleihen könnte. Der OSZE werden gegenwärtig auch zuwenig *finanzielle und personelle Ressourcen*[25] zugestanden, da der *politische Wille* der Mehrheit der Mitgliedstaaten fehlt, die OSZE zu einer machtvollen Institution auszugestalten. Zu stark sind noch die unterschiedlichen Meinungen der Teilnehmerstaaten über die zukünftige Rolle der OSZE im Verbund der europäischen Sicherheitsorganisationen. Die OSZE kann also nur so stark sein, wie es ihre Mitglieder, die zugleich auch in anderen Organisationen mit Sitz und Stimme vertreten sind, zulassen. Die Wahrnehmung des umfangreichen Aufgabenkataloges

---

[24] Allerdings ist zu beachten, dass Konsens *nicht Einstimmigkeit* bedeutet. Konsens ist gegeben, wenn kein Staat einen Einwand erhebt und einen solchen als Hindernis für die anstehende Beschlussfassung qualifiziert. Anlässlich des Prager Ratstreffens (1992) wurde die *"Konsens minus eins"*-Formel eingeführt. Demnach können "in Fällen von eindeutigen, groben und nicht behobenen Verletzungen einschlägiger OSZE-Verpflichtungen" angemessene Massnahmen auch *ohne die Zustimmung des betroffenen Staates* getroffen werden. Dem traditionellen Souveränitätsdenken wurde jedoch noch insofern Rechnung getragen, als sich Beschlüsse nach dieser Formel nur auf "politische Erklärungen" oder andere "politische Schritte" beschränken, die "ausserhalb des Territoriums des betreffenden Staates anwendbar sind". Mit der Suspendierung Restjugoslawiens (Serbien-Montenegro) wurde ein entsprechendes Präjudiz geschaffen.

[25] Der revidierte Haushalt betrug für das Jahr 1994 knapp 36 Millionen Schweizer Franken. Die grössten Posten entfielen auf die Missionen und die Aufgaben des Sekretariates. Davon hatte die Schweiz gemäss Verteilschlüssel 2,30 Prozent mitzutragen (1994: ca. 830'000.- Franken). Allerdings muss festgehalten werden, dass ein Grossteil der OSZE-Aktivitäten im Feld (Missionen und Langzeitmissionen) auf *freiwilligen* Beiträgen der Teilnehmerstaaten beruht. So leistete die Schweiz im Rechnungsjahr 1994 über den ordentlichen Haushalt hinaus weitere freiwillige Beiträge für die schweizerischen Teilnehmer an OSZE-Missionen und Sanktionsüberwachungsmissionen im Gesamtumfang von knapp 1 Million Franken. (Zahlenangaben gemäss: *OSZE-Vademecum*, 14.)

hängt wesentlich von der politischen Unterstützung durch die Teilnehmerstaaten ab. Trotz der Intensivierung der Kontakte und der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen fehlt gerade auf dem Gebiet der *Sicherheitspolitik* eine *feinere Abstimmung* mit den anderen für Europa relevanten Institutionen. Und schliesslich: Da die Mittel und Methoden der OSZE *wenig spektakulär*, das heisst wenig "telegen" sind, wird die OSZE von der Öffentlichkeit nur marginal wahrgenommen.

4. Bedeutung der OSZE für die schweizerische Aussenpolitik

4.1. Aktives Engagement der Schweiz seit den Anfängen

Für die Aussenpolitik der Schweiz stellte die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa schon zu Beginn des Helsinki-Prozesses eine Herausforderung dar.[26] Insofern kann die

---

[26] Zur Bedeutung der KSZE/OSZE für die Schweiz vgl. grundsätzlich: Werner Hübscher. *Die Schweiz und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. SAD-Arbeitsheft W 9. Zürich 1973; Alois Riklin et al. *Die Schweiz und die KSZE: Stand 1977*. SAD-Arbeitsheft W 12. Zürich 1977; Edouard Brunner. "La CSCE, Véhicule de Politique Etrangère pour la Suisse?". In: Emanuel Diez et al. (Hg.). *Festschrift für Rudolf Bindschedler*. Bern 1980. 611-616; Matthias Erzinger et al. *Menschenrechts-Vorbild Schweiz? Zum "humanitären" KSZE-Engagement der Schweiz*. Hg. Schweizerischer Friedensrat. Zürich 1986; Urs Stemmler. *Die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa als Mittel der schweizerischen Sicherheitspolitik*. 2 Bde. Diss. New York 1989; Marianne von Grünigen. "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und Neutralität". In: *Bewaffnete Neutralität heute: Beilage zur Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift* 1992. 47-56; Marianne von Grünigen, Josef Schärli. "Die Schweiz und der Prozess der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)". In: Alois Riklin, Hans Haug, Raymond Probst (Hg.). *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*. Schriftenreihe der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik 11. Bern/Stuttgart/Wien 1992. 569-588; Jean-Daniel Ruch. "La CSCE et la Suisse". In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* 2 (1992): 56-70; Hans-Jörg Renk. "Vor 20 Jahren: Schlussakte von Helsinki: Die Rolle der Schweiz bei der Entstehung der KSZE". In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Juli 1995; Benedikt von Tscharner. "Die Schweiz und die OSZE". In: René Rhinow (Hg.). *Die schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Umfeld*. Basel 1995. 73-86.

heutige Situation durchaus mit der aussenpolitischen Konstellation Anfang der siebziger Jahre verglichen werden. Damals erfuhr die Einstellung der Schweiz gegenüber der KSZE im Kontext einer allgemeinen Dynamisierung ihrer Aussenbeziehungen einen merklichen Wandel: Von einer anfänglich skeptischen Grundhaltung vor der Einberufung der Sicherheitskonferenz zu einem *aktiven Engagement* innerhalb des Helsinki-Prozesses. Diese aktive Teilnahme kann als herausragendes Element der schweizerischen Aussenpolitik der siebziger Jahre bezeichnet werden. Die Schweiz wirkte als Teilnehmerstaat und als Gastgeberin für einzelne Treffen massgeblich mit am KSZE-Prozess. Ihr Beitrag bestand einerseits in konkreten Vorschlägen zu einzelnen Themen, andererseits in ihrer Vermittler- und Koordinationsfunktion als Mitglied der N+N-Gruppe.

Bereits in der Schlussakte von Helsinki 1975 figurieren zwei auf schweizerische Initiative zurückgehende Vorschläge. Zum einen anerkennt das Prinzip I unter anderem ausdrücklich das *Recht der Teilnehmerstaaten auf Neutralität*. Zum anderen fand in Prinzip V die schweizerische Initiative für ein *System der friedlichen Streitbeilegung* Aufnahme. Dieser Politikbereich stellt bis heute ein hauptsächliches Aktionsfeld der schweizerischen KSZE-Politik dar. Dabei handelt es sich um eine Konstante der schweizerischen Aussenpolitik, ist die Schweiz doch stets für Verfahren der friedlichen Streiterledigung im bi- und multilateralen Rahmen eingetreten, die den Beizug einer Drittpartei vorsehen.[27] Funktion solcher Verfahren ist es, das Gewaltverbot komplementär zu ergänzen; wenn die Anwendung von Gewalt zur Regelung von Konflikten verboten ist, so ist es unabdingbar, den Staaten Mechanismen zu deren friedlichen Beilegung zur Verfügung zu stellen.

---

[27] Lucius Caflisch, Blaise Godet. "La Suisse et le règlement pacifique des différends internationaux". In: Riklin, *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*, 957-971. Über die friedliche Streitbeilegung im Rahmen der KSZE fand 1993 ein Seminar der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) statt. Die entsprechende Tagungsauswertung ist erschienen als: Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.). *Friedliche Streitbeilegung*. Info Gesamtverteidigung 10. Bern 1993.

Obwohl der sogenannte "Bindschedler-Vorschlag"[28] der Schweiz in den Verhandlungen zur Schlussakte von Helsinki wegen des schiedsgerichtlichen Obligatoriums als zu weitgehend beurteilt wurde, diente er als Richtlinie für die nachfolgenden Bemühungen zur Verwirklichung dieses Prinzips: *Expertentreffen in Montreux* (1978) und *Athen* (1984), *Valetta-Mechanismus* (1991) und *Genfer Expertentreffen* (1992) sowie die darauffolgende Implementierung des *Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE* (Konvention von Stockholm 1992).[29] Der entsprechende Vergleichs- und Schiedsgerichtshof hat sich in diesem Jahr in *Genf* konstituiert. Er ist die erste OSZE-Institution mit Sitz in der Schweiz.[30] Nicht zuletzt dank der hartnäckigen schweizerischen Diplomatie konnte nach knapp zwanzigjährigem Ringen das Prinzip der friedlichen Streitbeilegung nun verwirklicht werden.

---

[28] *CSCE* II/B/1, Entwurf der Delegation der Schweiz für einen Vertrag über ein europäisches System der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten (18. September 1973). In: *Europa-Archiv* 2 (1976): D 38-52.
Professor Dr. Rudolf Bindschedler, Rechtsberater des Eidgenössischen Politischen Departementes (Heute: EDA) und Leiter der Schweizer Delegation während der Genfer Verhandlungsphase, war *spiritus rector* des Vertragsentwurfes.

[29] Vgl. Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend das Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sowie die Vergleichs- und Schiedsverträge mit Polen und Ungarn (19. Mai 1993). In: *BBl* 1993 II 1153.
Es handelt sich beim *Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren* neben dem aus dem KSZE-Prozess hervorgegangenen *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa* und dem *Vertrag über den Offenen Himmel* um die einzige völkerrechtlich bindende Verpflichtung im Rahmen der KSZE/OSZE.

[30] Am 29. Mai 1995 fand die konstituierende Sitzung des neuen Vergleichs- und Schiedsgerichtshofes in Genf statt. Zum Vorsitzenden wurde der französische Völkerrechtler und frühere Präsident des Pariser Verfassungsgerichts Robert Badinter gewählt. Sein Stellvertreter ist der vormalige deutsche Aussenminister Hans-Dietrich Genscher. Die Schweiz ernannte Professor Lucius Caflisch und alt Bundesrichter Rolando Forni zu Streitschlichtern. Die Professoren Christian Dominicé und Daniel Thürer gehören dem Gremium als Schiedsrichter an.

Ein zweites wichtiges Tätigkeitsfeld der Schweiz war von Anfang an die Menschliche Dimension. So setzte sich unser Land in neuerer Zeit insbesondere am *Berner Treffen über Menschliche Kontakte* (1986) mit anderen neutralen Staaten für Familienzusammenführungen und für Kontakte im religiösen Bereich ein. Ebenso befürwortete die Schweiz einen regeren Informationsaustausch und namentlich bessere Arbeitsbedingungen für Journalisten im Ausland. Ebenfalls auf eine schweizerische Initiative zurück geht das *Expertentreffen über nationale Minderheiten in Genf* (1991).

Die Beteiligung der Schweiz an den *sicherheitspolitischen* Bemühungen der OSZE um Vertrauensbildung und Schaffung von Sicherheit und Stabilität in Europa gibt ihr die Gelegenheit zur Darstellung ihrer Sicherheitspolitik. So hob die Schweiz im Rahmen der KVAE-Verhandlungen (1984-1986) die Besonderheiten des Milizsystems hervor. Sie setzte sich überdies für ein Verifikationssystem sowie für den Informationsaustausch über das militärische Dispositiv in Europa ein. Die Mitarbeit als dauernd neutraler und bewaffneter Staat in der N+N-Gruppe sicherte der Schweiz wesentliche Einflussmöglichkeiten und Freiräume. Heute arbeitet die Schweiz ferner aktiv an der Durchführung von VSBM mit. Im Rahmen eines institutionalisierten Informationsaustauschs liefert sie Daten über die Wehrstruktur und Bewaffnung der Schweizer Armee, nimmt an Truppenbesuchen im Ausland teil und organisiert selber Überprüfungsbesuche bei Militäreinheiten in der Schweiz.

Im weiteren wirkt die Schweiz bei der Entwicklung der Instrumente für die Konfliktvorbeugung und das Peacekeeping konzeptionell und praktisch mit. In diesem Zusammenhang nahm sie an verschiedenen *KSZE-Missionen* teil, die sie zum Teil sogar leitete. Auch in *Langzeitmissionen* ist unser Land präsent, hat die Schweiz doch Personal für die Missionen in Serbien-Montenegro, Moldawien und Mazedonien zur Verfügung gestellt. Zwei Schweizer haben die Missionen in Sarajewo und Kiew geleitet.[31] Für die *Sanktionsüberwachung* gegen Restjugoslawien hat die Schweiz Zollexperten nach Bulgarien (heute nicht mehr aktiv), Mazedonien, Albanien und in die Brüsseler Koordinationszentrale beordert. Ferner

---

[31] Es handelt sich dabei um die Journalisten Hanspeter Kleiner (Sarajewo) und Andreas Kohlschütter (Kiew).

unterhält sie bei den Vereinten Nationen in New York ein Verbindungsbüro.

4.2. Die OSZE als Brücke zur Mitgestaltung des europäischen Umfeldes

Die Übernahme des Mandats des Amtierenden Vorsitzenden 1996 gibt der Schweiz die Möglichkeit, aus ihrer Isolationsstellung in Europa teilweise herauszutreten, um in der Funktion des OSZE-Präsidenten bei der Ausgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur ihren Beitrag zu leisten. Dies ist für die Schweiz um so relevanter, als sich der aussenpolitische Handlungsspielraum des neutralen Kleinstaates nach dem Ende des Kalten Krieges verkleinert hat. In einem Umfeld ohne klare Fronten und strategische Gleichgewichte im überkommenen Sinn hat der Bedarf nach Guten Diensten durch den Neutralen abgenommen. Entscheidend für den Erfolg der schweizerischen Aussenpolitik ist heute, inwieweit es unserer Regierung gelingt, *aktiv* und *initiativ* in neuen aussenpolitischen Handlungsfeldern tätig zu werden und dieses Engagement gleichzeitig innenpolitisch abzustützen. In bezug auf diese Bemühungen ist die OSZE insofern von entscheidender Bedeutung, als sie das *einzige* sicherheitspolitische Gremium darstellt, in dem die Schweiz als gleichberechtigter Teilnehmer *Partizipations- und Mitgestaltungsrechte* besitzt.

Um aber die Möglichkeiten dieses für die Schweiz entsprechend wichtigen Gebildes als Mittel einer nachhaltig positiven Entwicklung auszuschöpfen und die Ziele, Methoden und das Wirken der OSZE über einen kleinen Kreis politischer Eliten hinaus besser verständlich zu machen, gilt es vordringlich, eine *Kommunikationsstrategie* zu entwerfen. Aus einer schweizerischen Perspektive enthält die Ausarbeitung einer Kommunikationsstrategie eine wichtige *innenpolitische* Dimension. Bedingt durch die politischen Realitäten - ablehnende Volksentscheide in aussenpolitischen Fragen (Uno 1986; EWR 1992; Blauhelme 1994) - kommt *der Abstützung der Aussen- in der Innenpolitik* hohe Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang sind die folgenden grundsätzlichen Überlegungen anzustellen:

Einerseits empfiehlt es sich, im Sinne einer Handlungsanleitung für eine PR-Strategie zu betonen, dass die Schweiz das Präsidialamt *nicht aufgrund ihrer Neutralität* zugesprochen bekommen hat,

sondern weil sie sich im Rahmen ihrer bisherigen KSZE-Politik als zuverlässiger, konsensorientierter und aktiver Partner erwiesen hat. Nicht die Sonderstellung der Schweiz ist hervorzuheben, sondern die aktive Mitarbeit in dieser Organisation, die in der Vergangenheit bereits verschiedene Erfolge aufweisen konnte.

Andererseits scheint es gerade im Fall dieser sicherheitspolitischen Organisation wichtig, die Übernahme von zusätzlicher Verantwortung in Form der Präsidentschaft mit den *nationalen Sicherheitsinteressen der Schweiz* zu begründen, um so mehr, als der OSZE ebenfalls ein umfassender Sicherheitsbegriff zugrunde liegt, wie dies auch in der offiziellen schweizerischen Sicherheitspolitik ("Bericht 90") postuliert wird. Ebenso kann auf eine Kongruenz in der Wahl und im Einsatz der Mittel hingewiesen werden, liegt doch auch in der schweizerischen Aussenpolitik das Schwergewicht auf *vermittelnder, präventiver Diplomatie*. Bei dem aktiven Beitrag der schweizerischen Diplomatie handelt es sich daher nicht um eine Pflicht, um einen "autonomen Nachvollzug" sozusagen, sondern um die Dynamisierung der Aussenbeziehungen in einem Bereich, der für dieses Land von sicherheitspolitischem Interesse ist.

Mit Blick auf die innenpolitische Dimension einer Kommunikationsstrategie sind aber die folgenden Einschränkungen zu machen: An die Hoffnung, dass sich die OSZE-Präsidentschaft gar als Vehikel für einen Stimmungswandel der Bevölkerung in der Frage der Öffnung gegenüber Europa nutzen lässt, sollten *keine allzu grossen Erwartungen* geknüpft werden. Aufgrund des unspektakulären Charakters der Tätigkeiten dieser Sicherheitsorganisation wird dem schweizerischen Engagement im Rahmen der OSZE wohl nur wenig Widerstand von denjenigen Kreisen erwachsen, die sich generell gegen eine erhöhte Aktivität unseres Landes in multilateralen Gremien sträuben. Ebenso begrenzt wird daher aber auch der positive Effekt der Präsidentschaft zur Förderung eines neuen aussenpolitischen Selbstverständnisses sein.

Für die Verantwortlichen stellt die Aufgabe, die Bedeutung der OSZE-Präsidentschaft für die schweizerische Aussenpolitik darzulegen, eine *doppelte innenpolitische Herausforderung* dar. Zum einen gilt es, die Notwendigkeit der Arbeit der OSZE im heutigen diffusen strategischen Umfeld und im Rahmen einer unübersichtlich gewordenen Sicherheitsstruktur in Europa mit Nachdruck zu erklären sowie den *Stellenwert der Organisation explizit für die*

schweizerische Aussenpolitik aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang sollte insbesondere betont werden, dass die OSZE allein schon deshalb ein ideales Aktionsfeld für die schweizerische Aussenpolitik darstellt, weil sich die präventivdiplomatischen Aufgabenbereiche der OSZE weitgehend mit den friedenspolitischen Absichten der Eidgenossenschaft decken. Zum anderen muss aber der auch heute noch *beschränkte Handlungsspielraum* der Organisation - beispielsweise etwa gegenüber dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien - erläutert und davon ausgehend aufgezeigt werden, dass die Tätigkeit im Rahmen der OSZE keine "Rückfallposition" darstellen kann und daher *kein Ersatz für die Übernahme von Verantwortung in anderen multilateralen Gremien* wie der Uno, der EU/WEU und der Nato sein darf.

5. Die Debatte über die Rolle der OSZE in der europäischen Sicherheitsarchitektur

5.1. Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert

Hinter dem vordergründigen Konsens der OSZE-Teilnehmerstaaten über die komparativen Vorteile der Organisation bestehen in bezug auf die künftige konzeptionelle Rolle im Geflecht der sich gegenseitig verstärkenden Sicherheitsinstitutionen[32] grundsätzliche Differenzen. Die unterschiedlichen Positionen werden namentlich im Dialog über ein *"Gemeinsames und umfassendes Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert"* ersichtlich. Am Budapester Gipfeltreffen 1994 wurde von der russischen Seite eine diesbezügliche Diskussion innerhalb der OSZE vorgeschlagen. Der noch im Anfangsstadium befindliche Dialog soll einen Beitrag zu der nach dem Kalten Krieg weiterhin ungefestigten Sicherheitsarchitektur in Europa leisten, eine neue Teilung Europas verhindern und in Richtung vermehrter kooperativer Sicherheit zielen.

---

[32] Für eine neuere Übersicht zum Thema der sich gegenseitig verstärkenden Sicherheitsinstitutionen in Europa vgl. James B. Steinberg. "Overlapping Institutions, Underinsured Security: The Evolution of the Post-Cold War Security Order". In: Bernard von Plate (Hg.). *Europa auf dem Wege zur kollektiven Sicherheit? Konzeptionelle und organisatorische Entwicklungen der sicherheitspolitischen Institutionen Europas*. Internationale Politik und Sicherheit 38. Baden-Baden 1994. 49-69.

Dabei werden aber sehr *unterschiedliche* Vorstellungen bezüglich der Rolle der OSZE im grösseren Rahmen der Sicherheitsinstitutionen in Europa greifbar, namentlich seitens der Hauptakteure Russland und USA.

In der *russischen* Perspektive kommt der OSZE eine zentrale Rolle für die Stabilisierung in Europa zu. Dabei soll die OSZE für die Koordination der diesbezüglichen Bemühungen der Mitgliedstaaten und regionaler Institutionen wie GUS, EU, WEU, Europarat, Nato und NACC sorgen. Russland möchte auf die Verrechtlichung der OSZE, das heisst auf deren Formalisierung und Transformation in *eine voll funktionsfähige, auf völkerrechtlichem Fundament* stehende regionale Organisation hinwirken.[33]

Demgegenüber steht die traditionell kritische und abwartende Haltung der *USA* unter dem Motto "*let the OSCE be the OSCE*". Amerikanische Stimmen warnen insbesondere vor einer Überforderung der OSZE, da sich die Organisation gleich in zweifacher Hinsicht in einem Spannungsfeld befindet. Ein erstes Spannungsfeld eröffnet sich aus dem *Widerspruch zwischen den einzigartigen Möglichkeiten und den begrenzten Mitteln der OSZE*. Da in der amerikanischen Perspektive das herausragende Merkmal der OSZE ihr breiter sicherheitspolitischer Ansatz ist, der die politisch-militärische, menschliche und ökonomische Dimension umfasst, soll der Schwerpunkt entsprechend auch in Zukunft bei vertrauensbildenden Konzepten liegen. Der Versuch, die Mittel und Methoden der OSZE zu verändern, würde, bedingt durch die Überdehnung ihrer Fähigkeiten, das Ende dieser Organisation bedeuten. Die OSZE soll deshalb *keine* institutionalisierte, mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit ausgestattete Gemeinschaft werden. Das Sicherheitsmodell im Rahmen der OSZE darf in amerikanischer Perspektive die bestehenden Sicherheitsorganisationen, sprich die Nato, *nicht* in Frage stellen. Als zweites Spannungsfeld wird auf den *Widerspruch zwischen der Erhaltung der "grassroots function" und der offiziellen Dimension der OSZE* aufmerksam gemacht. Die OSZE soll ein offenes Gefäss bleiben für Initiativen von der Basis, namentlich auch von NGOs, für die sie ein wertvoller Ansprechpartner darstellt. Die Organisation würde viel von ihrer

---

[33] Andrey Zagorski. "Russland und die OSZE: Erwartungen und Enttäuschungen". In: *OSZE-Jahrbuch 1995*, 109-120.

Anziehungskraft für diese nichtstaatlichen Organisationen verlieren, wenn sie sich zu einem rein diplomatischen Zirkel entwickeln würde.[34]

Verständlicherweise reagierten die *osteuropäischen Staaten* anfänglich zurückhaltend auf die Diskussion um das Sicherheitsmodell. Die *Nato-Osterweiterung* soll nicht vom mächtigen russischen Nachbarn beeinflusst werden können, befinden sich doch namentlich die mittelosteuropäischen Visegrad-Staaten in einem Prozess der Annäherung zur transatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Entsprechend sind diese darauf bedacht - wie dies namentlich auch im Budapester Dokument 1994 in den Beschlüssen des Kapitels VII festgehalten wurde -, dass das Sicherheitsmodell das Recht auf den Beitritt zur Nato nicht beeinträchtigt.

5.2. Akzentverlagerung in Richtung Peacekeeping?

Die grundlegenden Differenzen der Teilnehmerstaaten hinsichtlich der künftigen Rolle der OSZE in der europäischen Sicherheitsarchitektur widerspiegeln sich auch in der Debatte um ihre *operative Rolle*. Die Frage nach dem Schwerpunkt der Tätigkeiten der OSZE wird im Verlauf der schweizerischen Präsidentschaft auf eine Entscheidung hin drängen. Konkret geht es darum, zu bestimmen, inwieweit die Aktivitäten im Rahmen der Präventivdiplomatie in der Praxis durch friedenserhaltende Massnahmen ergänzt werden sollen.

Die meisten *westlichen* Staaten messen präventivdiplomatischen Aktivitäten grössere Chancen bei als umfassenden friedenserhaltenden Massnahmen. Diese Einschätzung basiert zum einen auf der Wahrnehmung der begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen der OSZE. Zum anderen lässt sich für präventivdiplomatische Aktivitäten die Kooperation mit anderen Organisationen einfacher sicherstellen als beim Peacekeeping. Die beschränkten Mittel der OSZE erlauben es der Organisation nur, in der *prä*- und allenfalls in der *post*konfliktiven Phase aktiv zu werden. Für die Durchführung von friedenserhaltenden Massnahmen verfügt die OSZE bildlich gesprochen schlicht weder über "Zuckerbrot noch

---

[34] Jonathan Dean. "Die Vereinigten Staaten und die OSZE: Im Wechsel von Förderung und 'wohlwollender Vernachlässigung'". In: *OSZE-Jahrbuch 1995*, 99-108.

Peitsche". Aufgrund dieser Analyse dürfte eine Schwergewichtsbildung der OSZE-Operationen auf Präventivdiplomatie und allenfalls auf postkonfliktive friedensbildende Massnahmen angezeigt sein.

Allerdings sei vor allzu hohen Erwartungen an die Möglichkeiten der OSZE im Rahmen der Konfliktprävention gewarnt. Dies erstens daher, weil auch in Zukunft kleinere und mittlere Länder (Dänemark; Polen; Kanada) für die OSZE-Präsidentschaft vorgesehen sind und damit das Ressourcenproblem in ähnlicher Weise wiederkehren dürfte, da das Präsidentenmandat für die Durchführung diesbezüglicher Aktivitäten eine zentrale Stellung einnimmt. Zweitens wird auch in Zukunft das Problem darin bestehen, dass sich kein Mitgliedstaat für die Auslösung der Krisenmechanismen mobilisieren lässt, bevor ein Konflikt manifest wird.

Im Gegensatz dazu wird von *östlicher* Seite, namentlich von Russland, die Bedeutung friedenserhaltender Massnahmen der OSZE für die zahlreichen regionalen Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR betont und eine Akzentverlagerung von der Konfliktprävention hin zum *Konfliktmanagement und zur Konfliktlösung* gefordert. In der heutigen Situation soll nicht die Weiterentwicklung der Instrumentarien der Konfliktprävention im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, sondern die Auseinandersetzung mit den aktuellen Konflikten. Die OSZE ist allein schon deshalb herausgefordert, weil keine andere internationale Organisation im "nahen Ausland" auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR aktiv werden kann.

Der russischen Befindlichkeit ist insofern Verständnis entgegenzubringen, als sich die meisten derzeitigen Konflikte in der Tat in der (ehemaligen) russischen Einflusssphäre abspielen und daher die *nationalen Interessen* Russlands direkt tangieren. Russland macht entsprechend geltend, dass seine in den Krisenregionen stehenden Truppen der Friedenssicherung dienen und folglich als Peacekeepingtruppen von der OSZE anerkannt werden sollen.

6. Herausforderungen für die schweizerische OSZE-Präsidentschaft

Einleitend muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Ausgangslage für das Schweizer Präsidialjahr 1996 schwierig gestaltet, stehen doch die Diskussionen über die Rolle der OSZE in einer

engen Wechselbeziehung zu politischen Vorgängen in anderen Bereichen. Neben der *Nato-Osterweiterung* sind vor allem die Regierungskonferenzen zwecks Überprüfung des *Maastrichter Vertrages* und des *Vertrages über die konventionellen Streitkräfte in Europa* zu nennen. Ebenfalls 1996 stehen wichtige *Präsidentschaftswahlen in Russland und den USA* an. Schliesslich wird sich die OSZE auch im nächsten Jahr intensiv mit den *aktuellen Krisen* in Tschetschenien, in Nagorny-Karabach und im ehemaligen Jugoslawien auseinanderzusetzen haben.

6.1. Augenmerk auf die GUS und neue Rolle im ehemaligen Jugoslawien

Auf die Gebiete *Russlands und der GUS* wird auch im schweizerischen Präsidentschaftsjahr das Hauptaugenmerk zu richten sein. Im Zentrum steht dabei das Verhältnis Russlands zu seinen als "nahes Ausland" deklarierten Nachbarn. Hier steht die allfällige Durchführung der anlässlich des Budapester Gipfeltreffens (1994) grundsätzlich beschlossenen OSZE-Peacekeeping-Mission in *Nagorny-Karabach* im Vordergrund. Damit würde in den OSZE-Aktivitäten erstmals eine Akzentverlagerung in Richtung aktives Krisenmanagement offenbar. Aber auch weitere Gebiete wie Tschetschenien, Tadschikistan, Georgien, Ukraine und Moldawien erfordern die Aufmerksamkeit der OSZE und insbesondere die des Amtierenden Vorsitzenden.[35]

Auf dem *Balkan* gilt es, die bestehenden *präventivdiplomatischen Missionen* (Mazedonien; Sarajewo) zur Stabilisierung des Umfeldes in bewährter Weise weiterzuführen. Weit wichtiger sind aber die der OSZE bei der Umsetzung einer *Friedensregelung in Bosnien-Herzegowina* erwachsenden Aufgaben. Die Organisation wird im Rahmen dieser Friedensbemühungen - das in Dayton (Ohio) paraphierte Friedensabkommen wird voraussichtlich am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet werden - als *"lead agency"*[36]

---

[35] Vgl. Michael Lucas, Oliver Mietzsch. The OSCE and Security in Russia and the CIS: Decisions in Budapest and the Challenge of their Effective Implementation. Arbeitspapiere der Schweizerischen Friedensstiftung 23. Bern 1995.

[36] Vgl. die diesbezüglichen Ausführungen anlässlich des OSZE-Troika-Treffens in Genf am 19. Oktober 1995. Neue Zürcher Zeitung vom 24. Oktober 1995; und die Äusserungen von Mitarbeitern des EDA anlässlich der Me-

eine neue Rolle übernehmen, nachdem sie sich 1992 de facto aus dem Jugoslawienkonflikt abgemeldet hat. Damit wird der OSZE in Zukunft ein grosses potentielles Aufgabengebiet im ehemaligen Jugoslawien erwachsen. An der OSZE-Aussenministerkonferenz vom 7./8. Dezember 1995 in Budapest, anlässlich derer die Schweiz offiziell den Vorsitz übernimmt, wird ein entsprechendes Mandat im Detail formuliert.

Neben der *Überwachung von Wahlen* ist die Überprüfung der Einhaltung der *Menschenrechte* von grosser Wichtigkeit. Nachdem ein politischer Lösungsprozess absehbar ist, soll der Fokus der OSZE-Tätigkeiten deshalb auf dem Schutz der *Minderheitenrechte* liegen. Dies ist aus schweizerischer Perspektive insofern interessant, als unser Land über einige Erfahrung im Bereich des Minderheitenschutzes verfügt. Zusätzlich ist die *Reintegration Restjugoslawiens* (Serbien und Montenegro) in die internationale Gemeinschaft anzustreben, um auch in diesen Gebieten aktiv werden zu können. Die OSZE ist aufgrund ihrer Mitgliederstruktur geradezu dafür prädestiniert, für die Wiederaufnahme Serbien-Montenegros in die Staatengemeinschaft zu sorgen. Präventivdiplomatie zum Schutz der Minderheiten ist innerhalb Restjugoslawiens (Kosovo, Wojwodina und dem Sandschak) dringend vonnöten, betreibt doch Belgrad in diesen Regionen eine massive Repressionspolitik gegenüber den nichtserbischen Minderheiten.[37] Schliesslich ist auch auf die Notwendigkeit eines *Rüstungskontrollregimes* für den Balkan aufmerksam zu machen. Der Abbau der Rüstungspotentiale muss parallel zur politischen Stabilisierung der Region an die Hand ge-

---

dienkonferenz vom 20. November 1995. Neue Zürcher Zeitung vom 21. November 1995.
Wie Bundesrat Flavio Cotti im Anschluss an ein Treffen mit dem amerikanischen Aussenminister Warren Christopher am 9. November 1995 bekanntgab, wurde der Schweizer Brigadier Peter Arbenz, ehemaliger Generalinspektor der Uno-Truppen in Ex-Jugoslawien (Unprofor), zum Mitglied der OSZE-Expertengruppe ernannt, welche die technischen Aspekte des OSZE-Mandates in Bosnien vorbereitet.

[37] Vgl. zur bisherigen schweizerischen Jugoslawienpolitik: Andreas Wenger, Jeronim Perovic. Das schweizerische Engagement im ehemaligen Jugoslawien: Über Grenzen und Möglichkeiten der Aussenpolitik eines neutralen Kleinstaates. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 36. Zürich 1995.

nommen werden. Hier sind Vorbereitungen für die spätere Einbindung in den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa zu treffen.

Eine Verstärkung der Rolle der OSZE hinsichtlich des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien über die derzeitige Stabilisierung der umliegenden Gebiete hinaus bedingt sorgfältige *Vorbereitungen* für die Entsendung von Feldmissionen. Hier muss eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit den Konfliktparteien erfolgen und muss am Aufbau eines Informations- und Kommunikationsnetzes vor Ort gearbeitet werden. Im Sinne einer optimalen Vorbereitung gilt es daher zu überlegen, inwieweit die Kontakte zu den Konfliktparteien bereits heute auszubauen sind, um diese dann zu gegebener Zeit im Rahmen der OSZE erfolgreich zu aktivieren.

6.2. Sicherheitsmodell und Menschliche Dimension

Die Schweiz wird auch bei der Mitgestaltung des *Sicherheitsmodells für Europa im 21. Jahrhundert* gefordert sein. Dabei ist den unterschiedlichen Vorstellungen der Grossmächte Russland, USA und EU bezüglich der Rolle der OSZE im Geflecht der sich gegenseitig verstärkenden Sicherheitsinstitutionen in Europa Rechnung zu tragen. Bei der Formulierung ihrer Position soll sich die Schweiz nicht auf die politisch-militärischen Aspekte der Sicherheit beschränken, sondern ihrer Tradition gemäss einen *breiten sicherheitspolitischen Ansatz* anstreben, der auch wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fragen der Menschlichen Dimension, aber auch Teilthemen wie Umweltschutz umfasst. Als konkreten Beitrag zur Debatte um die Ausgestaltung des Sicherheitsmodells kann die Schweiz auf die Notwendigkeit einer *umfassenden Risikoanalyse* hinweisen, besitzt sie doch auf diesem Gebiet wissenschaftliche Expertise.

Mit der Übernahme des Präsidialmandates 1996 wird die Schweiz für die Weiterentwicklung des Sicherheitsmodells verantwortlich zeichnen. Im Beratungsprozess wird sie neben der Wahrung ihrer eigenen nationalen Interessen und der Lancierung eigener Initiativen auch die Funktion eines *Moderatoren* auszufüllen haben. Dabei kann sie als "Drittpartei" in bewährter stiller Diplomatie Vermittlungstätigkeiten zwischen den divergierenden Interessen der Hauptakteure Russland, USA und EU wahrnehmen. Anlässlich des Ende 1996 stattfindenden OSZE-Gipfeltreffens in Lissabon

werden die erzielten Resultate durch die schweizerischen Vertreter schliesslich vorzulegen sein.

Der stärkeren *Integration und Implementierung der Menschlichen Dimension in den politischen Alltag*, wie sie im Geiste der Treffen von Wien, Kopenhagen und Moskau im Sinne einer umfassenden Verpflichtung bei den Menschenrechten und den Minoritätenrechten deklariert worden ist, wird unser Land ebenfalls hohe Priorität beizumessen haben. Für die Schweiz, die sich traditionellerweise für die Kodifizierung der Menschlichen Dimension eingesetzt hat, wird die konkrete Durchsetzung dieser Standards zu einer besonderen Herausforderung werden, steht zurzeit nämlich nicht die Weiterentwicklung bestehender Normen und Mechanismen im Vordergrund, sondern deren *Anwendung* und *Durchsetzung*.

6.3. Aussenbeziehungen und interne Feinabstimmung der OSZE

Zum Aufgabenbereich des Amtierenden Vorsitzenden gehören die Aussenbeziehungen der OSZE zu anderen internationalen Akteuren und die Sicherstellung der inneren Funktionsfähigkeit der Organisation. Bezüglich beider Aufgaben bestehen konkrete Herausforderungen für die schweizerische Präsidentschaft.

So ist insbesondere die Notwendigkeit einer *verstärkten koordinierten Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien* zu betonen. Die regulären Treffen mit dem Europarat und die Beziehungen zur Nato (Beobachterstatus im NACC/PfP) entwickeln sich zwar befriedigend. Hingegen gestalten sich die Kontakte zur Uno als schwierig. Entsprechend ist die Zusammenarbeit mit der Uno zu fördern. Ferner ist auf die Bedeutung der Sicherstellung guter Kontakte zur GUS/Russland hinzuweisen. Dies drängt sich insbesondere angesichts der aktuellen Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR auf.

Im Zusammenhang mit der Betonung der "grassroots function" der OSZE ist auch auf die Beziehungen mit *nichtstaatlichen Organisationen* aufmerksam zu machen. Die Koordination mit NGOs ist entscheidend, da deren Aktionskreis oft in denselben Gebieten liegt wie derjenige der OSZE.

Im Bereich der *internen* institutionellen Feinabstimmung der OSZE ist die Konsolidierung der bestehenden Institutionen und Mechanismen vordringlich. Dabei stellen sich dem Amtierenden

Vorsitzenden zwei grundsätzliche administrative Herausforderungen. Wie können die bestehenden exekutiven Ressourcen genutzt werden, ohne die Kontrolle über die Gesamttätigkeiten der Organisation zu verlieren? Und wie soll das politische Management der anfallenden Aufgaben in zwei Zentren (Wien/Bern) koordiniert werden?

Ferner ist als Schlüsselfaktor zur Sicherstellung der inneren Funktionsfähigkeit der OSZE die enge Zusammenarbeit zwischen dem Präsidialland und dem *Generalsekretariat* zu nennen. Hier ist die Idee prüfenswert, ob die Beziehungen zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden und dem Generalsekretär durch die Abordnung eines ständigen Vertreters des Generalsekretärs an das jeweilige Aussenministerium nicht verbessert werden könnten.[38] Überdies ist ein enger Kontakt zu den anderen Mitgliedern der *Führungstroika* bei der Durchführung bestehender und der Planung allfälliger neuer Aktivitäten durch die Schweiz wichtig. Ein vermehrter Rückgriff des Vorsitzenden auf die *Führungstroika* ist überlegenswert, um die Troikapartner noch enger in den Willensbildungsprozess einzubinden und die Entscheidungen gegen aussen besser abzustützen.

Im weiteren wird die Konsolidierung der Zusammenarbeit mit dem *Hochkommissariat für nationale Minderheiten* in Den Haag wichtig sein, da im Bereich der Präventivdiplomatie eine enge Kooperation mit dem Hochkommissar unabdingbar ist.

Bei den spezialisierten Organen ist auf die Notwendigkeit der institutionellen Stärkung des *Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte* in Warschau hinzuweisen. Ebenso drängt sich eine stärkere Berücksichtigung der *Parlamentarischen Versammlung* auf.

Mit Blick auf weitere Aktivitäten im administrativen Bereich bleibt schliesslich festzuhalten, dass die alle zwei Jahre stattfindende Überprüfungskonferenz und das anschliessende Treffen der Staats- und Regierungschefs in das schweizerische Präsidialjahr fallen. Die Vorbereitung des *Lissabonner Gipfels 1996* wird einige

---

[38] Pále Dunay. "Zusammenarbeit in Konflikten: Der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär: Ein künftiges Problem?". In: *OSZE-Jahrbuch 1995*, 399-410.

administrative und organisatorische Kräfte binden, um eine sorgfältige Vorbereitung zu gewährleisten.

Grundsätzlich muss aber bei aller Vorausschau betont werden, dass auch die schweizerische OSZE-Agenda wesentlich durch die *Ereignisse* bestimmt werden wird. Entsprechend bedingt dies eine sorgfältige Vorbereitung der eigenen Organisation im Aussenministerium. Die strukturellen, personellen und auch materiellen Vorkehrungen in EDA und EMD müssen den Anforderungen bestehender OSZE-Aktivitäten genügen und - wichtiger noch - Raum für künftige Unwägbarkeiten lassen. Die Notwendigkeit *flexibler Führungsstrukturen* gründet auf den gemachten Erfahrungen der bisherigen Troikamitglieder.

7. Schlussfolgerungen

Die Übernahme der OSZE-Präsidentschaft 1996 gibt der Schweiz die Chance, die Tätigkeiten im Rahmen dieser Organisation als Brücke zur Mitgestaltung des europäischen Umfeldes zu nutzen. Das Mandat des Amtierenden Vorsitzenden ist für die schweizerische Aussenpolitik allein schon deshalb bedeutend, weil die Aktivitäten im Rahmen der OSZE für die Schweiz zur Zeit die alleinige Möglichkeit darstellen, um sowohl eigene sicherheitspolitische Interessen wahrzunehmen als gleichzeitig auch einen sinnvollen Beitrag zur Stabilität in Europa zu leisten. Der Wert der positiven Mitgestaltungsmöglichkeit ist gerade deshalb besonders hoch einzuschätzen, weil sich der aussenpolitische Aktionsradius des neutralen Kleinstaates nach dem Ende des Kalten Krieges verkleinert hat. In einer zunehmend multipolaren und interdependenten Welt steigt gerade für den Kleinstaat die Bedeutung von Handlungsfeldern im multilateralen Rahmen. Diesbezüglich bietet sich die Gestaltungs- und Kompetenzfülle des Mandates des Amtierenden Vorsitzenden geradezu an, um mit *Kreativität* ausgefüllt zu werden. Die Gesamtverantwortung für die ausführenden Tätigkeiten erlaubt es der Schweiz, ihre traditionellen aussenpolitischen Aktionsfelder weiter zu verfolgen und sich gleichzeitig neue Handlungsspielräume zu schaffen. Bei der Formulierung eines schweizerischen Aktionsprogrammes müssen allerdings auch eine ganze Reihe von einschränkenden Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

7.1. Gestaltungs- und Kompetenzfülle versus Handlungseinschränkungen

Das Mandat des Amtierenden Vorsitzenden eröffnet dem Präsidialland mit der im Vergleich zum Vorsitz anderer internationaler Organisationen einmaligen *Kompetenz- und Gestaltungsfülle* breiten Raum für politische Initiativen. Die neutrale Schweiz kann hier, bedingt durch ihre Unabhängigkeit und Ungebundenheit im Urteil und im Handeln, komparative Vorteile verzeichnen, indem sie ohne aufwendige Feinabstimmung mit Bündnispartnern der OSZE Vorschläge unterbreiten kann. Grundsätzlich besitzt der Vorsitz jedoch letztlich nur so viel Gewicht, wie ihm das Land an Bedeutung zuzumessen gewillt ist. Die Möglichkeiten des Präsidialmandates sind im einzelnen oben dargelegt worden; nachfolgend sei daher abschliessend auf einschränkende Faktoren hingewiesen.

Bei der Annahme dieser Herausforderung ist die Schweiz *gebunden* an aktuelle Konflikt- und Krisenfälle, an laufende und geplante Missionen und an den bestehenden Gesamt-Acquis der OSZE (Verpflichtungen und Vereinbarungen; Strukturen und Institutionen; finanzielle und personelle Beschränkungen). Das Prinzip des Konsenses bildet die wichtigste De-facto-Beschränkung der exekutiven OSZE-Kompetenz. Es ist daher unerlässlich, dass sich die Schweiz bei ihren Vorstössen der Unterstützung der bestimmenden Akteure (USA; Russland; EU) versichert. Als weiteres Erschwernis ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Schweiz bei der Informationsbeschaffung für Gebiete, in denen sie aufgrund fehlender nationaler Interessen und begrenzter Ressourcen nur über ein grobmaschiges Informationsnetz verfügt, auf die Mithilfe durch andere Mitgliedstaaten angewiesen ist. Überdies könnten sich der Schweizer Diplomatie die negativen Folgen unseres Abseitsstehens in den sicherheitspolitisch entscheidenden Organisationen (Uno; EU/WEU; Nato/NACC/PfP) in einem Kommunikationsdefizit zeigen. Der schweizerische "Sonderfall" bringt mit sich, dass unser Land über wenig Erfahrung in multilateraler Diplomatie verfügt. Nicht zuletzt sei auch an die beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen in der schweizerischen Verwaltung erinnert, welche die Ausgestaltung der nötigen Führungsstrukturen erschweren.

Als allgemeine Herausforderung an die schweizerische Präsidentschaft ist auf ein mögliches Dilemma zwischen der Verfolgung *institutioneller* und *nationaler* Interessen hinzuweisen. Für kleine, unabhängige Staaten kann es problematisch sein, Aktivitäten auch in solchen Fällen, in denen *keine* nationalen Interessen im Spiel sind, zu ergreifen und dafür kritisiert zu werden. Trotzdem muss sich der Amtierende Vorsitzende im Rahmen seiner Gesamtverantwortung für die ausführenden Tätigkeiten auch in diesen Situationen um die politische Initiative bemühen. Bedingt durch das zeitlich kurze Mandat ergibt sich damit verbunden ein weiteres grundsätzliches Spannungsfeld. Die Schweiz ist gefordert, ihre Tätigkeiten sowohl auf die *kurzfristige* Perspektive der einjährigen Präsidentschaft als auch auf die für die Organisation notwendige *langfristige* Perspektive auszurichten.

7.2. Eine besondere Herausforderung: Kommunikationsstrategie

Die OSZE ist als strategisches Instrument im modernen sicherheitspolitischen Umfeld unverzichtbar. Als Forum des Dialogs kann sie entscheidend zur Stabilität in Europa beitragen. Ihre Stärken liegen bei Aktivitäten der stillen Diplomatie, die notwendigerweise *unspektakulär* sind und entsprechend in der Öffentlichkeit nur *ungenügend* wahrgenommen werden. Es ist daher unerlässlich, dass die Möglichkeiten der OSZE als Mittel einer nachhaltig positiven Entwicklung, ihre Ziele und Arbeitsweisen einer breiteren Öffentlichkeit besser verständlich gemacht werden.

Die Aufgabe, eine Kommunikationsstrategie für die OSZE zu formulieren, ist Teil des Pflichtenheftes des Amtierenden Vorsitzenden. Bei der Entwicklung einer Handlungsstrategie für die schweizerische OSZE-Präsidentschaft 1996 ist dem Element *Kommunikation* daher hohe Priorität beizumessen.[39] Diese Aufgabe

---

[39] Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten hat sich in diesem Zusammenhang dazu entschlossen, die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation als zusätzliches Instrument zur Multiplikation von Information zu nutzen. Es hat die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich damit beauftragt, eine Homepage *"Die schweizerische OSZE-Präsidentschaft"* auf dem Internet anzubieten (Adresse: http://www.fsk.ethz.ch/osze/).

wird allerdings dadurch erschwert, dass die Schweiz in ihrer Rolle als Präsidialland einerseits die OSZE-Aktivitäten gegenüber der internationalen Gemeinschaft zu vertreten hat. Andererseits müssen die politischen Verantwortlichen aber auch die spezifisch *schweizerischen* Kommunikationsbedürfnisse im Auge behalten. Diesbezüglich gilt es, neben der Verdeutlichung des Stellenwertes der OSZE für die Sicherheit Europas und insbesondere der positiven Einwirkungsmöglichkeiten für die Schweiz durch die Übernahme der Präsidentschaft *gleichzeitig* darzulegen, dass die schweizerischen Tätigkeiten im Rahmen der OSZE *kein Ersatz* für die Übernahme von Verantwortung in anderen multilateralen Gremien sein kann.

Auswahlbibliographie

Dokumentensammlungen

Fastenrath, Ulrich (Hg.). KSZE: Dokumente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Neuwied 1992. (Loseblattsammlung, fortlaufend).

Jacobsen, Hans-Adolf, Wolfgang Mallmann, Christian Meier (Hg.). Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE): Analyse und Dokumentation, Band I und II. Dokumente zur Aussenpolitik II und II/2. Köln 1973 und 1978.

Schramm, Friedrich-Karl, Wolfram-Georg Riggert, Alois Friedel (Hg.). Sicherheitskonferenz in Europa: Dokumentation 1954-1972: Die Bemühungen um Entspannung und Annäherung im politischen, militärischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Bereich. Frankfurt am Main 1972.

Bibliographien

Holtermann, Henrik. CSCE: From Idea to Institution: A Bibliography. Kopenhagen 1993.

Schwarz, Günter, Dieter S. Lutz. Sicherheit und Zusammenarbeit: Eine Bibliographie zu MBFR, SALT und KSZE. Militär, Rüstung, Sicherheit 2. Baden-Baden 1980.

Vgl. auch den Artikel *"Die Auswirkungen der Informationsrevolution auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik: Offene Fragen und erste Lösungsansätze"* im vorliegenden Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik.

Lehrmittel

OSZE - Sicherheit in Europa. Hg. Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. Bern 1995.

Literatur zur "alten" KSZE

Acimovic, Ljubivoje. Problems of Security and Cooperation in Europe. Alphen aan den Rijn 1981.

Ghebali, Victor-Yves. La diplomatie de la détente: la CSCE d'Helsinki à Vienne (1973-1989). Brüssel 1989.

Neuhold, Hanspeter (Hg.). CSCE: N+N Perspectives: The Process of the Conference on Security and Cooperation in Europe from the Viewpoint of the Neutral and Non-Aligned Participating States. The Laxenburg Papers 8. Wien 1987.

Volle, Herrmann, Wolfgang Wagner (Hg.). KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv. Bonn 1976.

Volle, Herrmann, Wolfgang Wagner (Hg.). Das Belgrader KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv. Bonn 1978.

Volle, Herrmann, Wolfgang Wagner (Hg.). Das Madrider KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des KSZE-Prozesses in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv. Bonn 1984.

von Bredow, Wilfried. Der KSZE-Prozess: Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konfliktes. Darmstadt 1992.

Zielinski, Michael. Die neutralen und blockfreien Staaten und ihre Rolle im KSZE-Prozess. Nomos Universitätsschriften 13. Diss. Baden-Baden 1990.

Literatur zur "neuen" KSZE/OSZE

Cuthbertson, Ian M. (Hg.). Redefining the CSCE: Challenges and Opportunities in the New Europe. New York 1992.

Heraclides, Alexis. Helsinki II and its Aftermath: The Making of the CSCE into an International Organization. London-New York 1993.

Lehne, Stefan. The CSCE in the 1990s: Common House or Potemkin Village. Wien 1991.

Lucas, Michael (Hg.). The CSCE in the 1990s: Constructing European Security and Cooperation. Baden-Baden 1993.

Lucas, Michael, Oliver Mietzsch. The OSCE and Security in Russia and the CIS: Decisions in Budapest and the Challenge of their Effective Implementation. Arbeitspapiere der Schweizerischen Friedensstiftung 23. Bern 1995.

Mastny, Vojtech. The Helsinki Process and the Reintegration of Europe 1986-1991: Analysis and Documentation. London 1992.

Meyer, Berthold, Bernhard Moltmann (Hg.). Konfliktsteuerung durch die Vereinten Nationen und die KSZE. Frankfurt am Main 1994.

OSZE-Jahrbuch 1995: Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Hg. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg. Baden-Baden 1995.

OSZE-Vademecum: Eine Einführung über die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Hg. OSZE-Dienst des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten. Bern 1995.

Schlotter, Peter, Norbert Ropers, Berthold Meyer. Die neue KSZE: Zukunftsperspektiven einer regionalen Friedensstrategie. Analysen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft 44. Opladen 1994.

Staak, Michael (Hg.). Aufbruch nach Gesamteuropa: Die KSZE nach der Wende im Osten. Forschungsberichte Internationale Politik 15. Münster 1992.

Von der KSZE zur OSZE: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Hg. IAP-Dienst Sicherheitspolitik, 5/1995. Bonn 1995.

von Tscharner, Benedikt. "Chancen und Grenzen der KSZE". In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 9./10. April 1994.

Literatur zur Schweiz und der KSZE/OSZE

Brunner, Edouard. "La CSCE, Véhicule de Politique Etrangère pour la Suisse?". In: Emanuel Diez et al. (Hg.). *Festschrift für Rudolf Bindschedler*. Bern 1980. 611-616.

Erzinger, Matthias et al. Menschenrechts-Vorbild Schweiz? Zum "humanitären" KSZE-Engagement der Schweiz. Hg. Schweizerischer Friedensrat. Zürich 1986.

Hübscher, Werner. Die Schweiz und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. SAD-Arbeitsheft W 9. Zürich 1973.

Interview mit Flavio Cotti: "Es ist unsere ethische Pflicht, etwas für den Frieden in Europa zu tun". In: *Tages-Anzeiger* vom 21. November 1995.

Interview mit Benedikt von Tscharner: "Konkrete Schritte statt Luftschlösser". In: *Der Bund* vom 3. November 1995.

Interview mit Raymund Kunz: "Die gesamteuropäische sicherheitspolitische Kooperation vertiefen". In: *Chance Schweiz* 3 (1995): 3-8.

Kunz, Raymund. "Die OSZE-Präsidentschaft: Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen". In: *Info Gesamtverteidigung* 16 (1995): 3f.

Kunz, Raymund. "Mitwirkung in der KSZE". In: *Info Gesamtverteidigung* 13 (1994): 2f.

Renk, Hans-Jörg. "Vor 20 Jahren: Schlussakte von Helsinki: Die Rolle der Schweiz bei der Entstehung der KSZE". In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 31. Juli 1995.

Riklin, Alois et al. Die Schweiz und die KSZE: Stand 1977. SAD-Arbeitsheft W 12. Zürich 1977.

Ruch, Jean-Daniel. "La CSCE et la Suisse". In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* 2 (1992): 56-70.

Schärli, Josef. "Zur OSZE-Präsidentschaft der Schweiz 1996". In: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift* 10 (1995): 12f.

Stemmler, Urs. Die Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Massnahmen und Abrüstung in Europa als Mittel der schweizerischen Sicherheitspolitik. 2 Bde. Diss. New York 1989.

von Grünigen, Marianne, Josef Schärli. "Die Schweiz und der Prozess der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)". In: Alois Riklin, Hans Haug, Raymond Probst (Hg.). *Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik*. Schriftenreihe der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik 11. Bern-Stuttgart-Wien 1992. 569-588.

von Grünigen, Marianne. "Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und Neutralität". In: *Bewaffnete Neutralität heute: Beilage zur Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift* 1992. 47-56.

von Tscharner, Benedikt. "Die Schweiz und die OSZE". In: René Rhinow (Hg.). *Die schweizerische Sicherheitspolitik im internationalen Umfeld*. Basel 1995. 73-86.

von Tscharner, Benedikt. "Die OSZE als Herausforderung für die Schweiz und ihre Diplomatie". In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 13. Februar 1995.

Die Auswirkungen der Informationsrevolution auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik: Chancen und Risiken

von Andreas Wenger und Thomas Köppel

1. Einleitung

Die Auswirkungen der neuen Kommunikationstechnologien auf Staat, Gesellschaft und Wirtschaft werden im ausgehenden 20. Jahrhundert einer der bestimmenden Faktoren für den Wandel unseres Umfeldes sein. Die Beschleunigung der technologischen Entwicklungen in den vergangenen fünf Jahren hat diverse nationale und multinationale politische Programme zum Aufbau einer *globalen Informationsgesellschaft* hervorgebracht. Wir befinden uns mitten in einer Informationsrevolution.

Information, soviel wird heute allgemein anerkannt, muss als eine neue Form von Macht bewertet werden. Information als strategischer Machtfaktor beeinflusst sowohl innerstaatliche wie zwischenstaatliche politische Prozesse. Zwei der führenden Wissenschafter auf diesem Gebiet haben dazu folgendes festgehalten:

> "The crucial point about a post-industrial society is that knowledge and information become the strategic and transforming resources of the society, just as capital and labor have been the strategic and transforming resources of industrial society." (Bell 1979, S. 26)

> "We are witnessing a historic transformation of the traditional modes of power. Power today is becoming based less on physical and material parameters (territory, military forces) and more on factors linked to the capability of storing, managing, distributing, and creating information." (Debray 1986, S. 18).

In der Forschung besteht allerdings kein Konsens darüber, wie sich die neuen Möglichkeiten der Informationsvermittlung im einzelnen auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auswirken. Ist wirtschaftliches Denken und Handeln bereits stark von der Informationsrevolution geprägt, werden im Gegensatz dazu die Auswirkungen der neuen Technologien auf die Politik nur sehr zögernd erkannt. Entsprechend fehlen Studien, die nach den politischen und sozialen Effekten der Informationsrevolution fragen. Mit dem

beschleunigten Aufbau einer globalen Informationsinfrastruktur ist heute der Zeitpunkt gegeben, um nach den *gesellschaftlichen* Folgen dieser Entwicklungen zu fragen. Ohne gezielte Förderung einer diesbezüglichen Forschung besteht die Gefahr, dass sich die staatlichen und nichtstaatlichen Programme zum Aufbau einer globalen Informationsinfrastruktur auf technische und wirtschaftliche Fragen beschränken und die sozialen und politischen Aspekte weiterhin vernachlässigt werden.

Besteht schon bei den allgemeinen Rückwirkungen der Informationsrevolution ein Forschungsdefizit, so fehlen bezüglich der Auswirkungen der neuen Technologien auf den informationssensitiven Bereich der Aussen- und Sicherheitspolitik - und schon gar der schweizerischen - jegliche Grundlagenstudien. Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse an der ETH Zürich (FSK) hat sich zum Ziel gesetzt, diese Forschungslücke mit einem eigenen Projekt, das Theorie und Praxis verknüpft, zu füllen.

Einerseits betreibt die FSK in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern der Bundesverwaltung, mit schweizerischen Forschungsinstitutionen und einer ganzen Reihe von internationalen Partnern seit Anfang April 1995 das *International Security Network (ISN).* Auf der operationellen Ebene steht damit in der Schweiz allen aussen- und sicherheitspolitisch interessierten Kreisen ein Mittel zur Verfügung, um am "globalen elektronischen Dorf" teilzunehmen und einen raschen Zugang zur fachspezifischen Dokumentation zu finden. *Anderseits* hat die FSK damit begonnen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Rückwirkungen der Informationsrevolution auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft systematisch zu analysieren. Im Zentrum sollen dabei nicht technologische Aspekte, sondern die für den Bereich der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik relevanten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen stehen.

Im folgenden geht es in erster Linie darum, offene Fragen und erste Lösungsansätze aufzuzeigen. Nach einem Überblick über den allgemeinen Stand der wissenschaftlichen Diskussion werden die Auswirkungen der neuen Technologien auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik konkretisiert. Im darauffolgenden Abschnitt soll das ISN als eine mögliche praktische Anwendung der neuen Technologien in einigen Teilaspekten vorgestellt werden. Dies nicht zuletzt in der Hoffnung, dass aus dem schweizerischen

Kreise der aussen- und sicherheitspolitisch Interessierten spezifische Bedürfnisse formuliert werden und in Form von Anregungen an die FSK zurückfliessen.

2. Neue Möglichkeiten der Informationstechnologien - Fluch oder Segen?

Eine breitere politische Diskussion über die Anwendung der neuen Informationstechnologien sowie über deren Rückwirkungen auf die internationale Politik wurde erst kürzlich durch den amerikanischen Vizepräsident Al Gore ausgelöst und gipfelte in der auf amerikanisches Insistieren abgehaltenen G7-Konferenz über Informationstechnologien vom Februar 1995. In diesem Zusammenhang liegen mittlerweile von Regierungsseite eine ganze Reihe von Grundlagendokumenten vor, die zum Aufbau der globalen Informationsgesellschaft beitragen sollen (siehe Bibliographie).

Die Informationsgesellschaft entsteht als gemeinsames Produkt von staatlichen und nichtstaatlichen Kräften. Der private Sektor liefert dabei in erster Linie die notwendigen Finanzen. Dem öffentlichen Sektor fällt die Entwicklung von Regulativen zu, welche die Nutzbarkeit der neuen Technologien für alle sichern sollen. Neben der Suche nach neuen Anwendungsfeldern (teleworking; distance learning; road traffic management, air traffic control, etc.) stehen auf staatlicher Seite Fragen in den Bereichen Datenschutz und Datensicherheit, Eigentumsrechte über die neuen Technologien, Schutz von Urheberrechten (geistiges Eigentum) und Wahrung der Privatsphäre (Persönlichkeitsschutz) im Zentrum der Aufmerksamkeit (Bangemann 1994; US Department of Commerce 1993).

Die Erforschung der *gesellschaftlichen Auswirkungen* der Informationsrevolution kommt aber auch in den staatlichen Grundlagendokumenten nur am Rande zur Sprache. Die Informationsrevolution hat erst begonnen, ihr Höhepunkt steht noch bevor, und ihre positiven wie negativen Effekte auf Politik und Gesellschaft werden sich erst in Zukunft bemerkbar machen. Sproull und Kiesler weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass viele Beobachter dazu tendieren, in der Anfangsphase einer Revolution die Effizienzsteigerungseffekte der neuen Technologien überzubetonen und deren potentielle soziale Auswirkungen zu übersehen (Sproull/Kiesler 1991). Dieser Sachverhalt bringt mit sich, dass die staatlichen Stellen neben der Entwicklung von Regulativen für die

kommerzielle Nutzung der neuen Technologien auch bei der Erforschung der Rückwirkungen der Informationsrevolution auf Staat, Gesellschaft und Politik gefordert sind.

Von seiten der schweizerischen Regierung wurde im Unterschied zu einer ständig wachsenden Anzahl anderer Staaten bis anhin noch kein Grundlagenbericht zu den Auswirkungen der Informationsgesellschaft vorgelegt. Im Zusammenhang mit der derzeit hängigen Vernehmlassung für ein neues Fernmeldegesetz hat das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) eine Studie in Auftrag gegeben,[1] die sich primär mit den wirtschaftlichen Aspekten einer möglichen Liberalisierung des Fernmeldewesens beschäftigt. Soziale Aspekte werden nur im Rahmen der zu garantierenden landesweiten Grundversorgung und ganz am Rande beim Umwelteinfluss der Informationstechnologien behandelt. Politische Aspekte werden gänzlich ausgeklammert. Es ist zu vermuten, dass sich die für 1996 erwartete Botschaft für ein neues Fernmeldegesetz ebenfalls auf die genannten Aspekte beschränken wird. Damit ist auch in der Schweiz eine Aufarbeitung und Erforschung der verschiedenen Aspekte der Informationsrevolution notwendig.

Einzelne Exponenten machten allerdings bereits vor einigen Jahren auf die enormen politischen Auswirkungen der Informationstechnologie aufmerksam. Dazu gehörten der frühere französische Präsident François Mitterrand ebenso wie der ehemalige amerikanische Aussenminister George Shultz. Shultz wies bereits in den frühen achtziger Jahren darauf hin, dass die Welt dank der Informationstechnologie kleiner und vernetzter, aber auch turbulenter würde (Shultz 1985; 1986a; 1986b). Nicht nur die Nationalökonomien würden sich verändern, sondern auch die traditionellen Konzepte nationalstaatlicher Souveränität und die internationale Kräfteverteilung. Shultz sagte voraus, dass diese Veränderungen zum Vorteil des Westens ausfallen würden:

---

[1] Analysis Ltd; Infras; Bundesamt für Kommunikation (Hg.): Perspektive Telekom: Grundzüge für die Weiterentwicklung der schweizerischen Fernmeldeordnung (Resultate der Grundlagenarbeit). Biel 1994. Siehe dazu auch die Vernehmlassung zum neuen Telecomgesetz: Bundesamt für Kommunikation: Fernmeldegesetz (FMG): Vernehmlassungsentwurf vom 30. August 1995, Gesetzesentwurf und Erläuternder Bericht. Biel 1995.

> The more they (communists) try to stifle these technologies, the more they are likely to fall behind in this movement from the industrial to the information age; but the more they permit these new technologies, the more they risk their monopoly of control over information and communication. (Shultz 1986a)

Das Ende des Kalten Krieges, der Zerfall der Sowjetunion und die osteuropäischen Revolutionen schienen nur wenige Jahre später die These von Shultz zu bestätigen, dass sich die neuen Technologien zum Vorteil offener demokratischer Systeme auswirken.

Wie sich Information als neuer strategischer Machtfaktor allerdings im einzelnen auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auswirkt, darüber besteht in der vorhandenen Literatur kein Konsens. Während beispielsweise McLuhan die Vision eines vereinten und glücklichen globalen Dorfes skizziert, warnt Bell vor den politischen Instabilitäten, welche die neuen Technologien nach sich ziehen können (McLuhan 1962, 1967; Bell 1967, 1977). Es herrscht auch Uneinigkeit darüber, wie sich die menschliche Wahrnehmung von Zeit und Raum unter den neuen Bedingungen verändert. Wird für die einen die Welt kleiner, da der globale Austausch von Informationen ohne Zeitverzug möglich ist, wird sie für andere im Gegenteil grösser, da sie von weltweiten Entwicklungen unmittelbar betroffen sind und sich Orientierungslosigkeit einstellt. Sind die einen der Meinung, dass die neuen Technologien Grenzen und Hindernisse abbauen, verweisen andere auf die zunehmende Fragmentierung und Polarisierung der Gesellschaft. Postulieren die einen, dass dem Menschen mit den neuen Technologien ein Mittel zur Beherrschung der Zeit in die Hände gegeben wird, halten dem andere warnend entgegen, dass diese nur zur Verwirrung unseres zeitlichen Horizontes führen.

Während sich heute ein Konsens abzeichnet, dass die Informationsrevolution tatsächlich begonnen hat und dass mit dem Internet zum ersten Mal breite Kreise von den neuen Kommunikationsmöglichkeiten profitieren können, sind die Voraussagen über das Entwicklungstempo dieser Revolution eher wieder vorsichtiger geworden. William Dutton, der Leiter des britischen Regierungsprogrammes zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien (PICT), spricht - stellvertretend für andere - von mehreren Gründen für die Verlangsamung der Informationsrevolution (Dutton 1995): Entwickler hätten oft ein verzerrtes Bild von ihrem Zielpublikum und entwickelten nicht, was tatsächlich ge-

braucht werde. Herkömmliche Grundmuster würden auch in Zukunft die Nutzung der Informationstechnologien prägen, das heisst Menschen neigen dazu, neue Technologien zu "domestizieren" und zum Beispiel PCs einfach als bessere Schreibmaschinen zu benützen. Für Menschen seien Informationen ausserdem erst von Bedeutung, wenn sie kommuniziert, das heisst mit anderen Menschen ausgetauscht, würden. Bis einmal die kritische Masse erreicht und via die neuen Technologien genug andere Menschen erreicht werden könnten, würde das Interesse relativ klein bleiben.

2.1. Wirtschaftliche Auswirkungen

Durch den Vorsprung der Wirtschaft in der Anwendung neuer Technologien sind die Auswirkungen der Informationsrevolution auf den wirtschaftlichen Bereich am besten dokumentiert. Die neuen Technologien haben zu einer grundlegenden Veränderung privatwirtschaftlicher Managementkonzepte geführt. Heute scheint allgemein anerkannt, dass die Informationsrevolution eine Verflachung der Organisationen, einen Zerfall von Hierarchien, eine zunehmende Dezentralisierung und eine Reduktion des mittleren Managements nach sich zieht. Erfolg im neuen Umfeld haben projektbezogene, aus verschiedenen Hierarchiestufen zusammengesetzte Teams, die ein Projekt halbautonom bis zum Abschluss durchführen (Toffler 1970, 1990; Drucker 1989). Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Phänomene nur Symptome einer Phase des Übergangs sind, bis sich nach der Integration der neuen Technologien neue Hierarchien und eine neues mittleres Management herausbilden werden. Die Bürokratie würde sich damit - so diese These - im Endeffekt gegen die neuen Technologien durchsetzen (Ronfeldt 1992).

Die Natur der Märkte wandelt sich von örtlich begrenzten geographischen Räumen zu weltumspannenden Netzwerken. Entsprechend entwickeln sich multinationale Aktiengesellschaften zu globalen Firmen, welche - unabhängig von Staatsgrenzen - die ganze Welt als Produktionsplattform und Marktplatz betrachten. Ganze Produktionsbereiche können an Orte mit tieferen Löhnen ausgelagert und trotzdem vom Firmenhauptsitz gesteuert und kontrolliert werden (Bell 1987).

Informationen werden im Bereich der Wirtschaft zusehends als eine Form von Kapital wahrgenommen. Wriston folgert daraus,

dass der Goldstandard zunehmend durch einen Informationsstandard ersetzt wird. Die "Kapitalisierung" von Information führt seiner Meinung nach auch dazu, dass international anerkannte Indikatoren für den Vergleich von Volkswirtschaften (wie das Bruttosozialprodukt oder Handelsbilanzrechnungen) die Wirklichkeit immer weniger gut beschreiben können, da reine Informationstransfers von solchen Instrumenten grösstenteils nicht gemessen werden (Wriston 1992).

2.2. Soziale Auswirkungen

Indem Information zu einem organisierenden Prinzip der gesellschaftlichen Ordnung wird, verändert sich auch die Beziehung sowohl zwischen Staat und Gesellschaft als auch zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen.

Erstens wird der Zugang zu Information zu einem wichtigen Faktor des sozialen Standes. Die Befürchtung, dass die Informationsrevolution die Formierung neuer Eliten nach sich zieht und dass diejenigen, die Zugang zur Information haben, zur allein bestimmenden Schicht aufsteigen könnten, ist allerdings nur teilweise gerechtfertigt. Elektronische Informationen stehen aufgrund des offenen Charakters der neuen Netzwerke verschiedenen Individuen und Gruppen mit verschiedenen Ideologien und Zielsetzungen offen. Die Verfügung über Informationen lässt sich nur bedingt einschränken. Allerdings dürften die Garantie eines freien oder zumindest gleichen Netzzugangs für alle und die Frage der Aus- und Weiterbildung auf diesem Gebiet zentral werden.

Für staatliche Entscheidungsträger bedeuten die neuen Entwicklungen zweitens aber auch, dass sie Zugang zu einer grossen Menge von Informationen auf privaten Netzwerken erhalten. Dem steht gegenüber, dass viele politische Aktivitäten, die bis anhin im engen Kreis von Experten abliefen, zunehmend der Öffentlichkeit ausgesetzt sind. Gerade Nichtregierungsorganisationen geben die neuen Technologien Möglichkeiten und Mittel in die Hand, zunehmend im politischen Prozess mitzuwirken.

Ein weiteres Merkmal der veränderten Beziehungen zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor ist *drittens*, dass sich die Grenzen zwischen den beiden Bereichen zunehmend verwischen. Deshalb können auch die Effekte der Informationsrevolution für die

Bereiche der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nur schwer auseinandergehalten werden.

2.3. Politische Auswirkungen

Die Auswirkungen der Informationsrevolution auf Regierung und Politik haben sich im Gegensatz zur Wirtschaft verzögert. Entsprechend wenig wurde bisher über die politischen Auswirkungen der neuen Technologien nachgedacht. Von verschiedener Seite wurde allerdings festgehalten, dass bestehende Konzepte von Macht und staatlicher Souveränität sowie die Regierungsprozesse von den neuen Entwicklungen beeinflusst werden.

Der amerikanische Politologe David Ronfeldt, der sich schon seit einigen Jahren mit den politischen Konsequenzen der Informationsrevolution auseinandersetzt, sieht vier primäre politische Effekte (Ronfeldt 1992):

Die Informationsrevolution verändert die Kräfteverteilung im internationalen Umfeld. Immer mehr werden sich "information haves" von "information have-nots" absetzen. Einige Regierungen oder andere politische Akteure werden sich zu globalen Informationsmächten entwickeln. Andere - vor allem in der Dritten Welt - müssen "elektronische Kolonialisierung" und "Informationsimperialismus" befürchten. Als Beispiel einer globalen Informationsmacht kann Singapur dienen, das sich trotz beschränkter territorialer Grösse und beschränkter militärischer Machtmittel zu einem ernstzunehmenden Machtfaktor des 21. Jahrhunderts entwickelt (National Computer Board 1991).

Die nationale Souveränität wird durch transnationale Informationsflüsse unterminiert. Der Fluss elektronischer Information ist schlecht kontrollierbar; Finanzinformation, Fernsehen oder elektronische Post halten sich nicht an politische Grenzen. Die Folge sind Steuerausfälle, Umgehungsgeschäfte und ein Verlust des Informationsvorsprungs der Regierungen.

Informationstechnologie soll die Gesellschaft dem Staat gegenüber stärken und damit die Chancen für eine Demokratisierung in nichtdemokratischen Staaten verbessern. Die revolutionären Ereignisse von 1989 in Osteuropa haben zumindest Indikatoren für diese Behauptung geliefert; der Einfluss der Massenmedien auf den Ablauf der Ereignisse ist evident. Offene Gesellschaften sind geschlossenen Gesellschaften nach dieser Theorie grundsätzlich

überlegen und werden sich schlussendlich durchsetzen. Dieser Trend hat allerdings auch eine Kehrseite: In den USA und anderen Demokratien beschleunigt Informationstechnologie auch Individualisierungs- und Vereinzelungstendenzen. Einthemenpolitik, Reizüberflutung durch Massenmailings, "media bites" statt Hintergrundkommentare in den Medien sowie Furcht vor dem Überwachungsstaat sind nur einige Stichwörter (Ronfeldt 1992).

3. Die Rückwirkungen der Informationsrevolution auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik

Die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik wird von der Informationsrevolution und ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rückwirkungen in allen ihren Aspekten betroffen. Mit Blick auf eine *kurzfristig-praktische* Ebene steht die Frage im Vordergrund, ob die neuen Technologien neue Möglichkeiten im Bereich der Informationsbeschaffung respektive Informationsverbreitung bieten. In bezug auf eine *langfristig-politische* Ebene ist von ebenso wichtiger Bedeutung, inwieweit die Informationsrevolution die internationalen Beziehungen, innerhalb derer die schweizerische Aussenpolitik abläuft, sowie die innenpolitischen Rahmenbedingungen der Aussenpolitik verändert. Schliesslich muss nach den Rückwirkungen der Informationsrevolution auf Mittel und Instrumente der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik gefragt sowie aufgezeigt werden, ob die neuen Technologien Veränderungen der Verwaltungsorganisation erfordern.

3.1. Neue Instrumente der strategischen Frühwarnung

Elektronische Kommunikation ist rasch, interaktiv, interdisziplinär, dezentralisiert und ortsunabhängig. Zudem ist sie vergleichsweise billig. All dies erklärt, wieso der potentielle Empfängerkreis des Internets zur Zeit explosionsartig anwächst. Mitte 1995 benutzten ca. 40 Millionen Individuen das Internet. Parallel zum Wachstum der Netze ist auch das Informationsangebot im Bereich Aussen- und Sicherheitspolitik massiv angestiegen. Heute bieten internationale Organisationen, zahlreiche Regierungsorgane sowie eine Vielfalt von nichtstaatlichen Organisationen eine Fülle von aussen- und sicherheitspolitisch relevanten Informationen an.

Aus der Perspektive der für die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik Verantwortlichen stellt sich die Frage nach dem

Nutzen des wachsenden Informationsangebots insbesondere im Rahmen einer umfassenden Risikoanalyse, der Früherkennung, der Nachrichtenverarbeitung und der Lageanalyse. Die Bedeutung des Internets und der elektronisch zugänglichen Information als neues Instrument der strategischen Frühwarnung muss ernsthaft geprüft werden.

Mit Blick auf eine *kurzfristig-praktische* Ebene steht dabei die Frage im Zentrum, wie relevante Informationen (Datensicherheit; -zuverlässigkeit) aus der Informationsflut herausgefiltert werden können. Diesbezüglich gibt das ISN bereits heute jeder Bundesstelle, die sich mit aussen- und sicherheitspolitischen Fragen beschäftigt, ein Arbeitsinstrument in die Hand, mit dem auf den immer grösseren elektronischen Informationsreichtum strukturiert zugegriffen werden kann. Insbesondere ermöglicht das sicherheitspolitische Netzwerk, Quellen einzusehen, die ansonsten kaum zur Verfügung stehen würden (beispielsweise die von Nichtregierungsorganisationen). Dabei auftretende Schulungsbedürfnisse können im Rahmen des ISN befriedigt werden. Das Projekt kann damit zu einem Bestandteil des Frühwarninstrumentariums des Bundes werden.

3.2. Neue Instrumente der Informationsverbreitung

Doch nicht nur in bezug auf die Informationsbeschaffung bietet sich das Internet als neues Instrument an. Die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation müssen auch bei der Verbreitung von Information berücksichtigt werden. Für die Bundesverwaltung von Interesse ist dabei vor allem der potentiell sehr breite Adressatenkreis des Internets, der andere nationale und internationale Regierungsstellen, internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, schweizerische und internationale Forschungsinstitutionen, die Medien (Zeitung, Radio, Fernsehen) und die interessierte Öffentlichkeit umfasst.

Aufgrund seiner Interaktivität bietet sich das Medium der elektronischen Kommunikation speziell dazu an, den Austausch zwischen Praktikern und Forschern zu verbessern. Während die Wissenschafter einen erleichterten Zugriff auf staatliche Grunddaten erhalten, können sich die Vertreter des Bundes einfacher und schneller einen Überblick über wissenschaftliche Forschungsergebnisse verschaffen.

Neben der Informationsbeschaffung kann das ISN auch für eine themenspezifische Verbreitung von Informationen auf dem Internet dienen. Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse betreibt dazu seit Anfang Oktober die "Swiss Foreign and Security Policy Home Page" und die "sui-sec"-Diskussionsliste, die unten im Detail vorgestellt werden.

3.3. Gute Dienste der Schweiz auf elektronischem Wege?

Langfristig ebenso bedeutend ist die Frage, wie die neuen Informationstechnologien die internationalen Rahmenbedingungen verändern, innerhalb derer die Aussenpolitik unseres Landes formuliert und umgesetzt wird. Indem Information zur strategischen Ressource wird, verändert sich der Charakter der internationalen Beziehungen. Es ergeben sich neue Möglichkeiten für den Kleinstaat Schweiz, im bilateralen oder multilateralen Rahmen auf sein Umfeld einzuwirken.

In diesem Zusammenhang muss geprüft werden, inwieweit die neuen technischen Mittel im Sinne von "Guten Diensten auf elektronischem Weg" zur Überwindung der aussenpolitischen Isolation der Schweiz beitragen können. Gerade in den sehr informationssensitiven Politikbereichen Aussen- und Sicherheitspolitik ist als unabdingbare Voraussetzung zu nennen, dass die Schweiz den Anschluss an die globalen Entwicklungen nicht verliert.

Die Schweiz als Partner für aussen- und sicherheitspolitisch relevanten Daten- und Informationstransfer weist zwei Standortvorteile auf: Erstens verfügt unser Land in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Schulung über eine bedeutende Erfahrung. Zweitens präsentiert sich die Ausgangslage in bezug auf Infrastruktur und technisches Know-how im internationalen Vergleich als komfortabel. Unser Land weist bereits heute eine dichte Vernetzung elektronischer Netzwerke auf.

Hinsichtlich möglicher Partner sind im näheren Umfeld der Schweiz insbesondere in den Ländern Ost- und Südosteuropas umfassende Bedürfnisse auszumachen. Im Rahmen des ISN ist als diesbezügliches Pilotprojekt vorgesehen, Ausbildung im Bereich der neuen Informationstechnologien am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik anzubieten. Weiter muss geklärt werden, ob ein ähnlicher Beitrag im Rahmen eines allfälligen Beitritts zum *Partnership for Peace*-Programm der Nato geleistet werden könnte.

3.4. Das Internet als Mittel zur innenpolitischen Abstützung der Aussenpolitik?

Die Informationsrevolution beeinflusst aber nicht nur die äusseren Rahmenbedingungen der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Auch die innenpolitische Dimension der Aussenpolitik ist von den beschriebenen Entwicklungen betroffen. Es gilt abzuklären, inwieweit die neuen Möglichkeiten der Informationsverbreitung zur verbesserten Abstützung der Aussen- in der Innenpolitik beitragen können.

Die neuen Informationstechnologien erlauben es, Verwaltungsinformationen einfach, anschaulich und vor allem kostengünstig einem breiten Adressatenkreis (Medien, Öffentlichkeit, Nichtregierungsorganisationen) zugänglich zu machen. Dies ermöglicht mehr Transparenz und - wenn auch vorläufig noch auf eine eng definierte Benutzergruppe beschränkt - mehr Bürgerkontakt. Als konkretes Beispiel kann hier auf die Home Page *Die schweizerische OSZE Präsidentschaft* verwiesen werden, welche die FSK in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten betreut und die unten detailliert vorgestellt wird.

3.5. "Cyberwar" und neue Strategien der Konfliktlösung

Die Informationsrevolution wird sich neben den Rückwirkungen der neuen Technologien auf die inneren wie äusseren Rahmenbedingungen der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik auch mit Auswirkungen auf deren spezifische Konzepte und Mittel bemerkbar machen. In bezug auf die Armee muss festgehalten werden, dass die Ausgestaltung der Verteidigungspolitik unseres Landes nicht unwesentlich von den Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologie mitbestimmt wird. Die neuen Technologien beeinflussen insbesondere die Militärstrategie und -taktik in einem nicht zu unterschätzenden Ausmass. Dies hat der zweite Golfkrieg bereits deutlich werden lassen. Wortschöpfungen wie "Cyberwar" betonen die neue Relevanz der Netzwerke für Strategie und Taktik.

Weiter ergeben sich Möglichkeiten bei der Formulierung und Umsetzung neuer Strategien in der Konfliktlösung. Bessere Kommunikation mit Nichtregierungsorganisationen und einer breiteren Öffentlichkeit verbessern die Aussichten auf eine erfolgreiche Zu-

sammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Organen. Positive Effekte können sich dabei wohl in erster Linie im Rahmen von präventivdiplomatischen Bemühungen bemerkbar machen, wie etwa beim Einsatz sogenannter "weicher" Instrumente wie Gute Dienste, Wirtschaftskooperation und Hilfe beim Aufbau demokratischer, rechtlicher, marktwirtschaftlicher und sozialer Strukturen zur Stabilisierung des europäischen Umfeldes.

3.6. Neue Organisationsformen und veränderte Regierungsprozesse?

Schliesslich verändert sich als Folge der Informationsrevolution auch die Art und Weise der politischen Prozesse, durch die Aussenpolitik formuliert, umgesetzt und (gegen innen wie aussen) vermittelt wird. Es muss analysiert werden, welche Konsequenzen die neuen Mittel für den Bereich der Verwaltungsorganisation haben und wie das Entstehen neuer bürokratischer Rivalitäten vermieden werden kann.

Im speziellen gilt es nach den Anforderungen zu fragen, welche die neuen Technologien an Organisation und Management staatlicher Behörden stellen. Unklar ist dabei, ob die Bundesverwaltung von einer ähnlichen Veränderung ihrer Managementkonzepte (Verflachung der Organisation, Zerfall der Hierarchien, Reduktion des mittleren Managements) betroffen ist wie die Privatwirtschaft.

3.7. Elemente eines Forschungsplanes

Bei den formulierten Rückwirkungen der Informationsrevolution auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik handelt es sich um erste Denkanstösse, die der Präzisierung bedürfen. Es lässt sich aber bereits jetzt ein Set von Forschungsfragen formulieren, die einen möglichen Weg zu einer fundierteren Beschäftigung mit dieser Thematik aufzeigen. Die nachfolgenden Fragen sind Elemente eines Forschungsplanes, mit dem die FSK einen Beitrag zur Weiterentwicklung der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik leisten will:

- Inwieweit verändert die Informationsrevolution die internationalen Rahmenbedingungen, innerhalb derer Aussen- und Sicherheitspolitik formuliert, umgesetzt und vermittelt wird?
- Ergeben sich für die Schweiz Möglichkeiten, durch "Gute Dienste auf elektronischem Weg" auf ihr Umfeld einzuwirken und die

zunehmende aussenpolitische Isolation unseres Landes zu überwinden?

- Wo sind diesbezügliche Bedürfnisse festzustellen, und inwieweit ist die Schweiz der geeignete Partner für aussen- und sicherheitspolitisch relevanten Informations- (und allenfalls auch Technologie-) Transfer?
- Inwieweit können die neuen Technologien zur innenpolitischen Abstützung der Aussenpolitik genutzt werden? Inwieweit erlauben sie Nichtregierungsorganisationen und Bürgern, direkter im aussenpolitischen Prozess mitzuwirken?
- Welche praktischen Vorteile und Probleme ergeben sich für die betroffenen Verwaltungsstellen aus der Integration der neuen Technologien in den Arbeitsablauf bei der Informationsbeschaffung einerseits und bei der Informationsverbreitung andererseits? Wird die strategische Frühwarnung erleichtert?
- Inwieweit zieht die Informationsrevolution eine Anpassung bürokratischer Organisation an die neuen Begebenheiten nach sich? Welche personellen, strukturellen und finanziellen Konsequenzen ergeben sich daraus?

4. Praktische Anwendungen der neuen Technologien: Das International Security Network

Als praktische Anwendung der neuen Informationstechnologien betreibt die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern ein sicherheitspolitisches Netzwerk auf dem Internet.

Das International Security Network wurde im Frühling 1994 als Folge der Zürcher Konferenz "Institutes and the Security Dialogue" gegründet (Spillmann, Köppel 1994). Hauptträger sind die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich sowie der Nato Integrated Data Service. Etwa 150 Institutionen sind passiv, zirka 50 aktiv beteiligt, darunter praktisch alle internationalen Organisationen.

ISN ist eine internationale Netzwerkinitiative, die akademische Institutionen in den Gebieten Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Friedens- und Konfliktforschung sowie internationale Beziehungen mit Regierungen, internationalen Organisationen, Nicht-

regierungsorganisationen und Medien verbindet. Zugang zu ISN ist möglich via World Wide Web (Internet) sowie über eine Diskussionsliste.

Auf dem WWW-Server des International Security Networks werden momentan Informationen über die folgenden Bereiche der Aussen- und Sicherheitspolitik in Form einer elektronischen virtuellen Bibliothek angeboten:

1.	General Information	2.	Conflict Studies in General
3.	International Relations in General	4.	Peace Studies in General
5.	Political Science in General	6.	Security Policy in General
7.	Collective Security	8.	Arms (Production, Trade, Disarmament, Conversion)
9.	Economics	10.	Development Issues
11.	Geography / Maps	12.	Environment
13.	Human Rights	14.	Government / Law of Nations
15.	International Organizations	16.	Information Revolution and International Relations
17.	Minorities, Ethnicity, Migration	18.	Military
19.	News / Journalism / Media	20.	'New' Security Threats
21.	Society		

Diese Informationen reichen von Selbstdarstellungen von Forschungsinstitutionen über Berichte im Volltext bis zu kompletten Materialsammlungen von Regierungen und internationalen Organisationen: So sind zum Beispiel alle UN-Resolutionen seit 1974 greifbar sowie die Grundlagenpapiere zu praktisch allen grossen Konferenzen der verschiedenen internationalen Organisationen. Aber auch einzelne Regierungen - unter anderem die schweizerische - stellen grössere Bestände ihrer Informationen zur Verfügung.

Neben der inhaltlichen Erschliessung wird aussen- und sicherheitspolitisch relevante Information auch nach Ländern sortiert angeboten. Zur Zeit sind Informationen zu 66 Ländern greifbar. Diese virtuelle Bibliothek ersetzt damit bis zu einem gewissen Grad die klassische Bibliothek und verhilft gerade auch Forschern und anderen Interessierten, die selbst keinen (oder keine Zeit für einen) Zugriff auf Fachbibliotheken haben, zu aktuellen Informationen.

Neben der Kooperation mit dem Nato Integrated Data Service und einzelnen Institutionen wie dem Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS) besteht eine weitere enge Zusammenarbeit mit der "Working Group on Information and Documentation in the Fields of International Relations and Area Studies", einem losen Verbund von über 25 europäischen Fachdokumentationszentren, die 1992 übereingekommen sind, ihre Aktivitäten im elektronischen Bereich zu koordinieren.

Die intensive Koordination zwischen verschiedenen Instituten ist zum einen sinnvoll, um doppelte Erfassungsarbeit zu verhindern. Zum anderen soll damit erreicht werden, dass die verschiedenen Informationsangebote einheitlich zur Verfügung gestellt werden. Durch die allgemeine Akzeptanz des Internet-Standards besteht die *einmalige Chance*, alle elektronischen Angebote auf dem Gebiet der Aussen- und Sicherheitspolitik integral zu erfassen und den einheitlichen Zugriff ohne die früheren Probleme der verschiedenen Systeme und Netzwerke zu ermöglichen.

Wenn es auch schwierig ist, Benutzerzahlen eines Angebots im Internet seriös abzuschätzen (die Erfassungssysteme für Zugriffe sind weniger gut ausgebaut als in kommerziellen Datenbanken, sogenanntes "caching" ermöglicht einem Benutzer, mehrfach auf ein Angebot zuzugreifen, ohne jedesmal erfasst zu werden), zeigt doch der Trend für die Benutzung der virtuellen ISN-Bibliothek klar nach oben.

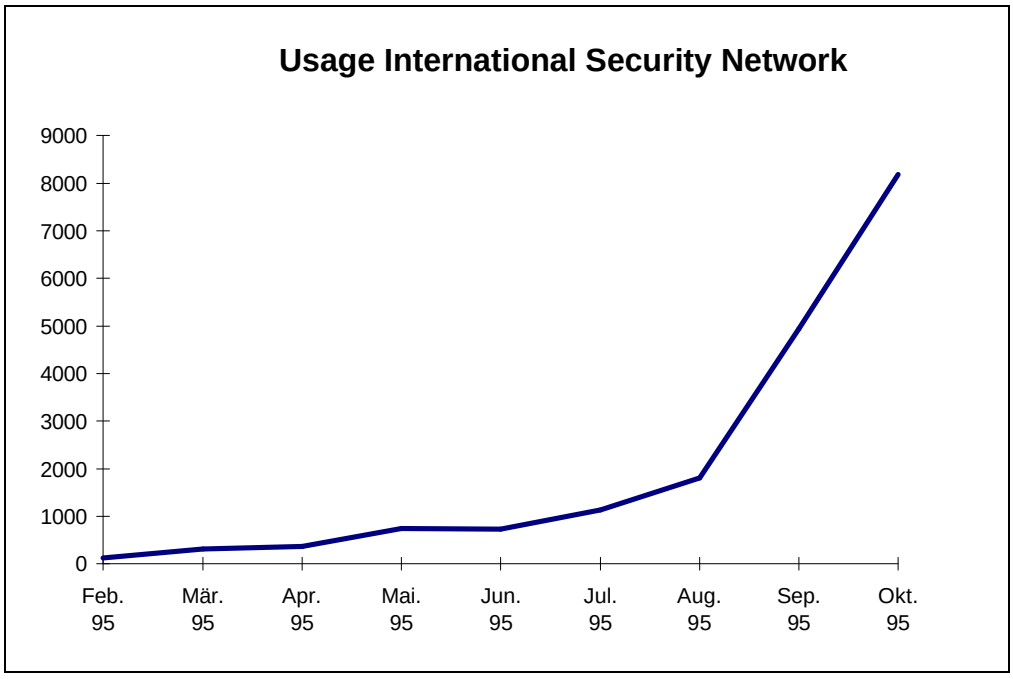

Abbildung 2: Benutzerzahlen von ISN (1995).

Die Benutzer des Netzwerkes stammen aus den folgenden 29 Ländern (Stand 18.10.95): Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Georgien, Grossbritannien, Irland, Israel, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Russland, Slowenien, Schweden, Schweiz, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, USA, Ex-Jugoslawien. Der weit gefasste Benutzerkreis lässt deutlich werden, dass das Informationsnetzwerk auch international einem Bedürfnis entspricht. Da gerade das Internet ein sehr junges Medium ist und bis jetzt keine grossflächige PR gemacht werden konnte, sind die Wachstumsraten ermutigend.

Neben dem weltweit ausgerichteten International Security Network betreibt die FSK als Teilprogramm zwei weitere Informationsangebote, die primär auf die Schweiz ausgerichtet sind: die Swiss Foreign and Security Policy Home Page sowie die Home Page der schweizerischen OSZE-Präsidentschaft.

Die *Swiss Foreign and Security Policy Home Page* strebt die Vereinigung aller elektronischen Ressourcen zum Thema schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik an einem Ort an. Wichtige Grundlagenberichte (Bericht 90, Aussenpolitischer Bericht 1993), Informationen zu den Forschungsinstitutionen, Forschungsberichte im Volltext, aber auch eine monatlich aktualisierte Chronologie der

schweizerischen Sicherheitspolitik sind dort abfragbar. Neben eigenen Angeboten der FSK sind bereits Verbindungen zu allen schweizerischen Forschungsinstitutionen vorhanden, die auf dem Internet präsent sind. Als Ergänzung zu dieser Home Page dient eine elektronische Diskussionsliste, die es Forschern und Praktikern ermöglichen soll, ihre Erfahrungen auszutauschen.

Abbildung 3: Swiss Foreign and Security Policy Home Page (URL: http://www.fsk.ethz.ch/swiss/, Anmeldungen für die Diskussionsliste können an postmaster@sipo.reok.ethz.ch gerichtet werden).

Aus aktuellem Anlass stellt die FSK in Zusammenarbeit mit dem eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ausserdem eine *Home Page zur schweizerischen OSZE-Präsidentschaft* zur Verfügung. Auf dieser Home Page werden offizielle Angebote des EDA (Pressemitteilungen, Informationsmaterial, Vademecum etc.) zusammen mit Grundlagendokumenten der OSZE, Forschungsarbeiten und Literaturhinweisen präsentiert. Neben Forschern im In- und Ausland sind hier vor allem die Medien sowie eine breitere Öffentlichkeit - in der Schweiz bestehen

schon über 50'000 Internet-Anschlüsse - angesprochen, die sich auf dieser Home Page in leicht verständlicher Form über Sinn und Zweck der OSZE informieren können.

Abbildung 4: Home Page der Schweizerischen OSZE-Präsidentschaft (URL: http://www.fsk.ethz.ch/osze/*).*

Durch diese verschiedenen Informationsangebote hofft die FSK, die nationale wie internationale Forschungszusammenarbeit zu stärken und insbesondere die Vernetzung von Forschung und Praxis im Gebiet der Aussen- und Sicherheitspolitik zu fördern. Durch den Betrieb des ISN sollen aber auch Erkenntnisse über die Auswirkungen der modernen Informationstechnologien auf die Aussen- und Sicherheitspolitik gewonnen werden.

5. Schlussbetrachtungen: Wie weiter?

Wir stehen heute mitten im Aufbau einer globalen Kommunikations- und Informationsinfrastruktur. Die Aufgabe, auf der noch unsicheren theoretischen Basis spezifische Rückwirkungen der Informationsrevolution auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik zu formulieren, übersteigt die Möglichkeiten des Einzelforschenden - auch wenn er im elektronischen Raum der Netzwerke virtuell mit der ganzen Welt verbunden ist. Zu vielschichtig und komplex gestaltet sich dafür der Forschungsgegenstand; zu sehr im ständigen Wandel begriffen sind die Entwicklungen im Bereich der neuen Informationstechnologien.

Diesem Sachverhalt Rechnung tragend, strebt die FSK danach, einen möglichst grossen Kreis Interessierter in das Projekt einzubinden. Beim präsentierten Forschungsprojekt handelt es sich um eine Kombination theoretischer Forschung und praktischer Anwendung. Die Forschung soll richtungsweisend für die Anwendungen wirken, und die praktischen Erfahrungen sollen laufend in die theoretische Arbeit zurückfliessen. Durch die thematische Fokussierung auf den informationssensitiven Bereich der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik werden die theoretischen Erkenntnisse bezüglich der gesellschaftlichen Auswirkungen der Informationsrevolution für einen spezifischen Politikbereich praxisbezogen umgesetzt. Mit der Anwendung der neuen Technologien im Bereich der Informationsbeschaffung respektive Informationsverbreitung erhalten die Praktiker der Aussenpolitik die Gelegenheit, Bedürfnisse und Anregungen zu formulieren.

Ein direkter Nutzen des Projektes sowohl für die Wissenschaft als auch für die Bundesverwaltung ist in der Existenz des ISN zu sehen. Der Betrieb dieses Netzwerkes wird es Forschern und Praktikern in der Schweiz ermöglichen, einerseits die Datenbeschaffung auf neuen Wegen durchzuführen und andererseits ihre Forschungsergebnisse schnell und interaktiv der internationalen Diskussion auszusetzen. ISN vermeidet dabei als ein Subnetz von Internet viele der Probleme des heutigen Internet (Redundanz der Informationen, mangelnde Authentizität, Information Overflow). Eine langfristige Weiterführung von ISN ist vorgesehen. Erste Diskussionen um eine internationale Dauerfinanzierung sind bereits angelaufen.

Neben dem Miteinbezug der Praktiker in das Projekt ist eine die wissenschaftlichen Fächer übergreifende Beschäftigung mit dem Thema anzustreben. Der Forschungsgegenstand kann nur interdisziplinär und durch Methodenvielfalt angegangen werden. Die zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft wird reflektiert in der Verschiedenartigkeit der Fachgebiete, die sich mit den Rückwirkungen der neuen Technologien beschäftigen: Journalisten, Lehrkräfte, Informatiker, Publizisten, Managementspezialisten, Zukunftsforscher, Sozialwissenschafter und Science-Fiction-Schriftsteller tragen aus ihrer jeweiligen Perspektive mögliche wirtschaftliche, politische und soziale Effekte der Informationsrevolution zusammen. Vor diesem Hintergrund hat Norbert Wiener bereits in den fünfziger Jahren zur Schaffung einer eigenen akademischen Disziplin und eines neuen wissenschaftlichen Forschertyps aufgerufen (Wiener 1948, 1950). Ohne uns diesem Aufruf direkt anschliessen zu wollen, möchten wir abschliessend auf das Interesse der FSK verweisen, mit möglichen Forschungspartnern anderer Fachrichtungen zusammenzuarbeiten.

Bibliographie

Offizielle Grundlagendokumente

Australien:

Australian Science and Technology Council: The Networked Nation. Sydney 1994. (http://astec.gov.au/astec/net_nation/contents.html)

Europäische Union:

Commission of the European Communities: White Paper on growth, competitiveness, and employment - The challenges and ways forward into the 21st century. Brussels 1993. (http://www.ispo.cec.be/infosoc/backg/whitpaper/top.html)

Bangemann, Martin; Kommission der Europäischen Union (Hg.): Recommendation to the European Council: Europe and the Global Information Society (26 May 1994). Brussels 1994. (http://www.ispo.cec.be/infosoc/backg/bangeman.html)

Commission of the European Communities: Europe's way to the information society: an action plan. Brussels 1994. (http://www.echo.lu/eudocs/en/com-asc.html)

Grossbritannien:

Government Centre for Information Systems: Information Superhighways - Opportunities for public sector applications in the UK. London 1994. (ftp://ftp.demon.co.uk/pub/doc/ccta/Report1.txt)

Government Centre for Information Systems: CCTA Report on Information Superhighways. London 1995. (http://www.open.gov.uk/ccta/reportv3.htm)

Japan:

Ministry of Post and Telecommunications: Communications in Japan 1994. Tokyo 1994.
(http://www.mpt.go.jp/White-Paper/CommunicationsInJapan1994/contents.html)

Telecommunications Council: Reforms Towards an Intellectually Creative Society of the 21st Century: Program for the establishment of High Performance Info-Communications Infrastructure. Tokyo 1994.
(http://www.mpt.go.jp/Report/Report1993No5/contents.html)

Kanada:

Industry Canada: The Canadian Information Highway - Building Canada's Information and Communications Infrastructure. Ottawa 1994.
(http://info.ic.gc.ca/info-highway/rpt-fnl.txt)

Singapur:

National Computer Board: IT2000: National Information Infrastructure Strategic Framework. Singapore 1991.
(http://www.ncb.gov.sg/it2k/it2kv.html#study)

USA:

US Department of Commerce: The National Information Infrastructure: Agenda for Action. Washington, DC 1993.
(http://sunsite.unc.edu/nii/toc.html)

Allgemeine Literatur

Arquilla, John; Ronfeldt, David: Cyberwar Is Coming! RAND P-7795. Santa Monica 1993. (http://www.stl.nps.navy.mil/c4i/cyberwar.html)

Bell, Daniel: "Notes on the Post-Industrial Society (I)." In: *The Public Interest*, Winter 1967. S. 24-35.

Bell, Daniel: The Coming of Post-Industrial Society: A Venture in Social Forecasting. New York 1973 (with a new Foreword, 1976).

Bell, Daniel: "Teletext and Technology: New Networks of Knowledge and Information in Post-Industrial Society." In: *Encounter*, April 1977. S. 9-29.

Bell, Daniel: "Thinking Ahead," In: *Harvard Business Review*, May-June 1979. S. 20ff.

Bell, Daniel: "The World and the United States in 2013." In: *Daedalus*, Summer 1987. S. 1-31.

Borner, Silvio; Scheidegger, Eric; Straubhaar, Thomas; et al.: Das neue Fernmeldegesetz: Europäisches Kleid oder Schweizer Korsett? Deregulierung des europäischen Telekommunikationssektors. Zürich 1991.

Debray, Regis: Interview with, as excerpted and quoted in *Harper's Magazine*, April 1986. S. 18.

Drucker, Peter F.: The New Realities: In Government and Politics, in Economics and Business. In: Society and World View. New York 1989.

Dutton, William H.: "Der Mensch will lesen - Zeitungen und Bücher: Die Multimedia-Enthusiasten haben sich verrechnet." In: *Die Weltwoche*, Nr. 29, 20. Juli 1995. S. 21.

Eldon, Stewart: "Foreign Ministries and the Information Revolution". In: *The World Today*, Aug. / Sept. 1994. S. 175-178.

Forester, Tom (Hg.): The Information Technology Revolution.Cambridge, Mass. 1985.

Forester, Tom (Hg.): Computers in the Human Context: Information Technology, Productivity, and People. Cambridge, Mass. 1989.

Fournier, Guy: Informationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft: sozioökonomische Analyse einer technologischen Herausforderung. Diss., Techn. Hochschule Darmstadt. Berlin 1994.

Garson, David G.: Computer Technology and Social Issues. Harrisburg, PA 1995.

Harasim, Linda (Hg.): Global Networks: Computers and International Communication. Cambridge, MA 1993.

Haywood, Trevor: Info Rich / Info Poor: Access and Exchange in the Global Information Society. London 1995.

Heap, Nick (Hg.): Information Technology and Society: A Reader. London 1995.

Heginbotham, Stanley J.: "Foreign Policy Information for Congress: Patterns of Fragmentation and Advocacy." In: *The Washington Quarterly*, Summer 1987. S. 149-162.

Hinckley, Ronald H.: "National Security in the Information Age." In: *The Washington Quarterly*, Spring 1986. S. 125-140.

Jones, Steven G. (Hg.): CyberSociety: Computer-Mediated Communication and Community. Thousand Oaks, CA 1995.

Köppel, Thomas: "Sicherheitspolitischer Datenverbund zwischen Ost und West: Eine Koordinationsaufgabe der ETH-Forschungsstelle für Sicherheitspolitik". In: *Neue Zürcher Zeitung*, 20. September 1994. S. 15.

Libicki, Martin: "What is Information Warfare?" In: *Strategic Forum*, Nr. 28, May 1995. S. 1-4.

McLuhan, Marshall: The Gutenberg Galaxy: The Making of Typographic Man. Deutsche Neuauflage 1995 bei Addison-Wesley. Toronto 1962.

McLuhan, Marshall; Fiore,Quentin; Agel, Jerome: The Medium Is the Message. New York 1967.

McLuhan, Marshall: Understanding Media: The Extensions of Man. Cambridge, MA 1994.

Neustadt, Richard N.: Electronic Politics. In: Forester (ed.), 1985. S. 561-568.

Reich, Robert: The Work of Nations: Preparing Ourselves for 21st-Century Capitalism. New York 1991.

Ronfeldt, David F.: Cyberocracy is Coming. Santa Monica 1992. (http://gopher.well.sf.ca.us:70/0/whole_systems/cyberocracy)

Shultz, George: "New Realities and New Ways of Thinking." In: *Foreign Affairs*, Spring 1985. S. 705-721.

Shultz, George: "A New International Era: The American Perspective," Address before the Pilgrims of Great Britain, London, December 10, 1985. In: *Department of State Bulletin*, February 1986. S. 24-28.

Shultz, George: "The Shape, Scope, and Consequences of the Age of Information," Address before the Stanford University Alumni Association's first International Conference, Paris, March 21, 1986. In: *Department of State Bulletin*, May 1986. S. 40-43.

Spillmann, Kurt R.; Köppel, Thomas: "Ein elektronisches Netzwerk als Dienstleistung für Forschungsinstitute im KSZE-Raum". In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* (3) 1994. S. 69-73.

Sproull, Lee; Kiesler, Sara: Connections: New Ways of Working in the Networked Organization. Cambridge, Mass. 1991.

Streit, Günther: Computer und Informatisierung der Gesellschaft: Sozialethische Überlegungen zur dritten Phase der Industriellen Revolution. Frankfurt am Main 1993.

Sullivan, Gordon R.; Coroalles, Anthony M.: The Army in the Information Age. US Army War College 1995.

Toffler, Alvin: Future Shock. New York 1970.

Toffler, Alvin: The Third Wave. New York 1980.

Toffler, Alvin: Powershift: Knowledge, Wealth, and Violence at the Edge of the 21st Century. New York 1990.

Wessling, E.: Individuum und Information - die Erfassung von Information und Wissen in ökonomischen Handlungstheorien. Tübingen 1991.

Wiener, Norbert: Cybernetics: or Control and Communication in the Animal and the Machine. Cambridge, Mass. 1948 (2nd edition, 1961).

Wiener, Norbert: The Human Use of Human Beings: Cybernetics and Society. Riverside, Boston 1950.

Wriston, Walter B.: "Technology and Sovereignty". In: *Foreign Affairs*, Winter, 1988. S. 63-75.

Wriston, Walter B.: The Twilight of Sovereignty: How the Information Revolution is Transforming Our World. New York 1992.

Zuboff, Shoshana: In the Age of the Smart Machines: The Future of Work and Power. New York, 1984.

WWW-Adressen der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik:

http://www.fsk.ethz.ch/fsk/

International Security Network:

http://www.fsk.ethz.ch/isn/

Swiss Foreign and Security Policy Home Page:

http://www.fsk.ethz.ch/swiss/

Home Page der schweizerischen OSZE-Präsidentschaft:

http://www.fsk.ethz.ch/osze/

Umfassende Risikoanalyse Schweiz: Entwurf eines dynamischen System-Modells

von Andrea Smutek-Riemer und Fritz Stäger

1. Neue Diskontinuitäten fordern neue Instrumente zur Früherkennung

> "Selbst in der flachsten Ebene gibt es Landstriche, in denen die Strasse zu einer Höhe ansteigt und anschliessend in ein neues Tal hinabführt. Solche Pässe sind meistens nur von topographischem Interesse, wobei zwischen den Tälern auf beiden Seiten oftmals wenig Unterschiede in Klima, Sprache oder Kultur bestehen. Einige Pässe aber sind anders. Sie bilden tatsächliche Scheidelinien. Häufig sind die Berge, die dorthin führen, aber weder hoch noch spektakulär. .... Auch die Geschichte kennt solche "Wasserscheiden". Auch sie sind meist unspektakulär und werden häufig zum eigentlichen Zeitpunkt kaum bemerkt. Sind diese Scheidewege aber einmal überschritten, verändert sich die gesellschaftliche und politische Landschaft. Das gesellschaftliche und politische Klima ist anders, und dasselbe gilt für die gesellschaftlich und politisch übliche Sprache. Neue Realitäten sind entstanden."[1]

Die letzten elf Jahre des ausgehenden 20. Jahrhunderts werden als eine Periode von ganz besonderer Dynamik und Intensität in die Weltgeschichte eingehen.[2] Alte Staatsgebilde haben sich aufgelöst, bisher funktionierende Militär- und Wirtschaftskooperationen haben ihren Zweck überlebt. Die Weltordnung, die durch die Klammer "Bipolarität und Kalter Krieg" zusammengehalten wurde, ist passé. Somit wurde eine Art "restaurative Stabilität", die de facto aber nur eine Fiktion war, durch ein Fliessgleichgewicht abgelöst, das in seiner Entwicklung intensivere und häufigere "Ausschläge" zeigt.[3]

---

1 Drucker, Peter: Neue Realitäten: Wertewandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Aufl., Düsseldorf, Wien, New York 1990, S. 19.

2 Vgl. im folgenden: Smutek-Riemer, Andrea: Diskontinuitäten: Neue alte Facetten in globalen Systemen: Das System "Welt" im globalen Umbruch, in: Österr. Militär. Zeitschrift, Heft 4/1994, S. 367 - 374.

3 Zum restaurativen Stabilitätsbegriff vgl. von Ranke, Leopold: Die grossen Mächte. Politische Gespräche, Göttingen 1958, S. 41.

Die anfänglich euphorische Stimmung in den Staaten Ost- und Westeuropas nach dem Fall der Berliner Mauer, die erste Bewältigung genereller sozialer Probleme und der "Einstieg" der mittel- und osteuropäischen Staaten in die sogenannte westliche Staatengemeinschaft (die im Grunde in dieser Terminologie ja nicht mehr existiert) hat sich in eine Abwartehaltung gewandelt. Eine neue Weltordnung ("New World Order"[4]) ist bis dato nicht einmal in Ansätzen erkennbar. "Low-conflict/low-intensity-Situationen"[5] prägen die politische Tagesordnung. Die sogenannte Überraschung ist für viele politisch-ökonomisch Handelnde der tägliche Begleiter - und lähmt ihre Handlungsfähigkeit.

Diskontinuitäten (auch: Transformationen, Krisen, Umbrüche, Zeitenwenden und so weiter). sind nichts Neues in der Geschichte. Es ist offenbar, dass es Zeiten gibt, in denen sich aber dieser Wandel in Organisationen und Systemen besonders rasch und tiefgreifend vollzieht.[6] Zeitenwenden gab es zum Beispiel im 13. Jahrhundert,

---

Zu Abstufungen von Gleichgewicht und Stabilität und der Entwicklung der praktischen Begriffsinhalte vgl. Nerlich, Uwe: Stabilität und Gleichgewicht als Kategorie, Rahmenbedingung, Zielsetzung und Planungsgrundlage, in: Heydrich, Wolfgang et al. (Hg.): Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden 1992, S. 229 - 238. Ferner: Rossbach, Stefan. Strukturwandel und Stabilität, in: Heydrich, Wolfgang et al. (Hg.): Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden 1992, S. 239 - 251.

4 Vgl. Brzezinski, Zbigniev: Speaking Notes for the Symposium of Foreign Ministers and Ministers for Defense of Central and Eastern European States, Wien 1993. Der Begriff "New World Order" wurde vom ehemaligen US-Präsidenten George Bush im Jahr 1991 erstmals neben jenem der "Grand Strategy" erwähnt, vgl. Bush, George: Report of the President on U.S. Strategy, August 1991.
Vgl. weiter Henderson, Alan K.: Defining a New World Order, The Fletcher School of Law and Diplomacy, Medford, MA 1991.

5 Vgl. beispielsweise Fasslabend, Werner: Österreichische Sicherheitspolitik in Europa, in: Truppendienst, Sonderheft 1/1993. Diese Erwartungshaltung hinsichtlich künftiger Konfliktypen wurde erstmals vom ehemaligen US-Verteidigungsminister Frank Carlucci vor dem Senate Armed Forces Committee im Februar 1990 geäussert.

6 Vgl. im folgenden Drucker, Peter: Die postkapitalistische Gesellschaft, Düsseldorf, Wien, New York, 1993, S. 9 - 14.

als die europäischen Städte das Zentrum jeglicher Aktivität wurden, der Handel auflebte, Universitäten entstanden und die Religion zum Träger von Wissen, Lernen und Spiritualität wurde. Zwei Jahrhunderte später führte die Erfindung des Buchdruckes und somit ein Quantensprung in der "Kommunikationstechnologie" zu einer diskontinuierlichen Entwicklung. Der Bruch begann 1776 im Jahr der amerikanischen Revolution. Die Erfindung der Dampfmaschine führte zu einer deutlichen Steigerung der Mobilitätsmöglichkeiten. Adam Smith brachte mit seinem Buch "The Wealth of Nations" eine völlig neue Richtung in die entstehenden volkswirtschaftlichen Theorien. Cirka zwei Jahrhunderte später sind wir wiederum mit einer diskontinuierlichen Entwicklung konfrontiert. Zum ersten Mal aber sprechen wir von einer globalen, das heisst nicht auf die westliche Welt beschränkten Diskontinuität. Immaterielles dominiert die gesellschaftliche Entwicklung - insbesondere Wissen ("Knowledge Society"). Analysiert man die Treiber des Falls des Kommunismus, so sind sie in der Intelligenzia des jeweiligen Landes zu finden.

> "History usually makes a mockery of our hopes or our expectations. The events of 1989, perhaps more welcomed than those of any year since 1945, were unforeseen. Much of what analysts anticipate for the 1990s is unpleasant. Nevertheless, it is clear that we are entering a new world, ..." [7]

Diskontinuitäten/Krisen "passieren nicht über Nacht". Sie kündigen sich immer wieder durch mehr oder weniger starke Signale an. Wann und in welchem Ausmass diese Änderungen erfolgen beziehungsweise erfolgen werden, lässt sich im vorhinein global (das heisst in groben Zügen mit Angabe von Entwicklungsoptionen) prognostizieren. Detaillierte, seriös fundierte Angaben sind im Regelfall nicht möglich.[8] Dennoch ist es sinnvoll, das Risiko für das

---

[7] Jervis, Robert: The Future of World Politics: Will It Resemble the Past? in: International Security, Winter 1991/92 (Vol. 16. No. 3), S. 39.

[8] Jervis nennt eine ganze Reihe von Gründen für die Problematik in der Vorhersagbarkeit der globalen Situation im Detail in der internationalen Politik wie zum Beispiel mehrere Beeinflussungsfaktoren im Verhalten der Entscheidungsträger, beschränkte Informationen und "Gesetze" für das Systemverhalten, grosse Entscheidungsspielräume, die nicht quantitativ auslotbar und berechenbar sind, keine monokausalen Ursache-Wirkungsbeziehungen und so weiter. Siehe Jervis, Robert: The Future of World Poli-

Eintreten bestimmter Konstellationen abzuschätzen und Entwicklungsoptionen aufzuzeichnen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Rahmenbedingungen, unter denen Risikoanalysen, Massnahmen zur Krisenfrüherkennung und Krisenprävention betrieben werden, haben sich grundlegend geändert:

- Hohe Umweltdynamik in offenen sozialen Systemen (das System Gesellschaft trägt das Programm seiner Veränderung in sich und muss - um überleben zu können - mit seiner Umwelt kommunizieren). Das System befindet sich in einem Fliessgleichgewicht und ist in der Lage, sich bis zu einem gewissen Grad selbst zu steuern und auszubalancieren.[9]
- "Komplexität bezieht sich auf die Vielschichtigkeit, die Vernetzung und die Folgelastigkeit eines Entscheidungsfeldes. Dabei bedeutet Vielschichtigkeit den Grad der funktionalen Differenzierung eines Sozialsystems und die Zahl der bedeutsamen Referenzen (das sind Ebenen, die analytisch und empirisch unterschieden werden müssen – … – weil Aussagen im Kontext einer bestimmten Ebene nicht notwendig auch im Kontext einer anderen Ebene gelten); Vernetzung heisst Art und Grad wechselseitiger Abhängigkeit zwischen Teilen, sowie zwischen Teil und Ganzem …; Folgelastigkeit meint Zahl und Gewicht der durch eine bestimmte Entscheidung in Gang gesetzten Kausalketten und Folgeprozesse innerhalb des in Frage stehenden Sozialsystems; und der Begriff Entscheidungsfeld weist darauf hin, dass es keine Komplexität an sich gibt, sondern nur in Hinsicht auf ein bestimmtes Problem, welches für ein bestimmtes System in einer bestimmten Situation Selektionen erfordert."[10]

---

tics: Will It Resemble the Past? in: International Security, Winter 1991/92 (Vol. 16. No. 3), S. 39 - 42.

9 Mit der Frage der Selbststeuerung beziehungsweise Selbstreferentialität oder Autopoiesis haben sich primär Naturwissenschafter wie beispielsweise Manturan und Varela befasst. In den Sozialwissenschaften hat Niklas Luhmann diese Konzeption als einer der ersten angewendet. Vgl. dazu Luhmann, Niklas: Soziale Systeme: Grundriss einer allgmeinen Theorie, 4. Aufl., Frankfurt/Main 1993, S. 593 ff.

10 Vgl. Willke, Helmut: Systemtheorie, 3. Aufl., Stuttgart, New York 1991, S. 16.
Zum Komplexitätsbegriff, seiner Messbarkeit und Beherrschbarkeit vgl. ferner: Von Hayek, Friedrich: Die Theorie komplexer Phänomene, Walter Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze, Bd. 36, Tübingen 1972. Malik,

- *Nichtlinearität in den Beziehungen* (zwischen den Teilnehmern in den einzelnen Systemen) - Strukturen und Entwicklungslinien sind mit dem klassischen Wahrnehmungsinstrumentarium nicht erkennbar und daher auch nicht in ihren Konsequenzen einschätzbar. Kleine Ursachen haben aufgrund der Sensitivität der Anfangsbedingungen grosse Wirkungen - oft mit einem zeitlichen Verzögerungseffekt ("Schmetterlingseffekte"). Eine Abschätzung der Wirkungen ist nicht mit mathematischer Exaktheit möglich. Zusätzlich ergibt sich oft *ein zeitlich sehr deutliches Auseinanderfallen von Ursache und Wirkung* (zum Beispiel bei Schädigungen der Umwelt).
- Prozesse schaukeln sich positiv (das heisst gleichgerichtet) und negativ (das heisst gegenläufig) auf ("*Rückkoppelungen in Systementwicklungen*"). Positive Rückkoppelungen bringen ein System "zum Laufen", während negative Rückkoppelungen bremsend wirken und somit für das globale Gleichgewicht in einem System verantwortlich sind.

Diese Transformationsphase innerhalb von geänderten Rahmenbedingungen hat eine Reihe von Prozessen sowohl in Europa als auch in den für den Kontinent relevanten Bereichen in Gang gebracht - die Entwicklungspfade sind vielfältig und keineswegs steht ein Abschluss in naher Zukunft bevor. Um so wichtiger erscheint es, Forschungsdefizite, die es in Bereichen politische Risikoanalyse, Krisenfrüherkennung und Krisenprävention offensichtlich gibt, auszugleichen. Damit können entsprechend konkrete Handlungsanweisungen abgeleitet werden und so Konzepte und Instrumente zur Analyse von kritischen den Bereichen beziehungsweise politisch zu bewältigenden Risikofeldern, die quasi eine Vorstufe zur Krisenprävention darstellt, erarbeitet werden. Ein frühzeitiges und zeitgerechtes Erkennen offeriert den erforderlichen zeitlichen Spielraum, um adäquate, eine Krise verhindernde Massnahmen ergreifen zu können. Die aktuelle Krise im früheren Jugoslawien bestätigt, dass ein rechtzeitiges Erkennen

---

Fredmund: Strategie des Managements komplexer Systeme: Ein Beitrag zur Management-Kybernetik evolutionärer Systeme, 3. Aufl. Bern, Stuttgart 1989.

der sich abzeichnenden Situationsänderung grosse Chancen zur Abwendung der dann aufgebrochenen Krise geboten hätte.[11]

1.1. Diskontinuitäten zwingen zum Überdenken der "alten Sicherheitspolitik"

1.1.1. Anlass und Grundaufgaben im Rahmen des Projektes "Umfassende Risikoanalyse Schweiz"[12]

Der Bericht 90 zur Sicherheitspolitik stand unter dem Motto "Sicherheitspolitik im Wandel". Alle oben genannten Veränderungen wurden in diesem Zusammenhang diskutiert, und es wurde befunden, dass sich das Parlament mit der geänderten Problematik zu beschäftigen habe. Ferner wurde verlangt, dass der Bundesrat im Sinne einer Frühwarnung alle existentiellen Bedrohungspotentiale laufend beobachten und analysieren solle ("Monitoring"). Diese Dauerbeobachtung und die Analyseergebnisse sollten die Basis für eine adaptiertes und effizientes Instrumentarium des Bundesrates sein.

Um eine fundierte Aufarbeitung der parlamentarischen Aufträge zu ermöglichen, wurde im Jahr 1992 eine interdepartementale Projektgruppe unter Leitung der Zentralstelle für Gesamtverteidigung zur Erarbeitung von Grundlagen für eine "Umfassende Risikoanalyse Schweiz" ins Leben gerufen.

---

[11] Vetschera, Heinz/Smutek-Riemer, Andrea: Signale zur Früherkennung von krisenhaften Entwicklungen am Beispiel der Entwicklung zur Jugoslawienkrise, in: Heydrich, Wolfgang et al (Hg.): Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden 1992, S. 323: "Es hätte also für die Staatengemeinschaft (und hier insbesondere für die westliche Seite) hinreichend Signale gegeben, deren Wahrnehmung Möglichkeiten eröffnet hätte, die Entstehung einer Krise abzuwehren und noch rechtzeitig eskalationsdämmende Positionen zu entwickeln. .... Statt dessen reagierte man vielfach offenkundig überrascht auf die Entwicklung, das heisst einerseits allem Anschein nach zu spät im Krisenverlauf und andererseits vielfach kontraproduktiv. ..."

[12] Vgl. Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.): Bericht zum Stand des Projektes "Umfassende Risikoanalyse Schweiz", S. 1, Bern 6.6.1994.

1.1.2. Zielsetzungen des Projektes "Umfassende Risikoanalyse Schweiz"

Die wesentlichen Zielsetzungen des Projektes bezogen sich auf folgende Themenbereiche:[13]

- Erstellung eines Katalogs an Kernchancen und -gefahren, die die kollektive Sicherheit im System Schweiz (Staat und Gesellschaft) im europäischen Umfeld beeinflussen können.
- Abschätzung von Entwicklungstendenzen in den einzelnen Bereichen.
- Erstellung einer Schwachstellenanalyse (Art und Intensität) der schweizerischen Dienstleistungs- und Industriegesellschaft.
- Konfrontation der Chancen und Gefahren samt ihren Wechselwirkungen mit dem "System Schweiz" und daraus Ableitung des sicherheitspolitischen Handlungsbedarfs.
- Aufbau eines sicherheitspolitischen Kommunikationsnetzes in der Bundesverwaltung.

1.1.3. Vorhandene Ergebnisse[14]

Die Arbeitsschritte wurden im wesentlichen auf zwei Schienen geführt. Eine Schiene bearbeitete die Entwicklung des Chancen- und Risikenkatalogs inklusive einer Systematisierung zu potentiellen Szenarien. Eine weitere Gruppe widmete sich der Entwicklung eines dynamischen Modells zur Risikoanalyse.

Im Rahmen der Entwicklung des Chancen- und Risikenkatalogs wurde die Szenariomethode eingesetzt. Mit Szenarien sollen künftige Ereignisse oder Prozesse beispielhaft dargestellt werden. Zusätzlich sollte die unendliche Menge an Auftretensmöglichkeiten auf eine endliche Menge eingeschränkt werden. Auf Basis dieser Szenarien werden Handlungsalternativen erarbeitet. In die Beurteilung eines Szenarios fliesst ferner die Zeitkomponente (Eintrittshäufigkeit) ein. Festzuhalten ist, dass es sich beim erarbeiteten Risikogruppen- beziehungsweise Szenarienkatalog um

---

[13] Vgl. Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.): Bericht zum Stand des Projektes "Umfassende Risikoanalyse Schweiz", Bern 6.6.1994, S. 1.

[14] RiA-Bericht Nr. 1/94 der Arbeitsgruppe Risikoanalyse, ZGV, Stand Mai 1995.

eine Gruppierung von Risiken handelt. Chancenerfassungen und die Evaluierung derselben wurden schlussendlich in der Arbeit ausgespart. Der Szenarienkatalog ist offen und muss in periodischen Zeitabständen beziehungsweise bei Bedarf analysiert und gegebenenfalls revidiert werden (das heisst ergänzt beziehungsweise gestrafft). In jedem Fall konnten:

- die Risiken erfasst und Szenarien dazu geschaffen,
- eine Beschreibung der Auswirkungen auf sicherheitpolititsche Ziele erarbeitet,
- ein Risikoprofil erstellt und
- ein Risikonetzwerk erarbeitet werden, in dem auch schleichende Entwicklungen Berücksichtigung finden.

Die Tabelle[15] zeigt die ermittelten neun Szenariengruppen mit je drei Szenarien:

1.1 Erdbeben	2.1 Chemieunfall	3.1 Zerstörung der Ozonschicht
1.2 Trockenheit/Hitze	2.2 KKW-Störfall	3.2 Verlust von Kulturland
1.3 Hochwasser	2.3 Talsperrenbruch	3.3 Treibhauseffekt
4.1 Verknappung Energie	5.1 Verlust Konkurrenzfähigkeit	6.1 Demographische Alterung
4.2 Unterversorgung Nahrungsmittel	5.2 Krise Finanzsystem	6.2 Krankheiten / Epidemien
4.3 Verknappung Rohstoffe	5.3 Weltweite wirtschaftliche Probleme	6.3 Verlust der nationalen Kohäsion
7.1 Verteilungskonflikte um knappe Güter	8.1 Extremismus	9.1 Grenz- / Regional- / Nationalitätenkonflikte
7.2 Ost-West-Migration	8.2 Sabotage / Terrorismus / Erpressung	9.2 Rückfall in die Konfrontation
7.3 Süd-Nord-Migration	8.3 Organisiertes Verbrechen	9.3 Nuklearer Schlag in Europa

Tabelle 1: Die neun Szenariengruppen.

[15] Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.): Bericht zum Stand des Projektes "Umfassende Risikoanalyse Schweiz", Bern 6.6.1994, S. 1.

Zum vorliegenden Szenarienkatalog ist folgendes festzuhalten:[16] Es gibt noch keine Aussagen

- zum Zeitverlauf von Risiken (impulsartiges, fluktuierendes oder schleichendes Verhalten),
- zur zeitlichen Wirkung (kurz-, mittel- oder langfristig) und
- zum geographischen Wirkungsbereich (nur auf die Schweiz bezogene Risiken, europabezogene oder global bezogene Risiken).

Ferner ist festzustellen, dass es sich um die erste umfassende Risikobeurteilung mit Ende des Jahres 1994 handelt.

2. Dynamisches Modell im Rahmen der Risikoanalyse

Die Arbeitsgruppe sollte auf der Basis von systemtheoretischen Erkenntnissen ein Modell erarbeiten, das das gegebene Modell "Schweiz" repräsentiert und folgenden Anforderungen nachkommt:

- *Modelleingaben* (oder Einwirkungen - sie werden von den vorab ausgearbeiteten Szenarien repräsentiert): Schätzung des Zustands einzelner sicherheitspolitisch relevanter Güter[17] (korrespondiert mit der Zielsetzung einer Schwachstellenanalyse); Annahme eines Ereignisses als Störgrösse (korrespondiert mit dem Szenarienkatalog).
- *Modellausgaben* (oder Auswirkungen): Feststellung der Veränderungen in den Zuständen der einzelnen sicherheitspolitisch relevanten Güter - sie dienen als Basis zur Neueingabe in das Modell. Ferner wird eine summarische Gesamtbeurteilungshilfe erstellt.
- *Modellstruktur*: Simulation der einzelnen schutzwürdigen Güter (=sicherheitspolitisch relevante Güter) als Modellteile. Ermittlung und Integration von Wechselwirkungen beziehungsweise Kausalketten zwischen den Modellteilen (=sicherheitspolitisch relevante Güter).
- Die *Modellteile* (=sicherheitspolitisch relevante Güter) und das *Wechselwirkungsnetzwerk* sollen die inneren Vernetzungen der

---

[16] RiA-Bericht Nr. 1/94 der Arbeitsgruppe Risikoanalyse, ZGV, Stand Mai 1995, S. 4.

[17] Sicherheitspolitisch relevante Güter werden aufgrund eines Konsens festgelegt und können demnach von Land zu Land, aber auch zwischen Gesellschaftsgruppen differieren.

Schweiz widerspiegeln. Damit soll eine Übertragbarkeit auf die Realität oder mindestens Interpretierbarkeit ermöglicht werden. Dasselbe gilt auch umgekehrt.

- Über Sensitivitätsanalysen des Modellverhaltens bei mehreren Szenarien sollen Anhaltspunkte für kritische Modellteile und/oder Wechselwirkungen gefunden werden. Daraus lassen sich dann Handlungsalternativen zur Entschärfung der Problematik finden.

2.1. Auswahl einer dynamischen Modellstruktur

Für diesen erstmaligen Versuch, das Verhalten einer Gesellschaft und ihrer Umwelt zu modellieren, wurde eine möglichst einfache, für den Betreiber transparente Modellstruktur gesucht.

Für diesen Zweck eignet sich als Ausgangspunkt das diskrete, lineare Zustandsmodell. Dieses basiert auf den folgenden mathematisch formulierbaren Annahmen:

- *Linearität*: Die Stärke der Wechselwirkung zwischen zwei Zustandsvariablen ist proportional zur Differenz der Werte dieser zwei Variablen.
- *Zeitinvarianz*: Die Proportionalitätskonstanten dieser Wechselwirkungen ändern sich nicht in der Zeit.
- *Diskrete Zeitschritte*: Das Modell berechnet für einen gegebenen Zustand und eine gegebene Eingabe den Wert der Zustandsvariablen nach Ablauf einer fixen Zeitspanne.
- *Zustandsdarstellung*: Die gesamte Information über die Vergangenheit ist in den Zustandvariablen enthalten.

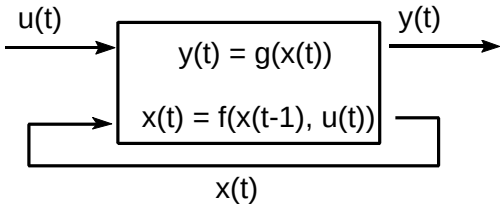

Abbildung 5: Struktur eines dynamischen Zustandsmodells. Die Funktionen g(x(t)) und f(x(t-1),(u(t)) sind Funktionen der Vektoren u(t) (die Werte aller äusseren Einflüsse zur Zeit t) und x(t-1) (die Werte der Zustandsvariablen, die im vorhergehenden Schritt angenommen wurden)

2.2. Definition der Variablen

- *Zustandsvariable* sind Werte, die innerhalb des Systems erhalten bleiben. Sie stehen für die sicherheitsrelevanten Güter. Ihr angenommener Anfangswert ist 0. Eine Werterhöhung wird als positiv für die Zustandsvariable interpretiert, eine Werterniedrigung als negativ.
- *Eingangsvariable* sind einerseits Störgrössen aus dem Systemumfeld (nicht systemproduziert) und andererseits Regeleingriffe des Systembetreibers (das System selbst macht keinen Unterschied). Ihr angenommener Wert ist im Normalzustand 0 (das heisst kein Einfluss - es passiert nichts); im Rahmen der Simulationen werden ihre Werte durch das angelegte Szenario bestimmt.
- *Ausgangsvariable* sind die Signale, die das System an die Umwelt abgibt. Ihr Wert ist in einer ersten Näherung der Wert der Zustandsvariablen. Somit ist die Wirkungsvorstellung eines Szenarios vermittelbar.

2.3. Auswahl der Zustandsvariablen

Als Basis für die *Erstellung eines Grundkatalogs an Zustandsvariablen*, die die sicherheitsrelevanten Parameter abbilden, wurden die Studie "Operationalisierung der sicherheitspolitischen Ziele und strategischen Hauptaufgaben der Schweiz" von P. Gaupp (ZGV Nr. 11, 1978), die Bundesverfassung und der Bericht 90 des Bundesrates über die Sicherheitspolitik herangezogen. Ergänzt wurde der Grundkatalog durch eigene Überlegungen im Rahmen des Forschungsteams.

3. Methode

Im Rahmen der Projektarbeit wurde vor allem in der Phase der Generierung der Zustandsvariablen, der Ausgestaltung derselben (das heisst die Zuschreibung von Attributen) und der Wechselwirkungen die Delphi-Methode verwendet.

3.1. Beschreibung der Delphi-Methode generell

Die Delphi-Methode ist eine von mehreren Arten von Expertenbefragungen. "Hierbei legt jeder Experte dem Projektleiter eine Einzelschätzung vor, sowie eine Aufzählung der Annahmen, auf der diese beruht. Der Projektleiter überprüft die Einzelbeiträge und

gibt Anregungen zur Veränderung. Es folgt eine zweite Runde der Expertenschätzungen, eine dritte usw."[18]

Die Delphi-Methode ist demnach ein iteratives Verfahren und wird besonders bei Fragestellungen mit einem hohen Innovationsgrad verwendet. Ziel ist es, in einer möglichst offenen und freien Diskussionsatmosphäre Vorschläge zu Problemlösungen zu kreieren und vorerst nicht zu bewerten. Eine Evaluierung nimmt nur der Projektleiter vor. So soll eine umfassende Ideengewinnung zur Problemlösung ermöglicht werden.

3.2. Verwendete Variante der Delphi-Methode

Im wesentlichen wurde die Delphi-Methode wie in der oben beschriebenen Art eingesetzt, wenngleich aufgrund der geringen Grösse der Gruppe (drei Teilnehmer) eine Evaluierung durch alle Teilnehmer erfolgte. Die Diskussion in Form von Runden und somit eine iterative Problemlösungsannäherung wurden beibehalten.

Die Methode wurde vor allem bei der Findung und Strukturierung der Zustandsvariablen beziehungsweise im Rahmen ihrer Ausprägungen eingesetzt.

Im folgenden soll eine beispielhafte Darstellung der Anwendung anhand von konkreten Arbeitsschritten (Konzipierung und Strukturierung der Zustandsvariablen, Wirkungsmatrix, Selbstbeeinflussungstabelle) gegeben werden.

3.2.1. Strukturierung der Zustandsvariablen: 1. Runde

Die folgende Tabelle zeigt den Erstentwurf der Variablenliste mit Kurzbeschreibung und Angabe möglicher Indikatoren:

Variable	Beschreibung	Indikatoren
Sicherheit vor Unfall	Sicherheit der Einwohner vor Unfällen	- Unfallstatistiken

[18] Kotler, Philip: Marketing-Management: Analyse, Planung und Kontrolle, 4. Aufl., Stuttgart, 1989, S. 243. Vgl. weiter: Dalkey, Norman/Helmer, Olaf: An Experimental Application of the Delphi Method to the Use of Experts, in: Management Science, April 1963, S. 458 - 467. Best, Roger J.: An Experiment in Delphi Estimation in Marketing Decision Making, in: Journal of Marketing Research, November 1974, S. 447 - 452.

Variable	Beschreibung	Indikatoren
Sicherheit vor Krankheit	Sicherheit der Einwohner vor Krankheit	- Krankheitstage pro Jahr pro Kopf
Sicherheit vor krimineller Gewalt	Sicherheit der Einwohner vor Kriminalität	- Kriminalitätsstatistiken (nach Tatbeständen)
Politische Mitbestimmung	Zufriedenheit der Einwohner mit ihrer politischen Mitbestimmung	- "Polaritätenprofil" - allgemein zugängliche, aber nicht periodische Umfragen
Sicherheit des Eigentums	Sicherheit des persönlichen Eigentums	- Zinsstatistiken - Inflationsraten
Sicherheit des Arbeitsplatzes	Sicherheit des Arbeitsplatzes	- Konkursstatistiken - Arbeitslosenquoten - durchschnittliche Beschäftigungsdauer
Freizeitangebot	Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten der Einwohner	
Mobilität	Mobilität der Einwohner	- Pendlerstatistik - Kosten pro km (für vorhandene Verkehrsmittel) - Grösse des Verkehrsnetzes - Erreichbarkeit Peripherien und Zentren
Familienfreundlichkeit	Möglichkeit zum Familien- und Geschlechtsleben der Einwohner	- Job-sharing-Möglichkeiten / Nutzungen - Familienfreundlichkeit von Wohnungen / Gegenden - Verfügbarkeit von Tagesschulen, Kinderhorten
Ausbildung und Know-how	individuelles Ausbildungsniveau der Einwohner	- Abgängerstatistiken - Akademikerquoten - Maturandenquoten
Ansehen	Persönliches Ansehen der Einwohner	- Selbst- und Fremdeinschätzungen (vgl. Prof. Schweiger, WU Wien)
Zukunft	Vertrauen der Einwohner in ihre persönliche Zukunft	- periodische Befragungen der Meinungsforscher (zum Beispiel OGM, Bachmaier)
Exportwirtschaft	Prosperität der Exportwirtschaft, internationale Konkurrenzfähigkeit	- Handelsbilanz - Währungsstabilität (zum Beispiel aus OECD Survey)
Binnenwirtschaft	Prosperität der Binnenwirtschaft	- Wachstumsquoten - Eigenfinanzierungsgrade - Liquiditätsgrade
Luftqualität	Luftqualität	- BUWAL-Statistiken
Bodenqualität	Nutzbarkeit und Qualität des Bodens	- BUWAL-Statistiken
Wasserqualität	Wasserqualität	- BUWAL-Statistiken
Pflege von Traditionen	Erhaltung der schweizerischen Traditionen und Bauwerke	- Kreditvolumen Denkmalschutz - Vereinsregister: Alter, Art und Zahl der existierenden Vereine

Variable	Beschreibung	Indikatoren
Kultur	Kulturvielfalt	- Zuschauerzahlen, Teilnehmerzahlen - Budget der kulturell aktiven Körperschaften
Politische Handlungsfähigkeit	Politische Handlungsfähigkeit der Entscheidungsträger	- Geschwindigkeit der Behandlung von Geschäften in den Instanzen (Effizienz) - Effektivität des Handelns der politischen Akteure, gemessen als Anzahl Widersprüche und Ablehnungen in der Lebensdauer des Geschäftes
Demokratie	Demokratische Beschlussfassung	
Internationale Mitsprache	Internationale Mitsprache	- Anzahl und Stärke schweizerischer Mitgliedschaft in internationalen Gremien - Stärke von Zwängen aus internationalen Normen ohne Beteiligung der Schweiz
Versorgungssicherheit der Rohstoffe	Verfügbarkeit von Rohstoffen und Nahrungsmitteln	- Autarkiegrad - Grösse von strategischen Reserven (deren Kosten) - Stabilität der Erzeuger-Regionen von ausgewählten Haupt-Rohstoffen und -Halberzeugnissen
Informationen	Verfügbarkeit und Vielfalt der Information und der Medien	- Auflagen von Zeitungen, Anzahl Zeitungen - Anzahl TV-Kanäle, Zuschauerquoten
Versorgungssicherheit der Energie	Verfügbarkeit der Energie	- Autarkiegrad - Grösse der strategischen Reserven - Stabilität der Ölerzeuger-Regionen
Verkehrsnetz	Verfügbarkeit des Verkehrsnetzes	
Gesundheitswesen	Auftragserfüllung der Gesundheits-Infrastruktur	- Wartelisten, Fehlbelegungen - Verweilzeit von Patienten
Ausbildung	Auftragserfüllung der Ausbildungs- und Forschungs-Infrastruktur	- Anzahl Eintritte in die diversen Schulen - Resultate von Aufnahmeprüfungen - Statistik von zuwandernden Studenten - Studiendauer - Verhältnis Abgänger zu Anfänger
Vorsorgeeinrichtungen	Auftragserfüllung der Vorsorge-Infrastruktur	- Kennzahlen der Pensions- und Krankenkassen - Abdeckung der Bevölkerung mit Pensions- und Vorsorgekassen
Justiz	Auftragserfüllung von Polizei und Justiz	- Prozesswartelisten - Häufigkeit von korrigierenden Berufungsurteilen - Aufklärungsquoten

Variable	Beschreibung	Indikatoren
Aussenpolitik	Auftragserfüllung der Diplomatie	- Dringlichkeit von Verhandlungen - Kosten der Verhandlungen - Dauer/Anzahl/Personal der Verhandlungen
Verteidigung	Auftragserfüllung der Gesamtverteidigungs-Infrastruktur	- materielle Bereitschaftsgrade von Truppen - ausbildungstechnische Bereitschafts-grade

Tabelle 2: Erstentwurf Zustandsvariablenliste.

Um eine Weiterentwicklung zu ermöglichen, wurde wiederum die Delphi-Methode angewendet.

Im vorliegenden Fall kam es in dieser Phase nur mehr zu marginalen Änderungen im Katalog (der Bereich "Justiz" wurde in die Teilbereiche "Strafjustiz" und "Zivilrechtssprechung" aufgegliedert; die Kategorie "Zukunft" wurde herausgenommen).

3.2.2. Strukturierung der Zustandsvariablen: 2. Runde

Nun war es erforderlich, einen weiteren Strukturierungsschritt vorzunehmen. Als Orientierungshilfe wurde die Bedürfnispyramide von A. H. Maslow herangezogen.[19] Die Bedürfnisebenen umfassen:

- Selbstverwirklichung (zum Beispiel Entfaltung der Persönlichkeit und Kreativität*)*
- Selbstachtung und Anerkennung (zum Beispiel Akzeptanz durch andere)
- Soziale Bedürfnisse (zum Beispiel Pflege der Geselligkeit)
- Sicherheitsbedürfnisse (zum Beispiel Erhaltung der Erwerbsfähigkeit)
- Physiologische Bedürfnisse (zum Beispiel Nahrung , Schlaf, Gesundheitserhaltung)

Zu lesen sind die Ebenen von unten nach oben. Die Befriedigung der niedrigeren Ebene ist die Prämisse für die Erfüllung der nächsthöheren Ebene. Da in der vorliegenden Problemstellung der

---

[19] Vgl. dazu als Originalquelle: Maslow, A. M.: A Theory of Human Motivation, in: Psychological Review 1943, S. 370 - 396.
Im vorliegenden Fall wird auf Meffert, Herbert: Marketing: Einführung in die Absatzpolitik, 6. Aufl., Wiesbaden 1985, S. 120f Bezug genommen.

Staat das Beobachtungsobjekt ist, musste eine Revision in der Bezeichnung der einzelnen Ebenen vorgenommen werden.

Die Zuordnung der einzelnen Zustandsvariablen erfolgte wiederum nach dem Verfahren der Delphi-Methode. Ferner wurden Zustandsvariable zum Bereich "Demographie" ergänzt. Demographische Zustandsvariable haben eine Art Querschnittsfunktion für die anderen fünf Variablenkategorien.

3.2.3. Strukturierter Katalog der Zustandsvariablen

I. **Existentielle Ziele**. Die Erreichung dieser Ziele ist Grundbedingung sowohl für das Individuum (primär a) als auch für die Gesellschaft (primär c); die Ziele unter b bedingen beide Ebenen gleichermassen.

A. ***Gesundheit***

- *Sicherheit vor Unfall*
- *Sicherheit vor Krankheit*
- *Auftragserfüllung des Gesundheitswesens*
- *Sicherheit vor krimineller Gewalt*
- *Auftragserfüllung der Straf-Justiz (als Schutz vor obigem)*

B. ***Umwelt***

- *Luft-Qualität*
- *Boden-Qualität*
- *Wasser-Qualität*

C. ***Ökonomische Funktionsfähigkeit***

- *Export-Wirtschaft*
- *Binnen-Wirtschaft*
- *Geld-/Kapitalmarkt*
- *Versorgungssicherheit mit Rohstoffen*
- *Versorgungssicherheit mit Energie*

II. **Sicherheitsziele**. Die Garantie dieser Ziele bedingt die Dauerhaftigkeit und Konstanz derer unter Punkt 1.

A. ***Eigentum***

- *Sicherheit des Eigentums*
- *Auftragserfüllung Zivilrechtssprechung*

B. ***Erwerbsfähigkeit***

- *Sicherheit des Arbeitsplatzes*
- *Mobilität*
- *Verfügbarkeit des Verkehrsnetzes*
- *Verfügbarkeit / Vielfalt der Information*

C. ***Nationales Gestaltungspotential***

- *Politische Handlungsfähigkeit*
- *Auftragserfüllung der Vorsorgeeinrichtungen*
- *Auftragserfüllung der Gesamtverteidigung*

III. **Soziale Ziele**. Stützen des Zusammenlebens als Kollektiv

A. ***innerhalb der Schweiz***

- *Solidarität + Toleranz*
- *Familienfreundlichkeit*
- *Freizeitangebot*

B. ***in der Staatengemeinschaft***

- *Auftragserfüllung der Aussenpolitik*

IV. **Aktivziele**. Die Erreichung dieser Ziele ist Gradmesser für die Gestaltungsmöglichkeit des Umfeldes durch den Einzelnen, beziehungsweise der Welt durch die Schweiz.

A. ***innerhalb der Schweiz***

- *Politische Mitbestimmung*
- *Demokratie*

B. ***in der Staatengemeinschaft***

- *Internationale Mitsprache*

V. **Identitätsziele.** Die geistigen Werte bedingen die Definition der eigenen Identität bei Individuum und Staat.

- *Ausbildungsstand und Know-how*
- *Auftragserfüllung der Ausbildungsinfrastruktur*
- *Pflege von Traditionen*
- *Kulturvielfalt*

VI. **Demographische Strukturvariablen**

- *Beziehungen zwischen Religionsgemeinschaften*
- *Beziehungen zwischen einheimischen Ethnien*
- *Beziehungen zwischen zugewanderten Ethnien*

- *Beziehungen zu Randgruppen*
- *Einkommensverteilung*
- *Altersverteilung*

3.2.4. Erarbeitung der Wirkungsmatrix

Die Wirkung der Zustandsvariablen aufeinander kann in Form einer Matrix dargestellt werden. Jede Zeile der Matrix enthält Vorzeichen und Stärke der Beeinflussung dieser Variable durch alle anderen. Zusätzlich wurde für jedes Element der Matrix definiert, ob es sich um kurz-, mittel-, oder langfristige Wirkungen handelt. Jede Spalte enthält dementsprechend alle Wirkungen dieser Variable auf die anderen.

Die Wirkungsmatrix wurde folgendermassen ermittelt:

1. Jeder einzelne Workshopteilnehmer legte seine individuelle Wirkungsmatrix fest.
2. Mit Hilfe der Delphi-Methode wurde eine konsensuale Lösung erarbeitet. Sie war eine Teilbasis für die Modellkonzipierung.

Die Matrix ist auf Seite 107 dargestellt.

3.2.5. Erarbeitung der Selbstbeeinflussungsmatrix

Da die Zustandsvariablen nicht nur aufeinander wirken, sondern auch eine Selbstbeeinflussung (auch Selbstregulierung, Selbstheilungskraft) haben, war ein zweiter Untersuchungsabschnitt erforderlich. Es musste die Selbstbeeinflussung der einzelnen Variablen (Geschwindigkeit, Intensität, Beeinflussbarkeit durch den Staat und durch das Individuum) festgestellt werden.

Die Fragestellung lautete:

Kann sich die Zustandsvariable, wenn sie aus einem Gleichgewicht geraten ist, wieder selbst in einen neuen Gleichgewichtszustand bringen? Wenn ja, wie lange dauert dies, und welche Aufwendungen (durch den Staat über finanzielle Hilfe und andere regulierende Eingriffe oder durch das Individuum mittels persönlicher Verhaltensänderung) sind damit verbunden?

	x01 Sicherheit vor Unfall	x02 Sicherheit vor Krankheit	x03 Auftragserfuellung des Gesundheitswes	x04 Sicherheit vor krimineller Gewalt	x05 Auftragserfuellung der Straf-Justiz	x06 Luft-Qualitaet	x07 Boden-Qualitaet	x08 Wasser-Qualitaet	x09 Export-Wirtschaft	x10 Binnen-Wirtschaft	x11 Geld-/Kapitalmarkt	x12 Versorgungssicherheit mit Rohstoffen	x13 Versorgungssicherheit mit Energie	x14 Sicherheit des Eigentums	x15 Auftragserfuellung Zivilrechtssprechung	x16 Sicherheit des Arbeitsplatzes	x17 Mobilitaet	x18 Verfuegbarkeit des Verkehrsnetzes	x19 Verfuegbarkeit/Vielfalt der Information	x20 Politische Handlungsfaehigkeit	x21 Auftragserf. der Vorsorgeeinrichtungen	x22 Auftragserf. der Gesamtverteidigung	x23 Freizeitangebot	x24 Auftragserfuellung der Aussenpolitik	x25 Familienfreundlichkeit	x26 Solidaritaet + Toleranz	x27 Internationale Mitsprache	x28 Politische Mitbestimmung	x29 Demokratie	x30 Ausbildungsstand und Know-How	x31 Auftragserf. der Ausb. Infrastruktur	x32 Pflege von Traditionen	x33 Kulturvielfalt	x34 Beziehungen zw. Religionsgemeinschaf	x35 Beziehungen zw. Einheimischen Ethnien	x36 Beziehungen zw. Zugewanderten Ethnie	x37 Beziehungen zu Randgruppen	x38 Einkommensverteilung	x39 Altersverteilung
x01 Sicherheit vor Unfall	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
x02 Sicherheit vor Krankheit	1	0	3	0	0	2	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
x03 Auftragserfuellung des Gesundheitswesens	3	3	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	3
x04 Sicherheit vor krimineller Gewalt	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	1	1	2	2	0
x05 Auftragserfuellung der Straf-Justiz	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0
x06 Luft-Qualitaet	0	0	0	0	0	1	0	1	-1	-1	0	0	0	0	0	0	-2	-2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
x07 Boden-Qualitaet	0	0	0	0	0	1	0	1	-1	-1	0	0	0	0	0	0	-2	-2	1	0	0	0	0	0	0	0	1	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
x08 Wasser-Qualitaet	0	0	0	0	0	2	2	0	-1	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0
x09 Export-Wirtschaft	2	2	0	0	0	0	0	1	0	3	3	3	3	0	0	2	0	2	0	0	0	0	0	2	0	0	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0	-2	0
x10 Binnen-Wirtschaft	2	2	0	0	0	0	1	1	3	0	2	3	3	0	0	2	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0	2	0
x11 Geld-/Kapitalmarkt	2	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0	2	0	0	2	0	0	3	0	0	0	0	0	0	-2	0
x12 Versorgungssicherheit mit Rohstoffen	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	1	2	0	3	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
x13 Versorgungssicherheit mit Energie	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	1	2	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
x14 Sicherheit des Eigentums	0	0	0	2	2	0	0	0	2	2	2	0	0	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
x15 Auftragserfuellung Zivilrechtssprechung	0	0	0	3	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
x16 Sicherheit des Arbeitsplatzes	2	1	0	0	0	0	0	0	3	3	0	0	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
x17 Mobilitaet	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
x18 Verfuegbarkeit des Verkehrsnetzes	0	0	0	0	0	0	0	0	-2	-1	0	-2	2	0	0	0	-2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
x19 Verfuegbarkeit/Vielfalt der Information	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	1	3	0	0	2	0	2	0	0
x20 Politische Handlungsfaehigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	1	0	0	0	1	0	2	2	0	0	0	0	1	1	1	1	0
x21 Auftragserf. der Vorsorgeeinrichtungen	2	2	0	0	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	3
x22 Auftragserf. der Gesamtverteidigung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	2	0	0	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
x23 Freizeitangebot	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
x24 Auftragserfuellung der Aussenpolitik	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
x25 Familienfreundlichkeit	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
x26 Solidaritaet + Toleranz	0	-1	0	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	2	0	0	0	1	0	2	1	1	1	1	0	2
x27 Internationale Mitsprache	0	0	0	1	0	0	0	0	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
x28 Politische Mitbestimmung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	2	-1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	0	0	0	0	0	0	2
x29 Demokratie	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	1	2	1	0	1	1	0
x30 Ausbildungsstand und Know-How	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	1	0
x31 Auftragserf. der Ausb. Infrastruktur	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
x32 Pflege von Traditionen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0	-1
x33 Kulturvielfalt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	1	0	2	0	1	1	1	0	1
x34 Beziehungen zw. Religionsgemeinschaften	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	2	2	1	0	0	0	1	1	0	0	-1
x35 Beziehungen zw. Einheimischen Ethnien	0	0	0	2	0	0	0	0	-1	-1	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	1	0	2	2	1	0	0	1	0	1	0	0	0
x36 Beziehungen zw. Zugewanderten Ethnien	0	0	0	2	1	0	0	0	-1	-1	0	0	0	0	0	2	0	-2	0	0	0	0	0	0	1	1	0	2	2	1	0	-1	1	1	1	0	0	2
x37 Beziehungen zu Randgruppen	1	0	2	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	2	2	1	0	-2	0	2	1	1	0	1
x38 Einkommensverteilung	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	-1	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
x39 Altersverteilung	0	-3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Abbildung 6: Wirkungsmatrix (ohne Fristigkeit); positive Zahlen bedeuten eine positive Wirkung, negative eine negative Beeinflussung.

Die Methodik war jener im Rahmen der Erarbeitung der Wirkungsmatrix ähnlich.

Jedes Mitglied der Forschungsgruppe legte innerhalb einer kurzen Zeitspanne seine individuelle Selbstwirkungskonstellation fest.

Mit Hilfe der Delphi-Methode wurde eine konsensuale Lösung erarbeitet. Sie repräsentierte die zweite Teilbasis für Modellkonzipierung.

Variable	Geschwindigkeit	Selbst-Regulierg.	Kosten f. staatl.Einflussnahr	Persönl. Aufwand
Sicherheit vor Unfall	l	0	$	pp
Sicherheit vor Krankheit	l	0	$$	p
Auftragserfüllung des Gesundheitswesens	l	0	$$	pp
Sicherheit vor krimineller Gewalt	m	0	0	pp
Auftragserfüllung der Straf-Justiz	l	0	$$	0
Luft-Qualität	l	+	$$	pp
Boden-Qualität	l	+	$$	pp
Wasser-Qualität	l	+	$$	pp
Export-Wirtschaft	l	0	$$	0
Binnen-Wirtschaft	l	0	$$	p
Geld-/Kapitalmarkt	l	+	$$	p
Versorgungssicherheit mit Rohstoffen	l	0	$$	p
Versorgungssicherheit mit Energie	l	+	$$	pp
Sicherheit des Eigentums	l	+	$$	pp
Auftragserfüllung Zivilrechtssprechung	l	0	$$	0
Sicherheit des Arbeitsplatzes	m	+	$$	pp
Mobilität	l	+	$$	pp
Verfügbarkeit des Verkehrsnetzes	l	+	$$	0
Verfügbarkeit/Vielfalt der Information	s	+	$	p
Politische Handlungsfähigkeit	m	+	$$	pp
Auftragserfüllung der Vorsorgeeinrichtungen	l	+	$$	0
Auftragserfüllung der Gesamtverteidigung	l	0	0	0
Freizeitangebot	m	+	$	pp
Auftragserfüllung der Aussenpolitik	l	+	$$	0
Familienfreundlichkeit	l	+	$$	pp
Solidarität + Toleranz	l	+	$$	pp
Internationale Mitsprache	l	+	$$	0
Politische Mitbestimmung	m	+	0	pp
Demokratie	l	+	$$	?
Ausbildungsstand und Know-How	l	0	0	0
Auftragserfüllung der Ausbildungsinfrastruktur	l	+	$$	pp
Pflege von Traditionen	l	?	$$	p
Kulturvielfalt	m	+	$	pp
Beziehungen zw. Religionsgemeinschaften	l	0	0	0
Beziehungen zw. einheimischen Ethnien	l	+	$$	p
Beziehungen zw. zugewanderten Ethnien	l	+	$$	p
Beziehungen zu Randgruppen	l	+	$$	p
Einkommensverteilung	l	0	$$	0
Altersverteilung	l	+	0	0

Tabelle 3: Selbstbeeinflussungsmatrix. Legende: Geschwindigkeit: l - langsam, m - mittel, s - schnell; Selbst-Regulierung: 0 - keine, + - selbstregulierend, Kosten für staatliche Einflussnahme: $ - niedrig; $$ - hoch, Persönlicher Anpassungsaufwand: p - klein, pp - gross

4. Implementierung und Resultatbeispiel

4.1. Rahmen

Die erarbeiteten Zusammenhänge wurden als Computerapplikation[20] programmiert. Für Ein- und Ausgabe wurde ein Grafisches User-Interface entwickelt, basierend auf MATLAB.

Der Benutzer kann Szenarien definieren, welche dann auf das Modell als Eingabe zur Zeit t=0..10 angewendet werden. Als Resultat wird eine Grafik des zeitlichen Verlaufs aller Zustandsvariablen sowie der erwarteten Kostenpunkte für Staat und Aufwandspunkte für das Individuum berechnet und angezeigt.

4.2. Probleme und Lösungen

4.2.1. Stabilität

Die Theorie der linearen Systeme[21] erlaubt es, aus einer gegebenen Matrix die Stabilität direkt zu berechnen. Eine solche Berechnung ergibt für die ermittelte Wirkungsmatrix eine grundsätzliche Möglichkeit zur Instabilität. Theoretisch können zusätzlich anhand der Eigenwerte und -vektoren der Systemmatrix Konstellationen ermittelt werden, welche unweigerlich zur Instabilität führen (Pole).

Dies entspricht einerseits den Erwartungen an ein Modell der Gesellschaft. Es soll ja in der Anwendung des Modells der Bedarf für noch nicht existente Regel- und Steuereingriffe erst erkannt werden. Ein solcher Bedarf äussert sich also in einer Instabilität.

Andererseits wurde mit der Beschränkung auf eine lineare Darstellung ein grundsätzlicher Nachteil miteingeführt: Die kleinste Veränderung der Systemvariablen in bestimmte, instabile Richtungen (angegeben durch die Eigenvektoren der positiven Pole) führt unweigerlich zur "Explosion" der Werte von Zustandsvariablen. Dies ist für das untersuchte System nicht zutreffend. Es be-

---

[20] Als Basis diente das Mathematiksoftwaresystem MATLAB Version 4.2 auf einer DEC 3000-400 AXP Workstation (64 MB RAM, 133 Mhz) mit OpenVMS 6.1.

[21] Vgl. beispielsweise Isermann, Rolf: Digitale Regelsysteme, Springer, Berlin 1987.

steht eine gewisse grundsätzliche Toleranz gegenüber kleinen Schwankungen.

Diese Betrachtungen resultierten in einer Anpassung des mathematischen Modells. Es wurde eine *Schwellwertkonstante* eingeführt, die bewirkt, dass kleinste Änderungen (im Vergleich zum momentanen Wert der Zustandsvariable) keinen Effekt haben.

4.2.2. Gewichtung

Die Terme "kurz-, mittel- und langfristige Wirkung" wurden implementiert, indem von den jeweiligen Zustandsvariablen ein gewichteter Mittelwert als Basis für die Berechnung der Wirkungen genommen wurde.[22]

4.2.3. Zusätzliche Parameter

Um die Flexibilität der Simulationen zu erhöhen und Tests und Validierung zu ermöglichen, wurden vom Benützer festzulegende Konstanten definiert, welche vor der Simulation verändert werden können:

- Länge des "langfristigen" Intervalls (normal 12)
- Länge des "mittelfristigen" Intervalls (normal 6)
- Länge des "kurzfristigen" Intervalls (normal 3)
- Stärke der "langfristigen" Wirkungen (normal 1)
- Stärke der "mittelfristigen" Wirkungen (normal 1)
- Stärke der "kurzfristigen" Wirkungen (normal 1)
- Stärke der Selbstregulierung (normal 1)
- Stärke der Regulierung mit persönlicher Anpassung (normal 1)
- Stärke der staatlichen Regulierung (normal 1*)*

4.3. Beispiel

Als Beispiel wird das Szenario "Chemieunfall" aus dem vorliegenden Szenarienkatalog verwendet. Der Benutzer definiert die Wir-

---

[22] Eine "langfristige" Wirkung basiert so zum Beispiel auf dem Durchschnitt aller Werte an den zurückliegenden 12 Zeitpunkten, gewichtet mit 12, 11, 10 .. 1, und normiert.

kung des Szenarios auf das System zum Zeitpunkt 0. In diesem Fall wurden folgende direkte Beeinflussungen angenommen:

Variable	**Stärke der Schädigung**
Bodenqualität	2
Wasserqualität	1
Sicherheit vor Unfall	0.1
Sicherheit vor Krankheit	0.1
Sicherheit vor krimineller Gewalt	0.1
Verfügbarkeit Verkehrs-netz	0.1
Freizeit	0.1

Tabelle 4: Szenario Chemieunfall

Eine Berechnung ergibt die folgende Grafik (aus Darstellungsgründen vereinfacht, andere Zustandsvariable bleiben praktisch unbeeinflusst):

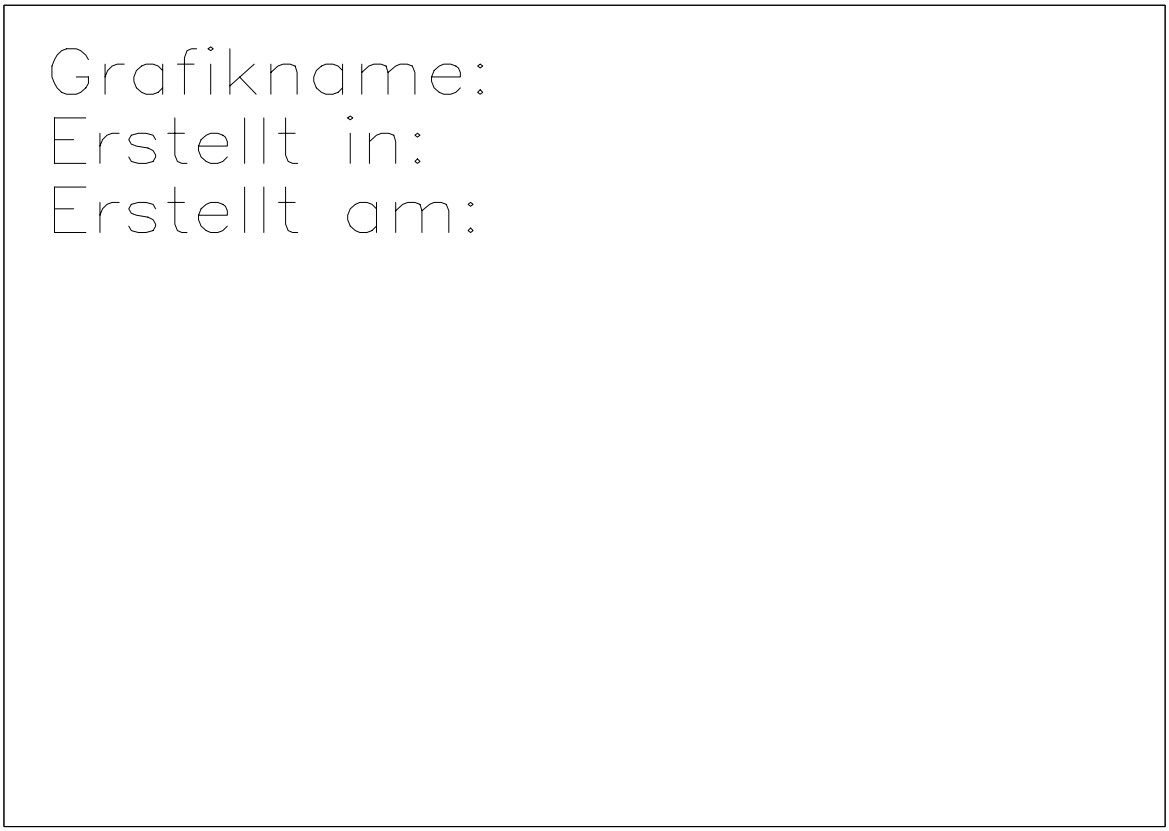

Abbildung 7: Simulation des Szenarios Chemieunfall. Legende: (....) = Sicherheit vor Unfall, (+++) = Sicherheit vor Krankheit, (—) = Luftqualität, (- - -) = Bodenqualität, (-.-.) = Wasserqualität.

Diese Grafik kann wie folgt interpretiert werden:

- Die Wasserqualität erholt sich innert cirka 30 Monaten.
- Die Bodenqualität erholt sich innert cirka 50 Monaten.
- Die Luftqualität, obwohl nicht ursprünglich als beeinträchtigt definiert, sinkt während cirka 25 Monaten ein wenig und erholt sich anschliessend ebenso langsam.
- Die Krankheitsfälle zeigen sich erst nach etwa 10 Monaten, steigen dann während etwa 15 Monaten und fallen dann langsam wieder ab.

4.4. Modellvalidierung

Die Validierung eines Modells kann im allgemeinen auf zwei Arten vorgenommen werden. Falls statistische Daten in genügender Menge verfügbar sind, kann für die Identifikation, aber auch für die Validierung darauf zugegriffen werden. In unserem Fall ist dies aus verschiedenen Gründen problematisch:[23]

- Es existiert nur *eine* reale Zeitreihe; den Wirkungen können keine Ursachen direkt zugeordnet werden.
- Die Daten sind sehr inhomogen erfasst; vierjährliche, jährliche, monatliche und auch unperiodische Erhebungen existieren nebeneinander.
- Für einige Systemvariablen existieren keine Erhebungen.

Die Validierung bei schlechter Datenlage kann – wie schon die Modellidentifikation – durch Expertenbefragung vorgenommen werden. Die Simulationsläufe werden gesichtet und ihre Plausibilität bewertet (wie im obigen Beispiel). Diese Phase wurde noch nicht abgeschlossen.

5. Perspektiven und mögliche Weiterentwicklungen

Es bieten sich verschiedene Stossrichtungen für eine Weiterverfolgung der Thematik an:

---

[23] Bundesamt für Statistik (Hg.): STATINF: Statistische Datenbank der Schweiz, Module, Bern 1994, und Bundesamt für Statistik (Hg.): Katalog der Publikationen zur Bundesstatistik 1995, Bern 1994.

5.1. Verbesserung des Modells von Regel- / Steuereingriffen

Es besteht eine sehr einfache, summarische Darstellung der Regeleingriffe im bestehenden Modell. Eine Verbesserung müsste sich u. a. mit den folgenden Fragen befassen:

- Was sind die eigentlichen Ausgangsvariablen?
- Welche dieser beobachtbaren Ausgangsvariablen lösen Eingriffe aus?
- Wer ist Beobachter?
- Wer ist Akteur (staatliche Organe, Institutionen, Verbände, Medien, Individuen...)?
- Wie wird geregelt (tangierte Zustandsvariablen, zeitlicher Verlauf...)?

5.2. Verbesserung des Zustandsmodells

Es besteht nun eine beträchtliche Anzahl von Systemvariablen. Deren weitere Ergänzung würde sehr rasch ins Unübersichtliche führen. Trotzdem erscheint es prüfenswert, ob Variablen aufgespaltet werden müssen (zum Beispiel in regionale Abteilungen).

Bibliographie

Best, Roger J.. An Experiment in Delphi Estimation in Marketing Decision Making, in: Journal of Marketing Research, November 1974, S. 447 - 452.

Brzezinski, Zbigniev: Speaking Notes for the Symposium of Foreign Ministers and Ministers for Defense of Central and Eastern European States, Wien 1993.

Bundesamt für Statistik (Hg.): STATINF: Statistische Datenbank der Schweiz, Module, Bern 1994

Bundesamt für Statistik (Hg.): Katalog der Publikationen zur Bundesstatistik 1995, Bern 1994.

Bush, George: Report of the President on U.S. Strategy, August 1991.

Dalkey, Norman/Helmer, Olaf: An Experimental application of the Delphi Method to the Use of Experts, in: Management Science, April 1963, S. 458 - 467.

Drucker, Peter: Die postkapitalistische Gesellschaft, Düsseldorf, Wien, New York, 1993.

Drucker, Peter: Neue Realitäten: Wertewandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, 2. Aufl., Düsseldorf, Wien, New York 1990.

Fasslabend, Werner: Österreichische Sicherheitspolitik in Europa, in: Truppendienst, Sonderheft 1/1993.

Henderson, Alan K.: Defining a New World Order, The Fletcher School of Law and Diplomacy, Medford, MA 1991.

Isermann, Rolf: Digitale Regelsysteme, Springer, Berlin 1987

Jervis, Robert: The Future of World Politics: Will It Resemble the Past? in: International Security, Winter 1991/92 (Vol. 16. No. 3), S. 39 - 42.

Kotler, Philip: Marketing-Management: Analyse, Planung und Kontrolle, 4. Aufl., Stuttgart, 1989.

Luhmann, Niklas: Soziale Systeme: Grundriss einer allgemeinen Theorie, 4. Aufl., Frankfurt/Main 1993.

Malik, Fredmund: Strategie des Managements komplexer Systeme: Ein Beitrag zur Management-Kybernetik evolutionärer Systeme, 3. Aufl. Bern, Stuttgart 1989 .

Maslow, A. M.: A Theory of Human Motivation, in: Psychological Review 1943, S. 370 - 396.

Meffert, Herbert: Marketing: Einführung in die Absatzpolitik, 6. Aufl., Wiesbaden 1985.

Nerlich, Uwe: Stabilität und Gleichgewicht als Kategorie, Rahmenbedingung, Zielsetzung und Planungsgrundlage, in: Heydrich, Wolfgang et al. (Hg.): Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden 1992, S. 229 - 238.

Rossbach, Stefan. Strukturwandel und Stabilität, in: Heydrich, Wolfgang et al. (Hg.): Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden 1992, S. 239 - 251.

Smutek-Riemer, Andrea: Diskontinuitäten: Neue alte Facetten in globalen Systemen: Das System "Welt" im globalen Umbruch, in: Österr. Militär. Zeitschrift, Heft 4/1994, S. 367 - 374.

Vetschera, Heinz/Smutek-Riemer, Andrea: Signale zur Früherkennung von krisenhaften Entwicklungen am Beispiel der Entwicklung zur Jugoslawienkrise, in: Heydrich, W. et al (Hg.) Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden 1992.

Von Hayek, Friedrich: Die Theorie komplexer Phänomene, Walter Eucken-Institut, Vorträge und Aufsätze, Bd. 36, Tübingen 1972.

Von Ranke, Leopold: Die grossen Mächte. Politische Gespräche, Göttingen 1958.

Willke, Helmut: Systemtheorie, 3. Aufl., Stuttgart, New York 1991.

Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.): Bericht zum Stand des Projektes "Umfassende Risikoanalyse Schweiz", S. 1, Bern 6.6.1994.

Zentralstelle für Gesamtverteidigung (Hg.): RiA-Bericht Nr. 1/94 der Arbeitsgruppe Risikoanalyse, ZGV, Stand Mai 1995.

Kurzangaben über die Autoren

Christoph Breitenmoser, cand. phil. I, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.

Thomas Köppel, lic. phil. I, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.

Prof. Dr. **Kurt R. Spillmann** ist Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.

Dr. **Andrea Smutek-Riemer** ist Sozialhistorikerin und arbeitet an der Erkennung und Erklärung von krisenhaften Phänomenen in sozialen Systemen.

Fritz Stäger, dipl. chem. ing. ETH, ist Assistent am Labor für Technische Chemie der ETH Zürich und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.

Dr. **Andreas Wenger** ist stellvertretender Leiter der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich.

Chronologie

Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik von Dezember 1994 bis November 1995

zusammengestellt von Christoph Breitenmoser und Claude Nicolet unter Mitarbeit von Martin Arnet

2. Dezember 1994

Vor rund 2'000 hohen Offizieren und Gästen verabschiedet EMD-Chef Kaspar Villiger anlässlich des "grössten Rapports in der Geschichte der Schweizer Armee" in der Stadthalle Olten die aufgelösten grossen Verbände der Armee 61 und gibt den *Startschuss zur verkleinerten Armee 95*.

4. Dezember

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen *Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht* mit 72,8 (1'433'162) zu 27,2 Prozent (534'588 Stimmen) gut.

5. Dezember

Anlässlich des zweitägigen Budapester Gipfeltreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wird die Schweiz in die Führungstroika (mit Italien und Ungarn) gewählt. Sie wird 1996 den Vorsitz übernehmen. Ab 1. Januar 1995 nennt sich die KSZE neu *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (*OSZE*).

5. Dezember

In Bern tritt erstmals die von vorab jungen rechtsbürgerlichen Europa-Gegnern getragene *"Junge Vereinigung Zukunft Schweiz" (JZS)* an die Öffentlichkeit. Sie versteht sich als Gegenbewegung zum europabefürwortenden Komitee "Geboren am 7. Dezember 1992".

6. Dezember

Die Bundesanwaltschaft durchsucht die Redaktionsräumlichkeiten der "SonntagsZeitung". Das Blatt hat in seiner Ausgabe vom 4. Dezember 1994 aus *geheimen Akten betreffend die Islamische Heilsfront (FIS)* von algerischen Waffen-, Munitions- und Spreng-

stoffeinkäufen in der Schweiz berichtet. Bundesanwältin Carla Del Ponte eröffnet gegen zwei Journalisten und den Chef des Rechtsdienstes der TA-Medien AG ein Strafverfahren wegen Begünstigung und Veröffentlichung amtlicher, geheimer Verhandlungen.

12. Dezember

Ein Genfer Kantonspolizist wird unter dem Verdacht des politischen Nachrichtendienstes und der Amtsgeheimnisverletzung verhaftet. Er soll den algerischen Behörden geheime Unterlagen über die Aktivitäten der militanten *Fundamentalisten-Organisation FIS* in der Schweiz zugeleitet haben. Sein algerischer Mittelsmann wird ebenfalls festgenommen.

12. Dezember

In Brüssel werden die bilateralen *sektoriellen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU)* offiziell eröffnet. Folgende sieben Dossiers stehen zur Diskussion: Forschung, öffentliches Auftragswesen, Personenverkehr, Technische Handelshemmnisse, Landwirtschaft sowie Strassen- und Luftverkehr.

14. Dezember

Im Mordfall des iranischen Oppositionspolitikers *Kazem Radjavi* heisst der französische Staatsrat als oberstes Verwaltungsgericht des Landes die Klage der Schweiz gegen die von der französischen Regierung verweigerte Auslieferung der beiden mutmasslichen Täter gut.

16. Dezember

Erstmals erhalten an der ETH Zürich 22 Absolventen der *Militärischen Führungsschule (MFS)* nach dreijährigem Lehrgang ein eidgenössisches Diplom als Instruktionsoffizier der Schweizer Armee ausgehändigt.

21. Dezember

Der Bundesrat hebt das *Kriegsmaterialembargo gegen Südafrika* nach 31 Jahren auf. Er begründet den Entscheid mit der Demokratisierung in Südafrika. Ebenfalls wird das Waffenexportverbot gegen Simbabwe fallengelassen.

22. Dezember

Für *friedenserhaltende Massnahmen* wird die Schweiz im kommenden Jahr 29,6 Millionen Franken einsetzen. Die Anstrengungen sollen sich auf Europa, den Nahen Osten und Südafrika konzentrieren. Der Betrag ist primär dazu bestimmt, Aktionen im Rahmen der Uno und der OSZE zu unterstützen.

3. Januar 1995

Die Zahl der *Asylgesuche* ist um 34,8 Prozent zurückgegangen. Wie das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) bekanntgibt, gingen im vergangenen Jahr 16'134 Gesuche ein; die geringste Zahl seit 1987. Von den 25'121 insgesamt behandelten Anträgen wurden 2'937 (11,7 Prozent) gutgeheissen. Am meisten Asylgesuche stammten aus Rest-Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina.

6. Januar

In Luzern wird das "*Sicherheitspolitische Forum Zentralschweiz"* gegründet. Sein Zweck ist, eine "glaubwürdige Sicherheitspolitik" in der Bevölkerung zu verankern. Präsident der neuen Institution wird der Luzerner CVP-Nationalrat Josef Leu.

19. Januar

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz präsentiert in Bern die Expertise *"Die Landesverteidigung der Schweiz: ein praktisches Modell für die Zukunft"* des deutschen Autors *Lutz Unterseher*. Darin wird - ausgerichtet auf die Initiative "für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik" - eine Armee skizziert, die nur halb soviel kosten soll wie die Armee 95. Im Vordergrund steht eine einschneidende personelle Reduktion auf einen Sollbestand von 150'000 Armeeangehörigen.

23. Januar

Experten aus über 180 Staaten und von rund 50 intergouvernementalen und nichtstaatlichen Organisationen kommen auf Einladung der Schweiz zu einem fünftägigen Treffen in Genf zusammen, um Massnahmen zur besseren Beachtung des *humanitären Völkerrechts* zu prüfen.

23. Januar

Die Zahl der verurteilten *Dienstverweigerer* sank 1994 mit 239 auf den tiefsten Stand seit 1970. Erstmals betrug der Anteil der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen mehr als zwei Drittel, wie das EMD mitteilt.

23. Januar

Wie die Oberzolldirektion meldet, führte die Schweiz 1994 Rüstungsgüter im Wert von 221 Millionen Franken aus. Gemessen an den gesamten Exporten machte die *Kriegsmaterialausfuhr* 0,23 Prozent aus. Dies bedeutet den tiefsten je registrierten Wert. Saudi-Arabien war der grösste Erstabnehmer.

25. Januar

Mit 85 zu 68 Stimmen lehnt das nationalrätliche Plenum einen Minderheitsantrag der Finanzkommission ab, die *Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV)* bis Ende 1996 aufzuheben.

27. Januar

Eine griffigere Gesetzgebung im Kampf gegen Drogenkriminalität und organisiertes Verbrechen sowie eine Beruhigung der öffentlichen Diskussion sind für den Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, Bundesrat Arnold Koller, die Hauptergebnisse des Aktionsprogrammes *"Innere Sicherheit 1994",* wie er anlässlich einer Pressekonferenz in Bern bekanntgibt.

30. Januar

Laut einer Mitteilung der Bundeskanzlei lehnt der Bundesrat die Lieferung von 48 *Pilatus PC-9-Flugzeugen* mit Flügel-Aufhängepunkten an die mexikanische Luftwaffe ab. Die Ausfuhr dieser Flugzeuge könne gegenwärtig nicht verantwortet werden. Die zwischen 1979 und 1992 nach Mexiko gelieferten 88 Flugzeuge vom Typ PC-7 sollen vor einem Jahr zur Bekämpfung von aufständischen Indianern im Bundesstaat Chiapas eingesetzt worden sein.

30. Januar

Der Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV), Hansheiri Dahinden, berichtet anlässlich des Jahresrapports der oberen Zivilschutzkader der Stadt Bern über erste Resultate der

verwaltungsinternen Studie *"Risikoanalyse Schweiz"*. Darin werden über 200 Risiken aufgelistet, welche der Schweiz drohen könnten. Aufgrund einer vorläufigen Gewichtung des Risikopotentials (Multiplikation der Eintretenshäufigkeit mit dem mutmasslichen Schaden) wurden das Szenario eines Nuklearschlages in Europa und der Verlust des nationalen Zusammenhaltes in der Schweiz als grösste Risiken ermittelt.

30. Januar

Die Verletzung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sind das Arbeitsgebiet der aus 53 Staaten zusammengesetzten *Uno-Menschenrechtskommission*, die in Genf während der nächsten sechs Wochen ihre diesjährigen Beratungen zusammen mit Beobachtern aus 90 Staaten und 160 privaten Organisationen durchführt.

1. Februar

Acht *Wahlbeobachter* reisen nach Kirgistan, wo sie auf Einladung der dortigen Regierung im Rahmen einer OSZE-Mission den Verlauf der Parlamentswahlen vom 5. Februar verfolgen werden.

3. Februar

Die eidgenössischen Räte verabschieden in den Schlussabstimmungen ihrer Sondersession mit grossem Mehr das neue Militärgesetz und die *neue Armeeorganisation (Armee 95).*

3. Februar

Der ehemalige Bundesrat *René Felber* legt sein *Mandat als Uno-Sonderberichterstatter für Israel und die palästinensischen Gebiete* nieder. An der Pressekonferenz in Genf meint er, nur ein Vorantreiben des Friedensprozesses, nicht aber das Verfassen von Berichten, könne zu einer Verbesserung der Lage führen.

10. Februar

Als dritter neutraler Staat nach Finnland und Schweden und als 25. Teilnehmer insgesamt tritt *Österreich* in Brüssel offiziell der Nato-*Partnerschaft für den Frieden* bei. Das im einzelnen noch auszuformulierende Zusammenarbeitsprogramm ist vorerst auf die Themenbereiche friedenserhaltende Massnahmen, Katastrophen-

einsätze und humanitäre Hilfsaktionen beschränkt. Ausdrücklich ausgeschlossen wird eine Teilnahme an militärischen Manövern der Nato.

13. Februar

Die zu einem internationalen Medienspektakel heraufstilisierte *Räumung der offenen Drogenszene* am Zürcher Letten verläuft ohne Widerstand.

13. Februar

Das *Schweizerische Katastrophenhilfekorps (SKH)* leistete 1994 eine Rekordzahl an Einsätzen: 265 Korpsangehörige waren in 42 Ländern für gesamthaft 22'800 Einsatztage engagiert. Schwerpunkte bildeten Ruanda und Ex-Jugoslawien. Durch eine spezielle "Task Force Flüchtlinge" will das SKH beim Entstehen von Flüchtlingsströmen seine Hilfe rascher und gezielter einsetzen, wie an der Jahrespressekonferenz in Bern verlautete.

15. Februar

In seiner Botschaft beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten, die *Volksinitiative "für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr"* Volk und Ständen mit der Empfehlung auf Ablehnung zu unterbreiten. Gleichzeitig legt er dem Parlament im Sinne eines indirekten Gegenvorschlages den Entwurf zu einer *Totalrevision des Kriegsmaterialgesetzes (KMG)* vor.

17. Februar

In Bern beginnt die erste Session des Ständigen *Tribunals der Völker zu Ex-Jugoslawien*. Während vier Tagen werden Fachleute und Betroffene den Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen auf den Grund gehen. Das Tribunal ist als private Institution kein Strafgericht, es versteht sich als "Meinungsgericht".

18. Februar

Auf Einladung des Eidgenössischen Departements des Innern findet im Bundeshaus in Bern zum ersten Mal seit 1991 eine *nationale Drogenkonferenz* statt. Rund 180 Personen aus Behörden und Interessengruppen nehmen am Meinungsaustausch teil.

20. Februar

Fünf *Europa-Organisationen* ("Geboren am 7. Dezember 1992", Europäische Bewegung Schweiz - Europa-Union, Renaissance Suisse Europe, Junge Europäische Föderalisten und Aktion Europa-Dialog) lancieren ihre Volksinitiative "Ja zu Europa", die verlangt, dass sich die Schweiz am europäischen Integrationsprozess beteiligt und sofort mit der EU Beitrittsverhandlungen aufnimmt. Das bereits früher eingereichte Begehren "für unsere Zukunft im Herzen Europas", das den EWR-Beitritt fordert, wird nach Aussagen der Initianten von "Geboren am 7. Dezember 1992" nicht zurückgezogen.

22. Februar

Der Bundesrat verabschiedet das neue *Güterkontrollgesetz*. Dieses ermächtigt die Regierung zu Exportkontrollen von Gütern, die zivil und militärisch verwendbar sind (Dual-Use-Güter) und zur verdeckten Entwicklung von Massenvernichtungswaffen missbraucht werden können. Neben der Bewilligungspflicht sieht das Gesetz auch eine Endverwendungskontrolle vor.

22. Februar

Unter der Leitung des Schweizer Diplomaten Lorenzo Amberg führt eine fünfköpfige internationale *Expertenmission* im Auftrag der OSZE Sondierungen zur Menschenrechtslage im Kriegsgebiet *Tschetschenien* durch und klärt Möglichkeiten der humanitären Hilfe für die Bevölkerung ab.

27. Februar

Bei der Präsentation ihres Jahresberichtes äussern Vertreter des Internationalen Suchtstoffkontrollrates (INCB) in Wien Bedenken gegenüber dem Versuch der *kontrollierten Heroinabgabe* in der Schweiz.

8. März

Vor dem Hintergrund des Krieges in Tschetschenien nimmt der Nationalrat eine zusätzliche Bestimmung in die gesetzliche Grundlage für die Zusammenarbeit mit Osteuropa auf: Der Bundesrat wird befugt, im Falle von gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen von Minderheiten die *Osthilfe* teilweise

oder ganz zu unterbrechen. Der Ständerat folgt mit gleichlautendem Beschluss am 13. März.

15. März

Der Nationalrat behandelt als Erstrat das *Zivildienstgesetz*. Er beschliesst mit 87 zu 57 Stimmen, dass der Zivildienst 1,5mal so lange wie der nicht geleistete Militärdienst dauern soll.

15. März

Die Schweiz ratifiziert als 27. Vertragspartner das *Chemiewaffenübereinkommen* aus dem Jahre 1993. Dieses besagt, dass Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Einsatz chemischer Waffen verboten werden.

16. März

Der Ständerat erklärt die von den Schweizer Demokraten lancierte *Initiative "für eine vernünftige Asylpolitik"* mit 32 zu 2 Stimmen für ungültig, da sie grundlegendes Völkerrecht verletze.

18. März

Nach der Räumung eines illegalen Kurdenlokals kommt es in Basel zu Krawallen, bei denen die Polizei mit Tränengas gegen rund 200 Leute aus dem Umkreis der *Kurdischen Arbeiterpartei (PKK)* vorgeht.

20. März

Bundesrat Flavio Cotti nimmt als Vertreter der OSZE an der von der Europäischen Union organisierten zweitägigen *Schlusskonferenz des Stabilitätspaktes* in Paris teil. Die Vertreter der 52 OSZE-Staaten nehmen eine Grundsatzerklärung an, in der Garantien für nationale Minderheiten und bestehende Grenzen abgegeben werden.

21. März

Der Nationalrat beschliesst mit 84 zu 64 Stimmen, dass Volksinitiativen keine *Rückwirkungsklauseln* mehr enthalten dürfen. Anlass ist unter anderem die Initiative "für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik" der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS).

22. März

Die kleine Kammer erklärt die *Initiative* der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) *"für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik"* mit 37 zu 7 Stimmen für ungültig, weil das Volksbegehren die von der Verfassung gebotene Einheit der Materie verletze.

23. März

Bundespräsident Kaspar Villiger und Rüstungschef Toni Wicki informieren in Bern, dass das Eidgenössische Militärdepartement im Zeitraum von 1996 bis zum Jahr 2000 rund 3'300 Stellen oder 23 Prozent des *EMD-Personalbestandes* streichen wird.

26. März

Für die sieben EU-Mitgliedstaaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien tritt das *Schengener Abkommen* in Kraft. Dieses sieht die völlige Abschaffung der Grenzkontrollen an den Innengrenzen der EU vor.

27. März

Gemäss der diesjährigen Studie "Sophia" des Lausanner Marktforschungsinstituts M.I.S. und des Westschweizer Medienkonzerns Edipresse beurteilen Führungskräfte der Schweiz die *politischen Institutionen* in ihren Grundsätzen positiv. Sie sind jedoch der Ansicht, dass die Funktion der Institutionen zurzeit beeinträchtigt und das System deshalb reformbedürftig ist.

29. März

Der Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, Ernst Mühlemann, fordert, dass die Schweiz der *türkischen Offensive gegen die Kurden* im Rahmen der OSZE und des Europarates entgegenwirke.

29. März

Der Bundesrat beschliesst, die *Bewachung von ausländischen Botschaften* in der Schweiz vermehrt neuen Bedrohungslagen anzupassen, da das Risiko von Übergriffen grösser geworden sei. Die Massnahme ist in erster Linie eine Reaktion auf die vermehrten Anschläge auf die türkische Botschaft in Bern und das türkische

Konsulat in Zürich. Die ersten rund 15 Festungswächter beginnen ihren Einsatz bereits am 5. April.

31. März

Die *Kriminalstatistik* für das Jahr 1994 wird veröffentlicht: Mit insgesamt 317'658 angezeigten Delikten ist die Zahl der Straftaten weiter rückläufig.

10. April

Eine Analyse des Eidgenössischen Militärdepartementes kritisiert die *SPS-Studie* des deutschen Soziologen *Lutz Unterseher* als "oberflächlich, bruchstückhaft und widersprüchlich." Die Studie soll aufzeigen, wie die Militärausgaben der Schweiz im Sinne der entsprechenden SPS-Initiative ohne Kampfkraftverlust halbiert werden könnten.

18. April

Das Bundesamt für Polizeiwesen stationiert den ersten von zehn geplanten *Polizeiverbindungsbeamten im Ausland*: Ein Spezialist für Geldwäscherei und Drogenhandel wird nach Washington geschickt, um von dort aus die schweizerischen Strafverfolgungsbehörden zu unterstützen. Mit persönlichen Beziehungen und schnellerer Informationsbeschaffung bei den ausländischen Behörden soll das organisierte Verbrechen besser bekämpft werden.

18. April

In Winterthur findet erstmals ein *Uno-Militärbeobachterkurs* unter schweizerischem Kommando statt. 42 Berufs- und Milizoffiziere aus zehn Nationen, darunter auch 17 Schweizer, nehmen an diesem dreiwöchigen Lehrgang für angehende "Blaumützen" teil.

20. April

Bundespräsident Kaspar Villiger weilt für einen zweitägigen *Freundschaftsbesuch in Wien*. Damit stattet erstmals ein Schweizer Bundespräsident Österreich einen offiziellen Besuch ab. Als Gesprächsthemen werden vor allem internationale Probleme erörtert.

21. April

Die *FDP* bezeichnet an ihrer Delegiertenversammlung in Interlaken überraschend einen *EU-Beitritt der Schweiz* als "langfristiges Ziel". Die Entscheidung erfolgt auf Druck der Parteibasis, während Parteileitung und Fraktion eine weniger verbindliche Formulierung vorgeschlagen hatten.

23. - 28. April

Bundesrat Flavio Cotti besucht zusammen mit Vertretern von Schweizer Firmen die *Volksrepublik China*. Bei den Gesprächen mit Kabinettsmitgliedern in Peking stehen Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Vordergrund. Die Menschenrechte werden nicht erwähnt.

7. Mai

Zum 50. Jahrestag des Kriegsendes äussert sich Bundespräsident Kaspar Villiger an der Gedenkfeier der Vereinigten Bundesversammlung zur *Politik des Bundesrates gegenüber den verfolgten Juden* während des Zweiten Weltkrieges. Mit der Einführung des Judenstempels habe die Schweiz 1938 im allzu eng verstandenen Landesinteresse eine falsche Wahl getroffen. Villiger wörtlich: "Der Bundesrat bedauert das zutiefst, und er entschuldigt sich dafür, im Wissen darum, dass solches Versagen letztlich unentschuldbar ist."

8. Mai

Zwei Schweizer *Mitarbeiter der Kulturbrücke Schweiz-Sarajevo*, werden freigelassen, nachdem sie wegen "unerlaubtem Betreten von fremdem Territorium" von serbischen Sicherheitskräften verhaftet und während 34 Tagen festgehalten worden waren. Nach ihrer Freilassung werfen sie Uno-Mitarbeitern vor, diese hätten sich von Serben bestechen lassen und sie ihnen ausgeliefert. Diese Vorwürfe werden von der Uno bestritten.

10. Mai

Eine schweizerische Delegation nimmt an der dreiwöchigen New Yorker Konferenz über die Überprüfung und Verlängerung des Vertrages über die *Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen* teil. Sie plädiert am 20. April für eine unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages (NPT), was am 10. Mai auch beschlossen wird. Die schweizerische Delegation zeigt sich nach der Konferenz

"befriedigt, aber nicht begeistert": Die Beschlüsse enthielten keine wesentlichen Neuerungen und auferlegten den offiziellen Kernwaffenstaaten keine verbindlichen Abrüstungspflichten.

13. Mai

Der Schweizer Chef der *OSZE-Langzeitmission in der Ukraine*, Andreas Kohlschütter, und der Hochkommissar für nationale Minderheiten der OSZE, Max van der Stoel, leiten in Locarno Gespräche zwischen Parlamentsvertretern und hohen Beamten aus der Ukraine und der Krim. Dabei wird nach Lösungsansätzen im Streit um den Status der mehrheitlich von Russen bewohnten und nach Autonomie strebenden Halbinsel Krim gesucht.

18. Mai

Der von den USA und Russland präsidierte *Lenkungsausschuss für multilaterale Nahostverhandlungen* erteilt der Schweiz auf deren eigenen Vorschlag hin den Auftrag, mit den Präsidenten der Arbeitsgruppen über Umwelt, Wasser, Flüchtlinge, Rüstungskontrolle und Wirtschaftsentwicklung zusammenzuarbeiten, und die beiden Kopräsidenten des Lenkungsausschusses in Menschenrechtsfragen zu beraten.

29. Mai

Der neu eingerichtete *Vergleichs- und Schiedsgerichtshof der OSZE* nimmt seine Arbeit in Genf auf. Er wird vom Franzosen Robert Badinter und vom ehemaligen deutschen Aussenminister Hans-Dietrich Genscher präsidiert.

30. Mai

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates lässt verlauten, dass sie eine schweizerische Beteiligung bei der *"Partnerschaft für den Frieden"* nicht für dringlich halte. Damit widerspricht sie den Präsidenten der Sicherheitspolitischen Kommissionen beider Räte, Nationalrat Anton Keller und Ständerat Oswald Ziegler, die sich anlässlich ihres zweitägigen Besuchs in der Nato-Zentrale in Brüssel Ende Februar für eine entsprechende Beteiligung ausgesprochen hatten.

7. Juni

Bundespräsident Kaspar Villiger hält als erster Bundespräsident eine Rede mit eingehender *Lagebeurteilung der Nation* im Ständerat. Er spricht sich darin "gegen professionell gehätschelten Pessimismus", für den "EU-Beitritt als strategisches Ziel" und für eine gleichzeitige "Stärkung der Wohlfahrt und Wettbewerbsfähigkeit" der Schweiz aus.

12. Juni

Der Rat für Gesamtverteidigung legt dem Bundesrat einen Bericht vor, wonach ein Beitritt der Schweiz zur *Partnerschaft für den Frieden* im Interesse unseres Landes liege.

13. Juni

Der Ständerat spricht sich als Erstrat mit 30 zu 2 Stimmen gegen die *Volksinitiative "S. o. S. - Schweiz ohne Schnüffelstaat"* aus. Das neue Staatsschutzgesetz wird hingegen mit 21 zu 1 Stimmen zur Annahme empfohlen.

20. Juni

Als Zweitrat kommt auch der Nationalrat mit 100 zu 77 Stimmen zum Schluss, dass die *Halbierungsinitiative* der Sozialdemokratischen Partei "für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik" für ungültig erklärt werden müsse, weil sie den Grundsatz der Einheit der Materie nicht erfülle. Nach einer entsprechenden Empfehlung der staatspolitischen Kommission kam bereits im Mai auch die sicherheitspolitische Kommission zu derselben Schlussfolgerung. Damit kommt die Initiative definitiv nicht vor das Volk.

21. Juni

Zwei Monate nach dem Nationalrat verabschiedet auch der Ständerat mit 31 zu 5 Stimmen das *Zivildienstgesetz*. Als letztes westeuropäisches Land erhält die Schweiz einen gesetzlich verankerten Zivildienst.

21. Juni

Bei der Debatte um die *Regierungsreform* stimmt der Nationalrat im zweiten Anlauf mit 99 zu 55 Stimmen der Einführung von bis zu zehn Staatssekretären zur Entlastung des Bundesrates zu. Nur

jene Staatssekretäre, die den Bundesrat vor der Bundesversammlung vertreten, sollen der parlamentarischen Bestätigung bedürfen. Politisch rechtsstehende Kreise drohen mit dem Referendum.

22. Juni

An der Genfer Abrüstungskonferenz spricht sich der Vertreter der Schweiz im Namen des Bundesrates gegen *Frankreichs* geplante *Wiederaufnahme der Nukleartests* im Pazifik aus.

22. Juni

Die EMD-Geschäftsleitung nimmt eine *"Blaumützen-Studie"* des Generalstabschefs zur Kenntnis, die nach dem Blauhelm-Nein und im Hinblick auf die Schweizer OSZE-Präsidentschaft von Generalstabschef Arthur Lienert in Auftrag gegeben worden war. Darin wird vorgeschlagen, dass künftig bei Blaumützeneinsätzen neben den bewährten Sanitätstruppen auch Genie- und Transporttruppen zum Einsatz kommen sollen.

23. Juni

Das geistliche und weltliche Oberhaupt der Tibeter, der *Dalai Lama*, wird von Bundesrat Flavio Cotti trotz chinesischen diplomatischen Widerstands zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen.

26. Juni

Bundespräsident Kaspar Villiger und Justizminister Arnold Koller stellen den Entwurf zur *Totalrevision der Bundesverfassung* vor. Die nun eingeleitete Volksdiskussion soll bis Februar 1996 abgeschlossen werden. Damit sollte eine Volksabstimmung 1998 möglich sein.

27. Juni

Die Schweizer Armee und die Deutsche Bundesarmee führen erstmals eine gemeinsame Katastrophenhilfe-Übung durch. Insgesamt rund 600 Truppenangehörige beteiligen sich an einem Brükkenschlag über den Rhein im Raum Zurzach - Rheinheim. Die Übung steht vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung der Existenzsicherung, wie sie im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik und im Armeeleitbild 95 dargestellt wird.

30. Juni

Uno-Generalsekretär *Boutros Boutros-Ghali* weilt zu einem offiziellen Besuch in Bern. Bundespräsident Kaspar Villiger betont bei einer gemeinsamen Pressekonferenz, der Bundesrat halte einen Uno-Beitritt der Schweiz zwar für wünschenswert, im Augenblick habe dieser aber keine Priorität, da die Europapolitik im Vordergrund stehe.

1. Juli

Die Schweiz tritt der neuen *Welthandelsorganisation WTO* bei, nachdem ein Referendum nicht zustande gekommen war und die Gegner beim Bundesgericht abgeblitzt sind.

5. Juli

In Genf findet der offizielle Gedenkanlass zur *Gründung der Uno vor fünfzig Jahren* statt. Dabei bekräftigt die Schweiz ihr Engagement für friedensfördernde Massnahmen.

5. - 7. Juli

An einer *internationalen Konferenz über Minenräumung* in Genf wird unter anderem über ein totales Verbot von Minen diskutiert. 26 Länder - darunter die Schweiz - haben vorläufig zwar den Export, jedoch vielfach nicht die Produktion von Landminen gestoppt.

28. Juli

Die Parlamentarische OSZE-Gruppe fordert den Bundesrat in einem Brief auf, angesichts der Menschenrechtsverletzungen im Bosnienkrieg unverzüglich die Initiative zu einer dringlichen *ausserordentlichen OSZE-Konferenz* zu ergreifen. Bundesrat Flavio Cotti antwortet, er habe das EDA bereits beauftragt, abzuklären, wie die OSZE aktiv werden könne. Die notwendige Unterstützung der Schweizer Initiative von anderen Staaten sei im Moment jedoch sehr gering.

28. Juli

Der Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft und ehemalige Chef des Bundesamtes für Flüchtlinge, Peter Arbenz, richtet ein *Protestschreiben an den Militärführer der bosnischen Serben*, General Ratko Mladic. Darin verurteilt er die Verletzungen

der Menschenrechte durch Mladics Armee sowie die Missachtung der Regeln des humanitären Völkerrechts und des Kriegsrechts.

3. August

Der Bundesrat gibt bekannt, dass er Adolf Lacher, ausserordentlicher und bevollmächtigter *Botschafter* der Schweiz in der Republik Österreich, in der gleichen Eigenschaft ebenfalls *in der Republik Bosnien-Herzegowina*, mit Sitz in Wien, ernannt hat.

14. August

Die Schweiz stellt der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Ruanda (Unamir) drei *Zivilpolizeibeobachter* zur Verfügung. Die drei Polizisten werden während sechs Monaten im Einsatz stehen.

15. August

Der "Arbeitskreis Schweiz - Europa", welcher rund hundert eidgenössische Parlamentarier und Vertreter der Wirtschaft umfasst, empfiehlt, den Souverän über eine *zeitlich befristete EWR-Mitgliedschaft* von fünf Jahren entscheiden zu lassen. Nach Ablauf dieser Frist könnte sich das Volk ein zweites Mal, und dann definitiv, zur Option EWR äussern.

17. August

Ein Bündnis von über dreissig friedens- und entwicklungspolitisch engagierten Organisationen, darunter die Sozialdemokratische Partei der Schweiz, beschliessen, zwei *Volksinitiativen* zu lancieren. Ab Ende September sollen Unterschriften "*für weniger Gesamtverteidigungsausgaben*, mehr Frieden und mehr zukunftsgerichtete Arbeitsplätze" sowie "für mehr Rechte für das Volk dank dem *Referendum mit Gegenvorschlag*" gesammelt werden. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei verabschiedet am 26. August die zwei Initiativtexte.

23. August

Der Bundesrat setzt neu eine *Eidgenössische Kommission gegen Rassismus* ein. Das Gremium soll sein Augenmerk vor allem auf die Prävention legen und auch bei Konflikten unter Privaten vermitteln.

28. August

Ein überparteiliches Komitee reicht bei der Bundeskanzlei die *Volksinitiative für eine Regelung der Zuwanderung* ein. Hauptforderung ist die Begrenzung des Ausländeranteils an der Wohnbevölkerung auf 18 Prozent. Unterstützende Parteien sind die Schweizer Demokraten, die Eidgenössisch-Demokratische Union und die Freiheits-Partei. Die Unterschriften stammen zu mehr als 90 Prozent aus der Deutschschweiz.

4. September

Der *Bericht Katastrophen- und Nothilfe in der Schweiz (Katanos)* des Bundesamtes für Zivilschutz teilt Naturkatastrophen, die rund 60 Prozent des Katastrophenrisikos ausmachen, den grössten Stellenwert von Katastrophen und Notlagen in der Schweiz zu. Sie werden von gesellschaftlichen Notlagen und technischen Katastrophen gefolgt. Bei den einzelnen Gefahren stehen Erdbeben mit einem Anteil von 30 Prozent Gesamtrisiko an der Spitze, gefolgt von Epidemien und Hochwasser.

5. September

Die erste Kernexplosion der neuen *Atomtestreihe Frankreichs auf dem Mururoa-Atoll* löst auch in der Schweiz eine Protestwelle und verschiedene Kundgebungen aus. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) teilt mit, Bundesrat Flavio Cotti habe die Schweizerische Botschaft in Paris beauftragt, im französischen Aussenministerium die negative Haltung der Schweiz in dieser Frage zu bekräftigen.

6. September

Der *deutsche Bundespräsident Roman Herzog* trifft zu einem *dreitägigen Staatsbesuch* in Bern ein. Er äussert seinen Respekt für die Skepsis der Schweizer gegenüber Europa, verhehlt aber nicht, dass er die Schweiz mit ihren demokratischen und multikulturellen Erfahrungen gerne in der Europäischen Union sähe. Er versichert zudem, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Identität nicht verlieren würden.

7. September

An der vom 4. bis zum 15. September dauernden vierten *Uno-Weltfrauenkonferenz in Peking* hält Bundesrätin Ruth Dreifuss als Lei-

terin der Schweizer Delegation eine Rede. Darin verurteilt sie die Gewalt in allen Formen als ein Haupthindernis für die Gleichstellung von Frau und Mann und fordert bessere Arbeitsbedingungen für Nicht-Regierungsorganisationen.

13. September

Anlässlich eines Besuches des Präsidenten der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates Ernst Mühlemann und acht weiteren Parlamentariern in Brüssel lässt die EU in einem veröffentlichten Communiqué verlauten, dass das Schweizer Angebot im Bereich des *freien Personenverkehrs* "absolut unzureichend" sei. Der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Mario Monti teilt der Delegation mit, dass ein Erfolg der bilateralen Verhandlungen klar von einer Öffnung der Schweizer Grenzen für die EU-Bürger abhänge.

15. September

Bundesrat Arnold Koller zieht betreffend dem am 1. Februar in Kraft getretenen neuen *Ausländerrecht* eine positive *Zwischenbilanz*: In den ersten sechs Monaten ist das neue Ausländerrecht in 3'514 Fällen angewendet worden. Zwei Drittel aller Zwangsmassnahmen hat die Zürcher Fremdenpolizei angeordnet.

18. September

Wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mitteilt, hat der Bundesrat beschlossen, in *Sarajevo* eine *ständige Vertretung* mit einem Geschäftsträger ad interim zu eröffnen. Es handelt sich dabei um Christian Hauswirth, dem zu diesem Zeitpunkt ständigen Geschäftsträger in Tirana (Albanien). Er wird seine Tätigkeit in der Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas im Oktober aufnehmen. Adolf Lacher bleibt Botschafter für Bosnien-Herzegowina mit Sitz in Wien.

22. September

Als erster *ungarischer* Regierungschef stattet *Ministerpräsident Gyula Horn* der Schweiz einen offiziellen Besuch ab. Bei seinem Treffen mit Bundespräsident Kaspar Villiger und den Bundesräten Jean-Pascal Delamuraz und Flavio Cotti werden Fragen der Sicherheit und der Wirtschaft besprochen. Ferner wird das Thema der ungarischen Erfahrungen mit dem OSZE-Präsidium erörtert.

23. September

In *Zürich* nehmen Tausende von Demonstranten an zwei *Europa-Kundgebungen* teil: Am Morgen ruft SVP-Nationalrat und Chef der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) Christoph Blocher auf dem Münsterhof gegen einen Anschluss des Landes an Europa auf, während am Nachmittag Bundesrat Otto Stich und weitere Referenten anlässlich einer von der SP der Stadt Zürich organisierten Gegendemonstration ein Bekenntnis zu einer offenen und toleranten Schweiz auf dem Platzspitz ablegen. Während und nach den Kundgebungen kommt es in der Innenstadt zu *Strassenschlachten* zwischen Autonomen aus der linken Szene, Rechtsextremen und der Polizei. Am Wahlkongress der Christlich-demokratischen Volkspartei (CVP) schiebt deren Präsident Anton Cottier dem SVP-Nationalrat Christoph Blocher die *Verantwortung für die Gewalt* zu.

25. September

Die *"Schweizerische Kampagne gegen Personenminen"* übergibt der Bundeskanzlei in Bern eine von 40 Schweizer Hilfswerken lancierte *Petition "gegen den verborgenen Tod"*. 147'806 Personen haben den Appell unterschrieben, der von den Bundesbehörden verlangt, dass die Schweiz nach Belgien das zweite Land der Welt werde, das sämtliche Personenminen grundsätzlich ächte.

26. September

Ein Tag nach dem Ständerat genehmigt auch der Nationalrat die *Reform des Eidgenössischen Militärdepartements* einstimmig: Die 18 Bundesämter im EMD sollen auf 11 verringert und der Personalbestand um 5'000 auf 15'000 gesenkt werden.

26. September

Der Nationalrat heisst mit 112 zu 23 Stimmen das *Rüstungsprogramm 1995* im Gesamtbetrag von 1,342 Milliarden Franken gut. Eine links-grüne Opposition gegen die Beschaffung von Aufklärungsdrohnen blieb zuvor wirkungslos.

27. - 29. September

Über 80 Wissenschafter und Politiker aus 25 Staaten diskutieren in Basel aus Anlass des 50-Jahre-Jubiläums der Uno und auf Einladung der *Schweizerischen Friedensstiftung* das Thema *"Föderalis-*

mus gegen Ethnizität?" Zum Abschluss wird die *"Basler Charta"* präsentiert, die auf Instrumente und Techniken des Föderalismus hinweist, welche Minderheitenkonflikte ohne Gewalt bewältigen können.

29. September

Der *Zürcher Polizeivorstand Robert Neukomm* nimmt anlässlich einer Vereidigungsfeier für neue Stadtpolizei-Aspirantinnen und -Aspiranten zu den *Vorwürfen aus den Medien* Stellung, wonach die Polizei bei den Ausschreitungen vom 23. September nichts gegen die *Neonazis* unternommen und ihnen sogar Schutz geboten habe: Die Beamten hätten primär in jene Richtung wirken müssen, aus der sie selbst angegriffen worden seien, verteidigt Neukomm deren Verhalten. Dies habe die Rechtsextremen wohl ermutigt, auf schändlichste Weise gegen das Antirassismus-Gesetz zu verstossen.

1. Oktober

Der Bundesrat einigt sich auf eine *neue Departementsverteilung*, die am 1. November in Kraft treten wird: Der bisherige Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, Bundespräsident Kaspar Villiger (FDP), tritt sein Departement an Adolf Ogi (SVP) ab und übernimmt das Finanzdepartement, das durch den Rücktritt von Otto Stich (SPS) frei wird. Der am 27. September neu gewählte SPS-Bundesrat Moritz Leuenberger löst Ogi im Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement ab.

3. Oktober

Um eine Verärgerung Frankreichs zu vermeiden, lehnt es der Nationalrat mit knappen 76 zu 71 Stimmen ab, eine von der Umweltkommission einstimmig vorgeschlagene *Erklärung gegen die französischen und chinesischen Atomversuche* zu diskutieren.

4.-5. Oktober

Bundesrat Flavio Cotti weilt zu einem *Arbeitsbesuch in Estland und Litauen*. In seinen Gesprächen mit den Präsidenten und Aussenministern der beiden Länder steht die Sicherheit und Stabilität im Baltikum im Mittelpunkt.

6. Oktober

Die *Kantone* wollen informiert und angehört werden, wenn die *Aussenpolitik* kantonale Fragen berührt. Der abtretende und der neue Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, Eric Honegger und Hanswalter Schmid, stellen den Entwurf für ein Rahmengesetz vor, das Bund und Kantone gemeinsam erarbeitet haben. Die Kantone wirken demnach überall dort in der Aussenpolitik mit, wo ihre eigenen Aufgaben tangiert werden.

6. Oktober

Die eidgenössischen Räte verabschieden das Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (*Regierungsreform 1993*) mit 91 zu 62 und 40 zu 2 Stimmen. Ein am gleichen Tag gebildetes "Komitee gegen eine aufgeblähte Bundesverwaltung mit überflüssigen Staatssekretären" unter der Kopräsidentschaft von vier rechtsbürgerlichen Nationalräten will dagegen das Referendum ergreifen.

6. Oktober

Das Parlament verabschiedet die neue Ämterstruktur im Zusammenhang mit der *EMD-Reform 1995* - mit 176 zu 0 und 44 zu 0 Stimmen sowie das Zivildienstgesetz - mit 169 zu 10 und 40 zu 0 Stimmen: Wer Zivildienst leisten will, muss seine Gewissensnot vor einer vom Bundesrat eingesetzten Kommission persönlich glaubhaft machen.

9. Oktober

Das französische und das türkische Generalkonsulat in Zürich werden bis Ende Jahr von Angehörigen des Festungswachtkorps (FWK) bewacht. Die Armeeangehörigen werden vom Eidgenössischen Militärdepartement der Stadtpolizei Zürich zur Verfügung gestellt. Der Entscheid beruht auf einer vom Bundesrat verabschiedeten Weisung, den *Schutz der ausländischen diplomatischen Vertretungen in der Schweiz* zu verbessern. Die beiden Generalkonsulate sind in den letzten Monaten wiederholt bei Demonstrationen bedroht worden, vor allem wegen der türkischen Kurdenpolitik und der französischen Atombombentests.

11. Oktober

Der Schweizer Botschafter bei der *Uno-Abrüstungskonferenz* in Genf, Friedrich Moser, wird abgelöst. Moser hatte mit seiner Kritik

an der Wiederaufnahme der *französischen Atomtests* auf dem Mururoa-Atoll vor dem Uno-Gremium Ende Juni für Aufregung gesorgt. Die Schweizer Mission in Genf begründet die Ablösung mit Restrukturierungsmassnahmen.

12. Oktober

Die beiden Professoren Urs Altermatt und Hanspeter Kriesi veröffentlichen eine von Bundesrat Arnold Koller in Auftrag gegebene Studie mit dem Titel *"Rechtsextremismus in der Schweiz"*. Darin kommen sie zum Schluss, die rechtsextreme Szene sei in der Schweiz zahlenmässig klein und organisatorisch schwach. Die Autoren warnen aber trotzdem davor, das Phänomen zu verharmlosen. Tags darauf kritisieren die drei bürgerlichen Bundesratsparteien SVP, FDP und CVP den Bericht und verurteilen ihn als politische Stimmungsmache vor den Wahlen. Die drei Parteien stören sich vor allem an der Aussage, die etablierte Rechte versuche mit der Annäherung ihrer eigenen Themen an diejenigen der emporstrebenden Rivalen, das rechtsradikale Potential zurückzugewinnen. Die Freiheits-Partei der Schweiz (FPS) will gar rechtliche Schritte gegen die Verfasser prüfen.

13. Oktober

In Wien scheitert die *Uno-Revisionskonferenz* der 1980 abgefassten *Konvention über bestimmte konventionelle Waffen* - darunter Personenminen. Den Vorschlag der westlichen Industriestaaten, Streuminen, die keinen Selbstzerstörungsmechanismus besitzen, zu verbieten, lehnt eine andere Staatengruppe - unter anderem mit Russland, China, Indien, Pakistan und Mexiko - ab.

15. Oktober

Die "SonntagsZeitung" berichtet von einem vertraulichen Expertenpapier, wonach der *Rat für Gesamtverteidigung* keine Umwandlung des eidgenössischen Militärdepartements in ein *Sicherheitsdepartement* wünsche. Das einflussreiche Gremium fordert dafür einen Staatssekretär für Sicherheitspolitik, der aber nicht dem EMD, sondern Justizminister Arnold Koller unterstellt sein soll.

18. Oktober

In einer Mitteilung wehrt sich die Ems-Chemie Holding AG von SVP-Nationalrat Christoph Blocher gegen die Behauptung des US-

Verteidigungsministeriums, zwei der drei in der Schweiz produzierten Typen von *Personenminen* würden von der zur Emser Gruppe gehörenden *Firma Patvag AG* hergestellt. In der Mitteilung heisst es, die Firma behalte sich rechtliche Schritte vor, falls "Personenminen widerrechtlich den Beinamen Patvag führen, der zur Verwechslung mit der Firma Ems-Patvag AG Anlass geben kann." Nach einem Gespräch zwischen Patvag-Vertretern und der US-Botschaft in Bern Anfang November wird die Ems-Patvag AG von den USA vom Vorwurf entlastet.

19. Oktober

Nach Budapest und Wien findet das dritte diesjährige *Treffen der OSZE-Troika* in Genf statt. Der amtierende Vorsitzende, der ungarische Aussenminister Laszlo Kovacs, dessen Vorgänger, der italienische Vizeaussenminister Emanuele Scammacca del Murgo, sowie der künftige Vorsitzende, Bundesrat Flavio Cotti, besprechen unter anderem die Lage in Nagorno-Karabach und in Tschetschenien sowie die Rolle der OSZE in Ex-Jugoslawien.

22. Oktober

Bei den *eidgenössischen Parlamentswahlen* kommt es bei einer kleineren Stimmbeteiligung als je zuvor (42,25%) zu einem für die Schweiz ungewöhnlich deutlichen Sieg der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Die grossen Verlierer sind die Nicht-Bundesratsparteien. Die SPS wird mit 54 Sitzen (+12) stärkste Partei im Nationalrat. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) gewinnt vier und die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) einen Sitz, während die Christlichdemokratische Volkspartei zwei Sitze verliert. Die Vertretung der vier Bundesratsparteien im Nationalrat steigt damit auf 81%. Bei den Ständeratswahlen gibt es nur geringfügige Sitzverschiebungen.

22. Oktober

An den Feierlichkeiten zum *50. Jubiläum der Uno* in New York lässt sich der Bundesrat durch Staatssekretär Jakob Kellenberger vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vertreten. In seiner Rede betont der Vertreter der Schweiz die Bemühungen der Schweizer Regierung, den Uno-Beitritt zu einem Ziel ihrer Aussenpolitik zu machen.

27. Oktober

Bundesrat Arnold Koller diskutiert in Paris anlässlich eines Arbeitstreffens mit Justizminister Jacques Toubon und Innenminister Jean-Louis Debré über die Verbesserung der gegenseitigen Rechtshilfe, über die Auslieferungsprozeduren, die Folgen des Schengener Abkommens für die Schweiz sowie über die polizeiliche Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung. Das wichtigste Ergebnis ist dabei eine Absichtserklärung, ein bilaterales Zusatzprotokoll zur *Europäischen Rechtshilfekonvention* von 1967 auszuhandeln, um bisherigen Schwierigkeiten abzuhelfen und um das Rekursrecht zu garantieren.

29. Oktober - 5. November

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz weilt mit einer 39köpfigen, vor allem aus Wirtschaftsvertretern bestehenden Delegation in der *Volksrepublik China*. Er wird dabei unter anderem von Staatspräsident Jiang Zemin empfangen. Gespräche mit der Aussenhandelsministerin Wu Yi resultieren in einem Abkommen über einen Mischkredit in Höhe von 60 Mio. Franken. Weiter sichert der chinesische Vizepremier Zhu Rongji der Swissair die permanente Landeerlaubnis in Schanghai zu. Delamuraz ist nach Flavio Cotti und Ruth Dreifuss bereits der dritte Bundesrat, der in diesem Jahr China besucht.

30. Oktober

Der Präsident der *Christlichdemokratischen Volkspartei*, Anton Cottier, wünscht sich einen Schulterschluss der CVP mit der *Freisinnig-Demokratischen Partei* (FDP). In einem an die FDP Schweiz gerichteten Referat vor der Presse in Freiburg sagt Cottier, das Mitte-Rechts-Lager müsse nach dem nationalen Wahlsieg der Links- und Rechtspole SPS und SVP diesen die politische Initiative entreissen, die gegenseitige Blockierung von SPS und SVP überwinden und die Führung übernehmen.

2. - 3. November

Der neue Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes, Bundesrat *Adolf Ogi*, weilt zu einem *zweitägigen Besuch in England*. Hauptpunkte bei Gesprächen mit dem britischen Verteidigungsminister Michael Portillo und weiteren Vertretern des Verteidigungsministeriums sind Menschenrechte, Krisenbewältigung,

Sicherheitsmodelle der Zukunft sowie die Beziehungen zwischen Uno und OSZE, aber auch Budgetkürzungen sowie der gegenseitige Austausch von Offizieren und Piloten zu Trainings- und Ausbildungszwecken. Zudem versichert Ogi seinem Amtskollegen, die Schweiz werde 1996 über eine Teilnahme am Nato-Angebot "Partnerschaft für den Frieden" entscheiden.

4. November

Der *"Schweizerische Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften" (SAMS)* diskutiert an seiner Herbsttagung in Spiez den schweizerischen Platz in der europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Dabei wird einstimmig gefordert, der Bundesrat solle das Nato-Angebot einer "Partnerschaft für den Frieden" annehmen. Gleichzeitig soll er dem Volk den nach dem Ende des Kalten Krieges gesunkenen Stellenwert der Neutralität erläutern.

8. November

Der Bundesrat leitet den *Jahresbericht über die Zusammenarbeit mit Mittelosteuropa und den GUS-Ländern* an das Parlament weiter. Die Mittel für technische Zusammenarbeit mit Osteuropa sollen künftig zur Hälfte in den Balkan und zu 35 Prozent in Zentralasien eingesetzt werden. Den bisherigen Schwerpunktländern in Mitteleuropa fliessen nur noch 10 Prozent zu.

9. November

Aussenminister Flavio Cotti weilt in Ottawa und Washington bei seinen Amtskollegen André Quellet und Warren Christopher zu Gesprächen über den nächstjährigen Schweizer Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Im Mittelpunkt steht die Rolle der OSZE im Friedensprozess in Bosnien. In den USA gibt Bundesrat Flavio Cotti an einer Pressekonferenz bekannt, dass der Schweizer Brigadier *Peter Arbenz* zum Mitglied einer *OSZE-Expertengruppe* ernannt wurde, welche die technischen Aspekte des OSZE-Mandats in Bosnien vorbereiten soll.

9. November

Der Generalsekretär des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD), Armin Walpen, Bundesanwältin Carla Del Ponte und Bundespolizei-Chef Urs von Daeniken stellen an einer

Pressekonferenz den *Staatsschutzbericht 1993/94* vor. Der Bericht der Bundespolizei kommt zum Schluss, die Sicherheitslage der Schweiz sei insgesamt nicht alarmierend, die Bedrohung durch organisiertes Verbrechen und Nuklearkriminalität, durch Ausländer- und Rechtsextremismus zeige aber eine steigende Tendenz.

10. November

Bundesrat *Flavio Cotti* trifft zu Gesprächen mit seinem Amtskollegen *Klaus Kinkel* in Bonn ein. Der deutsche Aussenminister sichert der Schweiz die Unterstützung Deutschlands für die bilateralen Verhandlungen mit der Europäischen Union zu und äussert seine Überzeugung, die Schweiz sollte möglichst bald Mitglied der EU werden.

15. November

Das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) teilt mit, dass der Bundesrat im Rahmen der *Verordnung über Aufgaben und Organisation des Dienstes für Militärische Sicherheit* neu die Polizeikräfte der Armee in einem 800 Mann starken Bataillon zusammenzieht. Die schnell mobilisierbare Einheit ist unter anderem für den Schutz des Bundesrats in Krisensituationen, für den Schutz militärischer Einrichtungen vor Sabotageakten oder für den Schutz diplomatischer Konferenzen in der Schweiz zuständig. Divisionär Martin von Orelli betont vor der Presse, das *Militärpolizeibataillon*, welches mit der Armee 95 das frühere Heerespolizeibataillon abgelöst hat, sei keine verkappte Bundessicherheitspolizei.

15. November

Der Bundesrat verschärft nach der Hinrichtung des Menschenrechtlers Ken Saro-Wiwa und acht seiner Mitstreiter die Visumspraxis gegenüber Nigeria. Zudem will sich die Schweiz Weltbankkrediten für das afrikanische Land widersetzen. Bereits am 11. November hat das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) seinen Botschafter aus Nigeria zurückgerufen. Wie Vizekanzler Achille Casanova vor der Presse mitteilt, würden weitere *Sanktionen gegen Nigeria* in Abstimmung mit den Aktivitäten anderer Staaten geprüft.

18. November

Zum Abschluss der vierten *Eidgenössischen Jugendsession* verabschieden die rund 200 Jugendlichen im Bundeshaus sechs Petitionen und setzen sich unter anderem für einen raschen *Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union* ein.

21. November

In Genf kommt es am Rande eines *Defilees des Infanterieregimentes 3* zu Zusammenstössen zwischen krawallierenden Demonstranten und der Polizei, welche zum Schutz des Infanterieregimentes aufgeboten worden war. Trotz einer Resolution des Genfer Stadtparlaments am 17. Oktober und einer Petition der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), die beide vom Regierungsrat die Annullierung der Militärparade verlangt hatten, hatte die Kantonsregierung die Durchführung erlaubt.

24. November

Der Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes (EMD), Bundesrat Adolf Ogi, erklärt für die Schweiz einen einseitigen *Verzicht auf Besitz und Einsatz von Personenminen.* Nach diesem Entscheid kann sich die Schweiz laut EMD stärker für ein internationales Personenminenverbot einsetzen.

24. November

Die Schweiz setzt das 1992 verhängte *Wirtschaftsembargo gegen Serbien und Montenegro* ab 25. November - mit Ausnahme von Rüstungsexporten - aus. Damit reagiert der Bundesrat auf das Friedensabkommen von Dayton vom 21. November und folgt der entsprechenden Resolution des Uno-Sicherheitsrates vom 22. November. Gegenüber den serbisch besetzten Gebieten in Bosnien-Herzegowina bleibt das Embargo vorderhand bestehen.

27. November

Der deutsche Innenminister Manfred Kanther und der Justizminister Arnold Koller unterzeichnen einen Vertrag über ein "*kooperatives Sicherheitssystem*", welches gemeinsame Grenzkontrollen und Lageanalysen, eine abgestimmte Einsatzplanung und gemischt besetzte Kontrollstellen vorsieht. Damit reagiert die Schweiz auf das Schengener Abkommen, das seit dem 26. März unter anderem die verstärkte Zusammenarbeit von Justiz und Polizei an den gemein-

samen Binnengrenzen der meisten umliegenden Staaten regelt, dem die Schweiz aber als Nicht-EU-Mitglied nicht beitreten kann.

28. November

Bundesrat Flavio Cotti weilt zu einem *Arbeitsbesuch in Moskau*, wo er mit dem russischen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin, Aussenminister Kosyrew und Präsident Jelzins Stabschef Filatow zusammentrifft. Im Vordergrund der Gespräche steht die Schweizer OSZE-Präsidentschaft im kommenden Jahr. Zudem wird ein Abkommen über *technische und finanzielle Zusammenarbeit* zwischen den beiden Staaten unterzeichnet.

28. November

Die Sicherheitskommission des Nationalrates schliesst die *Vorberatung des Kriegsmaterialgesetzes* und des Gesetzes über die Güterkontrolle ab, nachdem sie am 7. November den im Sommer für Präzisierungen an den Bundesrat zurückgewiesenen Entwurf für das Gesetz mit 15 zu 8 Stimmen akzeptiert hat. Darin hat die Kommission durch die Verengung des Begriffs "Kriegsmaterial" den Export von Schiessimulatoren, Brückenmaterial, Ortungs- und Beobachtungsgeräten, Überwachungssystemen und ABC-Schutzausrüstungen von der Bewilligungspflicht ausgenommen. Mit knappen 11 zu 10 Stimmen und 2 Enthaltungen unterstellt die Kommission die Trainingsflugzeuge vom Typ PC-7 und PC-9 dem Kriegsmaterialgesetz, sofern sie mehr als zwei Haltepunkte unter den Flügeln aufweisen.

29. November

Der Bundesrat stimmt der *Gründung der Stiftung "Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik" (GZS)* zu. Das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) wird das in einem detaillierten Konzept vorliegende Projekt in enger Kooperation mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und weiteren in- und ausländischen Partnern realisieren. In Anlehnung an den "Bericht 90" soll dieses neue Zentrum einem wachsenden Bedürfnis nach praxisorientierter sicherheitspolitischer Aus- und Weiterbildung von Beamten, Diplomaten und Offizieren in Schlüsselfunktionen gerecht werden.

Forschungsprojekte

Sicherheitspolitische Forschung 1995

Die folgende Liste von Forschungsprojekten umfasst Arbeiten auf dem Gebiet der Aussen- und Sicherheitspolitik, die an schweizerischen Institutionen laufen oder kürzlich abgeschlossen wurden. Der Rahmen wurde dabei bewusst weit gesteckt, um Vernetzungen mit verwandten Bereichen aufzeigen zu können. Die Projekte sind nach den Namen der beteiligten Forscher alphabetisch geordnet. Die Liste beruht auf einer Umfrage, die der Schweizerische Informations- und Daten-Archivdienst für die Sozialwissenschaften (Sidos), Neuchâtel, regelmässig durchführt. Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse konnte sich dieser Umfrage anschliessen und dankt Sidos für dieses Entgegenkommen.

Diese Erhebung ist auch in elektronischer Form auf dem *Internet* verfügbar. Die Adresse für jeden WWW-Reader (zum Beispiel Mosaic, Netscape) lautet:

http://www.fsk.ethz.ch/fsk/bulle_95/b95_fors.htm

Autoren:	Jean Batou (resp.), P. Bairoch, R. Boyer, M. Juillard, H. Szlajfer
Titel:	*Indicateurs de la vitalité des nations. L'Europe, les États-Unis et le Japon au XXe siècle*
Kurzbeschrieb:	Constitution d'une banque de données relative à l'évolution des "Indicateurs de Vitalité", sélectionnés (22 pays européens, Les États-Unis et le Japon). Rapport final avec les principaux résultats concernant chaque pays, groupe de pays et périodes historiques considérées. Mise en évidence des facteurs (économiques, sociaux, politiques, culturels, etc.) entravant ou stimulant le développement. Tenue d'un colloque international visant à analyser et à discuter ces résultats.
Zeitraum:	1910-1990
Art des Projekts:	Recherche de(s) institution(s) précitée(s)
Stand:	En cours
Abschlusstermin:	1996/07
Kontaktadressen:	Université de Lausanne Institut de recherches interdisciplinaires - IRI

BFSH2
1015 Lausanne

Université de Genève
Département d'histoire économique et sociale
Bd Carl-Vogt 102
1211 Genève 4

Publikationen: Batou, Jean; David, Thomas; Monney, Daniel: Le développement de l'Europe dans l'entre-deux-guerres: des expériences économiques et sociales contrastées/ European Development in the Interwar Period: Contrasting Social and Economic Experiences. In: Monographie du Centre d'Histoire Economique Internationale, N.8, Genève.
Batou, Jean; David, Thomas: Nationalisme économique et industrialisation de la périphérie européenne, XIXe-XXe siécles. In: Perry Anderson, Paul Bairoch, Carlo Ginzburg et Eric J. Hobsbawn (sous la dir.): Histoire de l'Europe, vol. IV: XIXe et XXe siècles, Turin, Einaudi, 1996.
Batou, Jean: Les deux Europes au vingt-deux visages, 1937-1970. Contribution à l'étude du développement inégal. In: B. Etemad, J. Batou et T. David (sous la dir. de), Pour une histoire économique et sociale internationale. Mélanges offerts à Paul Bairoch à l'occasion de son 65e anniversaire, Ed. Passé Présent, Genève, 1995.

Autoren: Jean Batou (resp.) (a), Thomas David (a), Daniel Monney (a), Luca Pellegrini (a), Magdalena Rosende (a)

Titel: *Le développement inégal de l'Europe au XXe siècle*

Kurzbeschrieb: Mise au point d'une méthode permettant s'isoler, de mesurer, de comparer (dans l'espace et dans le temps) les différents attributs du développement économique et social. Mise en évidence des modalités et des rythmes du développement des pays et régions d'Europe au XXe siècle, avec une attention particulière aux facteurs extra-économiques, ainsi qu'au caractère inégal et discontinu du processus dans le temps, dans l'espace et dans la profondeur du champs social. Meilleure compréhension des conditions et effets des mécanismes de la croissance et des crises, ainsi que

	des causalités pertinentes du développement inégal dans la longue durée.
Zeitraum:	1910-1990
Art des Projekts:	Recherche subventionnée par le FNRS
Stand:	En cours
Abschlusstermin:	1998/03
Kontaktadressen:	Université de Lausanne Institut de recherches interdisciplinaires - IRI BFSH2 1015 Lausanne (a) Université de Genève Département d'histoire économique et sociale Bd Carl-Vogt 102 1211 Genève 4 (b)
Publikationen:	Batou, Jean; David, Thomas; Monney, Daniel: Le développement de l'Europe dans l'entre-deux-guerres: des expériences économiques et sociales contrastées/ European Development in the Interwar Period: Contrasting Social and Economic Experiences. In: Monographie du Centre d'Histoire Economique Internationale, N.8, Genève. Batou, Jean; David, Thomas: Nationalisme économique et industrialisation de la périphérie européenne, XIXe-XXe siécles. In: Perry Anderson, Paul Bairoch, Carlo Ginzburg et Eric J. Hobsbawn (sous la dir.): Histoire de l'Europe, vol. IV: XIXe et XXe siècles, Turin, Einaudi, 1996. Batou, Jean: Les deux Europes au vingt-deux visages, 1937-1970. Contribution à l'étude du développement inégal. In: B. Etemad, J. Batou et T. David (sous la dir. de), Pour une histoire économique et sociale internationale. Mélanges offerts à Paul Bairoch à l'occasion de son 65e anniversaire, Ed. Passé Présent, Genève, 1995.

Autor:	Thomas Bernauer
Titel:	*Umweltschutzzusammenarbeit zwischen ungleichen Staaten: Strukturelle Asymmetrien und Verhandlungsstrategien*
Kurzbeschrieb:	Das Projekt untersucht die Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlichen Interessen und unterschiedli-

cher Macht. Es argumentiert, dass solche Asymmetrien im Umweltbereich durch vier Verhandlungs- und Lösungsstrategien bearbeitet werden:
- Staaten schliessen Verträge ab, die dem kleinsten gemeinsamen Nenner entsprechen.
- Unterschiedliche Umweltschutzmassnahmen für einzelne Staaten sowie Ausnahmeregelungen finden Anwendung.
- Finanztransfers an weniger interessierte Staaten werden durchgeführt.
- Issue-linkages.

Das Projekt entwirft eine Theorie, die erklärt, unter welchen Umständen die eine oder andere dieser Lösungs- und Verhandlungsstrategien zur Anwendung kommt, und mit welchem Resultat. Die theoretischen Argumente werden anhand von folgenden empirischen Fällen geprüft:
- Zusammenarbeit der Rheinanliegerstaaten.
- Zusammenarbeit im Bereich nukleare Sicherheit in Europa.
- Zusammenarbeit im Bereich Klimawechsel (climate change).
- Zusammenarbeit im Bereich Luftverschmutzung in Europa (acid rain).

Art des Projekts: Auftragsforschung
Stand: Laufend
Abschlusstermin: 1995/12
Kontaktadresse: Universität Zürich
Forschungsstelle für politische Wissenschaft
Abteilung Internationale Beziehungen
Wiesenstrasse 9
8008 Zürich

Autoren: Thomas Bernauer, Peter Moser
Titel: *Reducing Pollution of the River Rhine: The Role of Transboundary Cooperation*
Kurzbeschrieb: The project evaluates whether and, if so, to what extent transboundary cooperation between governments, municipalities, firms and other actors has contributed to pollution reductions in the river Rhine. It is part of a larger project which compares the Rhine basin with the Black-Triangle in Eastern Europe.

Art des Projekts:	Austria Laxenburg Partly funded by the International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA)
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1996/12
Kontaktadresse:	ETH Zürich Forschungsstelle für internationale Beziehungen Wiesenstrasse 9 8008 Zürich

---

Autoren:	Thomas Bernauer, Dieter Ruloff, Jozef Goldblat, Oleg Strekal, Amy Smithson
Titel:	*Positive Incentives in Arms Control*
Kurzbeschrieb:	The project examines ways and means of coping with nuclear proliferation problems in the years to come. In particular, it focuses on the role of positive incentives in reducing nuclear arsenals and preventing the further spread of nuclear weapons. For analytical purposes, positive incentives are conceptualized as transfers of money, technology or other resources. Other, arguably more vague types of positive incentives in arms control, such as for example confidence building measures, diplomatic recognition, or involvement in economic integration efforts, are considered only in passing because much has been written on them already. The study explains when and how different types of positive incentives are or might be employed, and evaluates the effectiveness of these measures. The analytical framework developed in this chapter (Chapter One) serves as the basis for a review of positive incentives in a broader range arms control regimes (Chapter Two) and two in-depth case studies of nuclear arms control in Ukraine and North-Korea (Chapters Three and Four).
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en) Partly funded by the Swiss Government
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1996/12
Kontaktadressen:	ETH Zürich Forschungsstelle für internationale Beziehungen Wiesenstrasse 9 8008 Zürich

Universität Zürich
Forschungsstelle für politische Wissenschaft
Abteilung Internationale Beziehungen
Wiesenstrasse 9
8008 Zürich

Autoren:	Thomas Bernauer (Leitung) (b), Dieter Ruloff (Leitung) (a), Patrick Schedler (a)
Titel:	*International Trade and Environmental Cooperation*
Kurzbeschrieb:	The project analyzes the interface between international regimes in the field of trade and regimes dealing with the protection of the environment. It examines when, why and how conflicts between international regulatory goals in the two fields emerge and how they have been or might be resolved. The theoretical ideas developed in the first part of the project are empirically examined through case studies of the North American Free Trade Agreement (NAFTA), the European Union, and the World Trade Organization (WTO)
Art des Projekts:	Auftragsforschung
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1996/12
Kontaktadressen:	Universität Zürich Forschungsstelle für politische Wissenschaft Abteilung Internationale Beziehungen Wiesenstrasse 9 8008 Zürich (a) ETH Zürich Forschungsstelle für internationale Beziehungen Wiesenstrasse 9 8008 Zürich (b)

Autor:	Michele Coduri (Leitung)
Titel:	*Les rapports entre la Suisse et la République Populaire de Chine dans les années cinquante*
Kurzbeschrieb:	Aufgrund von Archivquellen und ausgewählter Sekundärliteratur sollen die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Schweiz analysiert werden. In einer ersten Phase werden insbesondere die Gründe und der Entscheidungsprozess unter-

	sucht, die zu einer raschen Anerkennung der Volksrepublik durch die Schweiz führten. In einer zweiten Phase werden die Evolution der bilateralen Beziehungen, zuerst während des Koreakrieges und dann während der Tätigkeit der neutralen Missionen zur Überwachung der Waffenstillstandsabkommen und zur Heimschaffung von Kriegsgefangenen, durchleuchtet.
Zeitraum:	1949 - ca. 1957
Art des Projekts:	Dissertation
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1998/12
Kontaktadresse:	Hochschule St. Gallen Institut für Politikwissenschaft Dufourstrasse 45 9000 St. Gallen
Publikation:	Coduri, Michele: I rapporti fra la Svizzera e la Repubblica Popolare Cinese 1950-1956. In: Studi e fonti, Archivio Federale, Nr.21, 1995.

Autoren:	Barbara Düringer-Sulser, Dieter Ruloff (Leitung), Peter Moser
Titel:	*UNIVOX 1993 und 1994: Thema Welt: Die Schweiz und die Welt*
Kurzbeschrieb:	UNIVOX ist eine Sozialforschungs-Datenbank. Zusammenarbeit zwischen GfS-Forschungsinstitut und Hochschulinstituten. Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, Abt. Internationale Beziehungen, bearbeitet den Bereich "Welt". Von Interesse ist die Meinung und Befindlichkeit der Schweizer Bevölkerung bezüglich den internationalen Beziehungen. Themen der Erhebung 1993: - Internationale Zusammenarbeit: Erwünschte und unerwünschte Partnerländer, Grundmotive für internationale Zusammenarbeit, erwünschte und unerwünschte Sachbereiche. - Selbstverständnis: Selbstverständnis, Präsentation nach aussen. Themen der Erhebung 1994: - Internationale Zusammenarbeit (wie 1993). - Abhängigkeit: Ursachen für Abhängigkeit nach Sachbereichen, Zukunftserwartungen bezüglich Auslandabhängigkeit.

- Aussenpolitik und Identität: Intensität nationaler Missionsvorstellungen, Zufriedenheit mit Schweizer Aussenpolitik, Selbstverständnis.

Zeitraum: Seit 1986 jährliche Erhebung
Art des Projekts: Auftragsforschung
Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand: Laufend
Kontaktadresse: Universität Zürich
Forschungsstelle für politische Wissenschaft
Abteilung Internationale Beziehungen
Wiesenstrasse 9
8008 Zürich

Autor: Richard Friedli (resp.)
Titel: *Der Ruanda-Konflikt: multifaktorielle Analyse und systemischer Ansatz*
Kurzbeschrieb: historiques: les racines traditionnelles, la colonisation, l'indépendance, l'attaque du premier Facteurs octobre 1990 par le FPR, l'accord d'Arusha du 4 août 1993, l'attentat du 6 avril 1994 à 20.30h, le génocide, l'opération turquoise (juillet-août 1994).

- Facteurs économiques: l'évolution depuis l'indépendance.
- Facteurs démographiques: l'explosion démographique, la population selon ethnies et régions, le phénomène "sida", la scolarisation.
- Facteurs religieux: la religion traditionnelle et le christianisme, l'imaginaire collectif.
- Facteurs géopolitiques: le contexte international, l'approche régionale, les organisations internationales.
- Les médias: la presse locale, les radios, les médias internationaux.
- La psychologie de masse: la mémoire collective.
- Les phases suivantes sont prévues pour l'année 1996: les analyses pluri-facteurielles vont être reliées systématiquement; le mot clé "anomie" va être flexibilisé selon des modèles d'escalations des conflits; des acteurs de médiation individuels et sociaux vont être nommés et rendus apte.

Zeitraum: 1990-1994
Stand: En cours
Abschlusstermin: 1995/11

Kontaktadresse:	Université de Fribourg Science des religions Route d'Englisberg 9 1763 Granges-Paccot

---

Autoren:	H.G. Graf (Leitung), H. Hauser, R. Sütterlin
Titel:	*Auswirkungen der Uruguay-Runde auf die Regionen: Berechnung aufgrund von Beschäftigtenanteilen und Branchenkennzahlen*
Kurzbeschrieb:	Die Studie ermittelt die Auswirkungen der Uruguay-Runde auf die Regionen der Schweiz. Ziel ist es, für die einzelnen Kantone und Regionen eine Sensitivität zu berechnen, welche die erwarteten Auswirkungen der neuen GATT-Abkommen aufzeigt. Die Studie musste die folgenden Themen analysieren: - Bedeutung der neuen GATT-Abkommen für die Schweiz. - Direkte Sensitivität der Kantone. - Die Sensitivität der MS-Regionen. - Indirekte Auswirkungen.
Zeitraum:	Die Wirkungen sind auf einen mittelfristigen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren abgestellt.
Art des Projekts:	Auftragsforschung
Stand:	Achevé
Abschlusstermin:	1994/07
Kontaktadresse:	Hochschule St. Gallen St. Galler Zentrum für Zukunftsforschung Dufourstrasse 30 9000 St. Gallen
Publikation:	Graf, H.G.Hauser, H.Sütterlin, R.: Auswirkungen der Uruguay-Runde auf die Regionen: Berechnung aufgrund von Beschäftigtenanteilen und Branchenkenntnissen. St. Galler Zentrum für Zukunftsforschung (SGZZ) und Schweiz. Institut für Aussenwirtschafts-, Struktur- und Regionalforschung (SIASR), St. Gallen, Juli 1994.

Autoren:	Karl W. Haltiner (Leitung), Luca Bertossa
Titel:	*Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*

Kurzbeschrieb:	Die Studie thematisiert Trends und Tendenzen der sicherheitspolitischen Meinungsbildung. Es werden insbesondere folgende Sachverhalte behandelt: Zukunftseinschätzung und allgemeines Sicherheitsgefühl, sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation der Schweiz, Vertrauen in die wichtigsten Institutionen der Schweiz, Legitimation und wahrgenommene Effektivität der Landesverteidigung, gesellschaftliche Bewertung des Militärs und sicherheitspolitischer Informationsstand. Die Studie versteht sich als Trendreport.
Zeitraum:	1. Semester 1996
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Geplant
Abschlusstermin:	1996/09
Kontaktadresse:	ETH Zürich Militärische Führungsschule - MFS Steinacherstrasse 101b 8804 Au/Wädenswil

---

Autoren:	Karl W. Haltiner (Leitung), Ruth Meyer Schweizer, Luca Bertossa
Titel:	*Werte und Lebenschancen im Wandel*
Kurzbeschrieb:	Erfassung grundlegender Wertvorstellungen zwanzigjähriger Erwachsener in den Lebensbereichen Beruf, Familie, Öffentlichkeit. Partielle Wiederholung der im Rahmen der Rekrutenprüfungen 1979 durch das Institut für Soziologie der Universität Bern durchgeführten Jugendbefragung 1979. (Vgl. Meyer Ruth u.a., Fragen an die Zukunft. Band 6 der wissenschaftlichen Reihe der Pädagogischen Rekrutenprüfungen, Aarau 1982). Es wird dabei versucht, folgende Fragen zu beantworten: Unter welchen Bedingungen wuchsen die Zwanzigjährigen des Jahres 1979 auf? Welche Schulen besuchten sie? Welche Probleme stellten sich ihnen beim Eintritt ins Berufsleben? Welches sind ihre beruflichen Ziele und Wertvorstellungen? Wie weit glauben sie, diese verwirklichen zu können? Mit welchen Absichten und welchem Interesse gehen sie an politische Fragen heran? Welches Bild haben sie von der Zukunft, welche Chancen und welchen Sinn sehen sie in ihr?
Zeitraum:	1994

Art des Projekts:	Auftragsforschung Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1996/12
Kontaktadresse:	ETH Zürich Militärische Führungsschule - MFS Steinacherstrasse 101b 8804 Au/Wädenswil

---

Autor:	Julian Thomas Hottinger (resp.)
Titel:	*Vergleichende Studie über das Verhalten der vier grössten politischen Parteien in den sechs französischsprachigen Kantonen der Schweiz gegenüber der europäischen Integration (1972-92)*
Kurzbeschrieb:	En guise de trame réflexive nous nous demandons si, par le biais de la déconstruction de la question d'intégration européenne en huit points bien spécifiques, le débat européen se trouve considérablement enrichi par l'irruption des partis politiques, tout en sachant que les motifs qui l'animent sont d'apports internes. En effet, le champ symbolique sur lequel partis politiques s'appuient se présente largement comme la résultante d'un déplacement de projets et champs politiques cantonaux ou nationaux. Les partis veulent animer un débat européen en se transplantant sur une scène européenne, dont ils ne sont pas issus. Abstraction faite des enjeux de pouvoir - qui à ce niveau sont encore bien minces -, il y a là une situation fort différente de celle que constituent les systèmes politiques des divers pays membres: la complexité et l'hétérogénéité du système institutionnel suisse.
Zeitraum:	1972-1992
Art des Projekts:	Thèse
Stand:	En cours
Abschlusstermin:	1996/12
Kontaktadresse:	Université de Lausanne Institut d'Etudes politiques et internationales BFSH2 1015 Lausanne

---

Autoren:	Ueli Huber (Leitung), Bernhard Brunner (Leitung)

Titel:	*BC-Waffen, Einwirkung und Schutz (technische Bedrohungsanalyse)*
Kurzbeschrieb:	Laufende Beurteilung wissenschaftlich-technischer Aspekte der Bedrohung durch aktuelle und potentielle chemische Kampfstoffe. Abschätzung der Bedeutung und Gefährdung durch BC-Waffen-Einsätze, Proliferation, Sabotage-, Terrorhandlungen und Erpressungsmöglichkeiten. Erarbeitung von Grundlagen für Schutzmassnahmen, umfassend den Nachweis, den physikalischen und medikamentösen Schutz und die Entgiftung.
Zeitraum:	Aktuell bis in die Beginne der BC-Waffen zurückreichend
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Laufend
Kontaktadresse:	Gruppe für Rüstung AC-Laboratorium AC-Zentrum 3700 Spiez
Publikationen:	Portmann, R.: Medical Treatment Research and Development. Paper CB MTS 1. Aue, W.P.Dutoit, J.-C.Niederhauser, A.Schweizer, W.: Evaluation of Transportable Analytical Instrumentation for Inspections unter the Chemical Weapons Convention at Chemical Production Sites. Paper für Chemical Protection Symposium, Stockholm, Juni 1995. Portmann, R.Holzer, R.: A Semiautomatic Alternative Toxicity Assay. Paper für Chemical Protection Symposium, Stockholm, Juni 1995 Fässler, M.: Study on the Assessment of Dual Use Biotechnological Production Plants. Paper für Chemical Protection Symposium, Stockholm, Juni 1995. Portmann, R.Hirsch, A.Wellenreiter, A.: Mehrgefässanordnung zur Instrumental-Analyse. Portmann, R.Leumann, M.Thommen, S.: Verfahren und Vorrichtung zur Bestimmung der Toxizität sowie deren Verwendung.

Autoren:	Gregor Husi (Leitung), Marcel Meier Kressig (Leitung)
Titel:	*Freiheit, Gleichheit, Sicherheit - Zur Soziologie einer schwierigen Dreiheit*

Kurzbeschrieb:	Freiheit, Gleichheit und Sicherheit sind spätestens seit der Französischen Revolution die zentralen Werte moderner Gesellschaften. Anhand ihrer hält sich die Moderne einen Spiegel vor, der sie die Kluft zwischen gesellschaftlichen Versprechen und sozialer Wirklichkeit erkennen lässt. Beobachtet die Soziologie diesen Zusammenhang, so mag sie Modernisierung vornehmlich als Werteverwirklichung begreifen. Ihre bisherigen Ausführungen zur Realisierung von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit werden in einen systematischen Kontext gestellt, um einen theoretischen Rahmen zu gewinnen, mittels dessen Defizite der Werteverwirklichung aufgespürt werden können. Die Arbeit beinhaltet nach einführenden kurzen Begriffsgeschichten handlungs-, zeit- und gesellschaftstheoretische Erläuterungen, einen Exkurs über Modernisierung und die Moderne(n) sowie ausführliche Darstellungen verschiedener soziologischer Zugänge zur gewählten Begriffstriade. Das Konzept der Lebenslagen und der Lebensverläufe als Abfolge von Lebenslagen soll dabei den Blick für die mannigfaltigen Freiheiten und Unfreiheiten, Gleichheiten und Ungleichheiten, Sicherheiten und Unsicherheiten öffnen.
Art des Projekts:	Dissertation
Stand:	Laufend
Kontaktadresse:	Universität Zürich Soziologisches Institut Rämistrasse 69 8001 Zürich

---

Autoren:	Max Keller (Leitung), Bernhard Brunner (Leitung)
Titel:	*A-Waffen, Einwirkung und Schutz (technische Bedrohungsanalyse)*
Kurzbeschrieb:	Bearbeitung wissenschaftlich-technischer Aspekte der nuklearen Bedrohung. Verfolgen der Entwicklung bei A-Abrüstung, A-Proliferationskontrolle und A-Verifikation. Abschätzung der Bedeutung und Gefährdung durch nukleare Proliferation, Sabotage-, Terrorhandlungen und Erpressungsmöglichkeiten. Zur Hauptsache aber: Durchführung von Grundlagenarbeiten auf dem Gebiet der bei A-Explosionen/

	zivilen A-Katastrophen auftretenden Effekte und des Schutzes vor deren Auswirkungen.
Zeitraum:	Aktuell, bis in die Anfänge der A-Waffe zurückreichend
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Laufend
Kontaktadresse:	Gruppe für Rüstung AC-Laboratorium AC-Zentrum 3700 Spiez
Publikation:	Anet, B.: Die Nukleare Bedrohung im Wandel. Schriftenreihe des AC-Laboratoriums Spiez: "Hintergrundinformation zur ABC-Waffe", ACLS 9315.

Autoren:	H.-U. Kneubühler, Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny (Leitung), Kurt Imhof, Gaetano Romano, M. Eisenegger, H. Karl, Ph. Merkhofer, Ch. Isele
Titel:	*Fremdenfeindlichkeit und Fremdenangst: Zur Semantik des Fremden im öffentlichen Diskurs*
Kurzbeschrieb:	Es interessieren die Konjunkturen der Problematisierung des "Fremden" im öffentlichen Diskurs. Dies vor dem Hintergrund einer Theorie diskontinuierlichen sozialen Wandels: soziale Krisenphasen sind – so die Annahme – zugleich Phasen erhöhter Virulenz fremdenfeindlicher Diskurse. Die Problematisierung des Fremden in sozialen Krisenphasen lässt sich entsprechend als Indikator der krisenbedingt verunsicherten sozialen Identitäten von Gesellschaften verstehen. Untersucht werden einerseits bereits verfügbare Unterlagen, die im Zusammenhang des Nationalfondsprojekts "Krise und sozialer Wandel. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz" (Forschungsstelle für Schweizerische Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in Zusammenarbeit mit dem Soziologischen Institut der Universität Zürich) erhoben worden sind: Diesbezüglich interessiert insbesondere die Thematisierung der "Ausländerfrage" im Rahmen der im Projekt "Krise und sozialer Wandel" analysierten Printmedien (Tages-Anzeiger; Neue Zürcher Zeitung; Vaterland; Tagwacht; Blick). Darüber hinaus werden (deutschschweizerische) Organe der sich in den sechziger Jahren herauskristallisierenden Überfremdungsparteien neu erhoben

	bzw. analysiert. Ziel ist die – inhaltsanalytische – Rekonstruktion des massenmedialen Diskurses über das Fremde im Zeitraum von 1960 bis in die unmittelbare Gegenwart.
Zeitraum:	1961-1994
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1996/04
Kontaktadresse:	Universität Zürich Soziologisches Institut Rämistrasse 69 8001 Zürich

---

Autorin:	Silvia Kobi (resp.)
Titel:	*Unterschiede der Denkweise zwischen politischer Klasse und Bürger? Der Fall der eidgenössischen Abstimmungen in der Schweiz, 1979-1995*
Kurzbeschrieb:	Thèse de doctorat comprenant une partie théorique (système politique suisse: entre ouverture et sélectivité; néo-corporatisme; populisme; crise de légitimité ou de représentation...) et une partie empirique (analyse de discours politiques, donc approche herméneutique, combinée avec analyse statistique de données agrégées).
Zeitraum:	1979-1995
Art des Projekts:	Thèse
Stand:	En cours
Abschlusstermin:	1996/06
Kontaktadresse:	Université de Lausanne Institut d'Etudes politiques et internationales BFSH2 1015 Lausanne
Publikationen:	Kobi, Silvia: Les "Neinsager" dans le processus référendaire suisse: des variations sur un thème mythique. In: Travaux de Sciences Politique; Nouvelle série, nº 3, Université de Lausanne, Lausanne, 1991. Kobi, Silvia: Entre pédagogie politique et démagogie populiste. In: Revue Mots, Nr. 43, 1995, p. 33-50. Kobi, Silvia: Le "peuple" dans le discours politique suisse: un acteur polyvalent. Communication présentée au Congrès annuel de l'ASSP, Balsthal, novembre 1992.

Papadopoulos, Yannis; Kobi, Silvia: A propos du populisme: négation ou prolongement de la démocratie? En préparation.

Autor:	Blaise Lempen (resp.)
Titel:	*Informatisierung der Gesellschaft. Politische und soziale Aspekte*
Kurzbeschrieb:	Problématique des conséquences politiques et sociales de l'informatisation de la société: la révolution électronique provoque-t-elle ou non un changement de société? Si oui, lequel?
Art des Projekts:	Recherche personnelle
Stand:	En cours
Kontaktadresse:	Université de Lausanne Institut de science politique BFSH2 1015 Lausanne
Publikationen:	Lempen, Blaise: Les enjeux politiques et sociaux de l'informatique. Les éditions d'organisation, Paris 1990. Lempen, Blaise: Informatique et démocratie. Payot, Lausanne. 1987. Lempen, Blaise: Révolution informatique et changement social. Réalités sociales, Lausanne, 1995.

Autor:	Manfred Linke (Leitung)
Titel:	*Schweizerische Aussenpolitik der Nachkriegszeit*
Kurzbeschrieb:	Kommentierte Übersicht anhand der Ausführung des Bundesrates zur Aussenpolitik und ausgewählter Sekundärliteratur.
Zeitraum:	1945-1994
Art des Projekts:	Dissertation
Stand:	Abgeschlossen
Abschlusstermin:	1995/04
Kontaktadresse:	Hochschule St. Gallen Institut für Politikwissenschaft Dufourstrasse 45 9000 St. Gallen
Publikation:	Linke, Manfred: Schweizerische Aussenpolitik der Nachkriegszeit. Verlag Rüegger, Chur/Zürich, 1995, 708 S.

Autor:	Jan Metzger (Leitung)
Titel:	*Die Milizidee im klassischen Republikanismus: Ihr Niederschlag im kolonialen politischen Denken vor und während der Amerikanischen Revolution*
Kurzbeschrieb:	Das mit der Amerikanischen Revolution verbundene politische Denken ist weniger Ausdruck eines neuen, modernen Politikverständnisses, als vielmehr gleichzeitiger End- und Höhepunkt eines im Florenz der italienischen Renaissance geborenen, vornehmlich aus antiken Quellen schöpfenden klassischen Republikanismus. Das Ziel der Dissertation besteht darin, den Milizgedanken im klassisch republikanischen Paradigma erstens als konstitutives und zweitens als stetig wiederkehrendes Element darzustellen. Hierfür werden im theoretischen Grundlagenteil primär ausgehend von klassisch republikanischen Texten verschiedene Milizmerkmale entwickelt, die es ermöglichen, die Milizidee in der republikanischen Traditionslinie als Kontinuum aufzuzeigen.
Zeitraum:	15. Jahrhundert bis 18. Jahrhundert, Ende 18. Jahrhundert (Schwerpunkt)
Art des Projekts:	Dissertation
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1998/01
Kontaktadresse:	Hochschule St. Gallen Institut für Politikwissenschaft Dufourstrasse 45 9000 St. Gallen
Publikationen:	Metzger, Jan: Amerikas "Milizen" und die Verfassung - Ideengeschichtliche Hintergründe paramilitärischer Gruppen. In: Neue Zürcher Zeitung, Montag, 15. Mai 1995, S. 3. Metzger, Jan: Das Spannungsverhältnis Berufsarmee-Milizarmee aus ideengeschichtlicher Perspektive. Hochschule St. Gallen, Diplomarbeit, 1994.

Autor:	Silvano Möckli (Leitung)
Titel:	*Internationale Supervision von nationalen Wahlen*
Kurzbeschrieb:	Gegenstand dieses Projektes ist die Supervision und Beurteilung von nationalen Wahlen und Abstimmun-

	gen durch Repräsentanten ausländischer Staaten oder internationaler Organisationen anhand allgemein anerkannter Kriterien für freie und faire Wahlen. In einem theoretischen Teil sollen zunächst die demokratietheoretischen und völkerrechtlichen Anforderungen an freie und faire Wahlen formuliert und anschliessend Motive, Ablauf, Trägerschaft, Typen und Funktionen der Supervision erörtert werden. Der empirische Teil untersucht anhand konkreter Fälle Art, Umfang und Wirksamkeit internationaler Supervision im Vorfeld und während der Wahlen sowie die Wahlentscheidung und die Akzeptierung des Ergebnisses. Den Schlussteil bildet eine Beurteilung der Möglichkeiten und Grenzen internationaler Supervision von Wahlen. Die Hauptfragestellungen lauten: - Welches sind die Kriterien für freie und faire Wahlen? - Was leistet internationale Wahlbeobachtung? - Sollen nationale Wahlen obligatorisch einem ähnlichen internationalen Kontrollmechanismus unterworfen werden wie die Menschenrechte?
Zeitraum:	1985 - 1995
Art des Projekts:	Eigenprojekt des Forschers(in)
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1997/12
Kontaktadresse:	Hochschule St. Gallen Institut für Politikwissenschaft Dufourstrasse 45 9000 St. Gallen
Publikationen:	Möckli, Silvano: Wahlhilfe durch die UN. Am Beispiel Namibia 1989 und Südafrika 1994. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 3/1995. Möckli, Silvano: Internationale Unterstützung bei nationalen Wahlen. Oktober 1995.

Autoren:	Zoltán Tibor Pállinger (Leitung), Jürg Martin Gabriel
Titel:	*Die politische Elite Ungarns im Systemwandel*
Kurzbeschrieb:	Darstellung des Systemwandels in Ungarn. Dabei wird die Rolle der politischen Elite untersucht und erklärt. Die Entwicklungen in den achtziger Jahren führten zu einem Patt zwischen den Machthabern und der Opposition. Dieses Problem konnte durch

	Verhandlungen gelöst werden. Es wird aufgezeigt, wie die besondere Interessenlage der Akteure im Zusammenspiel mit strukturellen Veränderungen den friedlichen Systemwandel ermöglicht haben. Ferner werden die Probleme, die sich aus diesem Prozess ergaben, skizziert.
Zeitraum:	1985-1994
Art des Projekts:	Dissertation
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1996/12
Kontaktadresse:	Hochschule St. Gallen Institut für Politikwissenschaft Dufourstrasse 45 9000 St. Gallen

---

Autor:	Tomas Ries (resp.)
Titel:	*The Russian Federation: The centre and the regions*
Kurzbeschrieb:	Présentation des conditions politiques, économiques, démographiques, sociales. etc. dans les régions de la Fédération Russe. Histoire des régions depuis 1989 à présent. Analyse des relations politiques des régions avec le centre.
Zeitraum:	1989-1995
Art des Projekts:	Recherche mandatée
Stand:	En cours
Abschlusstermin:	1995/12
Kontaktadresse:	Université de Genève Institut universitaire de hautes études internationales - IUHEI CP/PF Case 36 Rue de Lausanne 132 1211 Genève 21
Publikation:	Ries, Tomas: The Republic of Karelia. Rapport fra Planleggings-og, utredningsavdelingen, Utenriksdepartementet, Oslo, Avril 1994, p. 86.

Autoren:	Peter Roder (Leitung), Bernhard Brunner (Leitung)
Titel:	*Chemieereignis-Datenbank PC-FACTS*
Kurzbeschrieb:	Auf Grund eines durch eine breit abgestützte Umfrage zusammengetragenen Anforderungsprofils wurde der Entscheid getroffen, eine Zusammenarbeit mit dem Dept. of Industrial Safety der TNO in Apeldoorn,

	NL vertraglich zu regeln und deren bestehende Datenbank FACTS für eine gesamtschweizerische Nutzung einzusetzen. Die Datenbank ist im AC-Laboratorium in Spiez installiert und steht seit dem 1.1.94 den interessierten Kreisen von Seite Behörden, Industrie, Ingenieurbüros und Hochschulen für Recherchen gegen Entgelt zur Verfügung. In der Datenbank zusammengestellt werden Informationen über kleinere Unfälle bis hin zu Störfällen bei Produktion, Lagerung, Transport, Anwendung und Entsorgung von gefährlichen Chemikalien; zusammen mit den beim Unfall getroffenen Massnahmen und den Auswirkungen auf Mensch und Umwelt.
Zeitraum:	Aktuell, bis in die siebziger Jahre zurückreichend; einzelne Unfälle von früher sind ebenfalls berücksichtigt worden.
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1999/12
Kontaktadresse:	Gruppe für Rüstung AC-Laboratorium AC-Zentrum 3700 Spiez

---

Autoren:	Dieter Ruloff (Leitung), Constantin Vagenas
Titel:	*Europe in a Changing International Security Environment*
Kurzbeschrieb:	Ausgangspunkt ist der fundamentale strukturelle Wandel in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges. Das Wiederaufflammen regionaler Konfliktformen im Osten und Süden des früheren Westeuropas stellt die Frage nach den Möglichkeiten und Fähigkeiten Westeuropas, sich der anstehenden sicherheitspolitischen Probleme anzunehmen.
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1993/12
Kontaktadresse:	Universität Zürich Forschungsstelle für politische Wissenschaft Abteilung Internationale Beziehungen Wiesenstrasse 9 8008 Zürich

---

Autorin:	Ariane Sabet-Sobhani (Leitung)
Titel:	*Die Friedenskonzeption der Bahá'í-Religion*
Kurzbeschrieb:	Die Friedenskonzeption der jüngsten Weltreligion entstand Mitte des 19. Jahrhunderts. Ziel der Dissertation ist es, in einem ersten Teil die Bahá'í-Friedenskonzeption anhand von Quellentexten und Sekundärliteratur darzustellen, zu analysieren und auf ihre Aktualität hin zu prüfen. In einem zweiten Teil wird das in den Bahá'í-Schriften angestrebte Weltordnungsmodell auf seine praktische Umsetzung durch die Bahá'í-Weltgemeinde untersucht.
Zeitraum:	1844-heute
Art des Projekts:	Dissertation
Stand:	Laufend
Kontaktadresse:	Hochschule St. Gallen Institut für Politikwissenschaft Dufourstrasse 45 9000 St. Gallen

---

Autor:	Gérald Schneider (resp.)
Titel:	*Politik der regionalen Integration*
Kurzbeschrieb:	Evaluation des théories sur l'intégration régionale. Développement des modèles formels pour la négociation internationale et domestique. Analyses statistiques et qualitatives des modèles.
Art des Projekts:	Recherche personnelle
Stand:	Achevé
Abschlusstermin:	1995/10
Kontaktadresse:	Universität Bern Institut für Politikwissenschaft Unitobler Lerchenweg 36 3000 Bern 9
Publikation:	Schneider, Gérald: Strategic Integration: Domestic Politics and Regional Cooperation in Europe. University of Michigan Press, 1996.

Autor:	Markus R. Seiler (Leitung) (a)
Titel:	*Kleinstaaten im Europarat - Fallstudien zu Island, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, San Marino*

Kurzbeschrieb:	Ziele, Grenzen, Chancen, Möglichkeiten, Strategien von Island, Liechtenstein, Luxemburg, San Marino und Malta in ihrer Politik am Europarat.
Zeitraum:	1992-1994
Art des Projekts:	Dissertation
Stand:	Abgeschlossen
Abschlusstermin:	1994/04
Kontaktadressen:	Hochschule St. Gallen Institut für Politikwissenschaft Dufourstrasse 45 9000 St. Gallen (a) Europarat Av. de L'Europe 67000 Strasbourg (b)
Publikationen:	Seiler, Markus R.: Die besonderen Beziehungen der Schweiz zu Lichtenstein. In: LJZ Liechtensteinische Juristen-Zeitung, 3/1991, S. 101 ff. Seiler, Markus R.: Der Beitritt Liechtensteins zum Europarat. In: LJZ, Liechtensteinische Juristen-Zeitung, 1/1994, S. 116 ff.Seiler, Markus R.: Kleinstaaten im Europarat. Dissertation, St. Gallen, 1995, (erhältlich beim Autor).

Autor:	Marek Skreta (Leitung)
Titel:	*Die politischen Auswirkungen der internationalen Finanzströme: Untersuchung mit besonderer Berücksichtigung von Ost-Mitteleuropa*
Kurzbeschrieb:	Untersuchung der politischen Wirkungen, die sich aufgrund der Globalisierung der Finanzmärkte und dem Anwachsen der internationalen Finanztransaktionen ergeben.
Zeitraum:	1980 - 1995
Art des Projekts:	Dissertation
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1997/12
Kontaktadresse:	Hochschule St. Gallen Institut für Politikwissenschaft Dufourstrasse 45 9000 St. Gallen

---

Autoren:	Kurt R. Spillmann (Leitung) (a), Günther Bächler (Leitung) (b), Stefan Bellwald (a), Stephan Libiszewski (a), Naigzy Gebremedhin (a), Mohamed Suliman (a)
Titel:	*Management von Umweltkonflikten in und zwischen Entwicklungsländern. Erarbeiten von Methoden und Aufbau eines internationalen Netzwerkes - ECOMAN*
Kurzbeschrieb:	Das Projekt ECOMAN zielt darauf ab, innovative Methoden des Umweltkonfliktmanagements in Entwicklungsländern zu entwickeln und Kooperation im Bereich Ressourcenmanagement zu fördern. Sowohl nationale als auch internationale Umweltkonflikte sind Gegenstand der Forschung. Die Forschungsarbeit konzentriert sich auf das Horn von Afrika. Die Zielsetzung des Projektes kann folgendermassen zusammengefasst werden: - Intensivierung der Forschung im Bereich Umweltkonfliktmanagement in Entwicklungsländern. - Etablierung und Institutionalisierung eines internationalen Netzwerks von Partnern in der Region Horn von Afrika. - Applikation der erarbeiteten theoretischen Ansätze in aktuellen, umweltbedingten Konfliktsituationen Das Netzwerk von Südpartnern ist aufgeteilt in sechs Forschungsgruppen, die sich auf die Länder der Region verteilen (Sudan, Eritrea, Äthiopien, Djibouti, Somalia). In halbjährlichen Workshops wird der Forschungsstand der einzelnen Gruppen verarbeitet und das weitere Vorgehen diskutiert. Um die Kommunikation zu erleichtern, wurde in Asmara, Eritrea, ein Stützpunkt in Form des Advisor and Regional Coordination Office errichtet. Aufgabe der Forschungsgruppen ist es, Feldstudien durchzuführen, konkrete Umweltkonflikte in ihren Ländern zu studieren, Kontakte zu den betroffenen Parteien und staatlichen Behörden aufzunehmen und gegebenenfalls Interventionen durchzuführen.
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en) Vom SNF subventionierte Forschung
Stand:	Geplant
Abschlusstermin:	1999/12
Kontaktadressen:	Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse

ETHZ SEU
8092 Zürich (a)

Schweizerische Friedensstiftung - SFS
Postfach 75
Wasserwerkgasse 7
3000 Bern 13 (b)

Autoren:	Kurt R. Spillmann (Leitung), Günther Bächler (Leitung), Volker Böge, Stefan Klötzli, Peter B. Okoh, Stephan Libiszewski, Abdul M. Hafiz, Christoph Lang, Mohamed Suliman
Titel:	*Environment and Conflict Project (ENCOP), International and internal conflicts caused by environmental transformation*
Kurzbeschrieb:	Zielsetzung: Das Ziel des beantragten Projekts ist die Erforschung der Beziehungen von Umweltbelastung bzw. -zerstörung einerseits und politischen Spannungen und militärischen Konflikten andererseits. Unser Interesse gilt der Ausleuchtung der Kausalzusammenhänge zwischen (anthropogenen) ökologischen Problemfeldern und vorhandenen oder erwartbaren gewaltsamen Konflikten. Da ökologische Probleme nicht an staatlichen Grenzen haltmachen, gilt es, sowohl inner- als auch zwischenstaatliche Konflikte und ihre Interdependenzen zu analysieren. Ökologische Probleme lassen sich nicht mit militärischen Mitteln lösen. Gleichwohl besteht die Gefahr, dass Staaten auf militärische Gewaltanwendung zurückgreifen, wenn durch ökologische Bedrohungen (mit-)verursachte Konflikte räumlich und in ihrer Intensität eskalieren. Um dies zu verhindern, bedarf es unter anderem einer genauen Kenntnis der vorhandenen oder potentiellen ökologischen Konfliktursachen und ihres Zusammenhangs mit anderen konfliktdeterminierenden und -beeinflussenden Faktoren. Erst aus dieser Kenntnis heraus lassen sich Strategien der nichtgewaltförmigen Konfliktprävention, -bearbeitung und -lösung ableiten.
Art des Projekts:	Auftragsforschung Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1995/12

Kontaktadressen: Schweizerische Friedensstiftung - SFS
Postfach 75
Wasserwerkgasse 7
3000 Bern 13

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse
ETHZ SEU
8092 Zürich

Publikationen:

Bächler, Günther; Böge, Volker; Klötzli, Stefan; Libiszewski, Stephan: Umweltzerstörung: Krieg oder Kooperation? Ökologische Konflikte im internationalen System und Möglichkeiten der friedlichen Bearbeitung. Agenda-Verlag, Münster, 1993.

Klötzli, Stefan: Der slowakisch-ungarische Konflikt um das Staustufenprojekt Gabcikovo. ENCOP Occasional Papers nº 7, Bern / Zürich June 1993.

Böge, Volker: Das Sardar-Sarovar-Projekt an der Narmada in Indien - Gegenstand ökologischen Konflikts. ENCOP Occasional Papers nº 8, Bern / Zürich June 1993.

Bächler, Günther: Conflicts and Cooperation in the Light of Human-Ecological Transformation. In: ENCOP Occasional Papers nº 9, Bern / Zürich October 1993.

Bächler, Günther: Desertification and Conflict. The Marginalization of Poverty and of Environmental Conflicts. ENCOP Occasional Papers nº 10, Bern / Zürich March 1994.

Klötzli, Stefan: The Water and Soil Crisis in Central Asia - a Source for Future Conflicts? June 1994. ENCOP Occasional Papers nº 11, Bern / Zürich June 1994.

Lang, Christoph: Environmental Degradation in Kenya as a Cause of Political Conflict, Social Stress and Ethnic Tensions. ENCOP Occasional Papers nº 12, Bern / Zürich January 1995.

Libiszewski, Stephan: Water Disputes in the Jordan Basin Region and Their Role in the Resolution of the Arab-Israeli Conflict. ENCOP Occasional Papers nº 13, Bern / Zürich August 1995.

Spillmann, Kurt R.Bächler, Günther (eds.): Environmental Crisis: Regional Conflicts and Ways of Cooperation. Report of the International Conference at Monte Verità, Ascona, Switzerland, 3-7 October 1994.

ENCOP Occasional Papers nº 14, Bern / Zürich September 1995.

Autoren:	Kurt R. Spillmann, Karl W. Haltiner (Leitung), Luca Bertossa
Titel:	*Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität - Meinungstrends 1995 (Sicherheit 1995)*
Kurzbeschrieb:	Ziel des Projekts ist die Untersuchung von Trends in der sicherheitspolitischen Meinungsbildung.
Zeitraum:	1995/03-1995/05
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1995/12
Kontaktadresse:	ETH Zürich Militärische Führungsschule - MFS Steinacherstrasse 101b 8804 Au/Wädenswil

---

Autor:	Albert A. Stahel (Leitung)
Titel:	*Empirische Untersuchung des Luftkrieges in verschiedenen Kriegen*
Zeitraum:	1940-1993
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en) Persönliche Forschung
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1996/12
Kontaktadresse:	ETH Zürich Militärische Führungsschule - MFS Steinacherstrasse 101b 8804 Au/Wädenswil

---

Autoren:	Albert A. Stahel (Leitung), Marius Skujens
Titel:	*Strategische Zukunft des Baltikums*
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en) Persönliche Forschung
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1997/12
Kontaktadresse:	ETH Zürich Militärische Führungsschule - MFS Steinacherstrasse 101b 8804 Au/Wädenswil

Autor:	Albert A. Stahel (Leitung)
Titel:	*Krieg in Jugoslawien (im ehemaligen)*
Kurzbeschrieb:	Verlauf und Ergebnisse des Krieges (der Kriege) in Jugoslawien (im ehemaligen).
Art des Projekts:	Persönliche Forschung
Stand:	Abgeschlossen
Kontaktadresse:	ETH Zürich Militärische Führungsschule - MFS Steinacherstrasse 101 b 8804 Au/Wädenswil
Publikationen:	Stahel, Albert A.: Proceedings of 2nd Beijing International Conference on System Simulation and Scientific Computing. In: Vol. 1, Beijing, 1992, S. 156-169. Stahel, Albert A.: The war in former Yugoslavia. A macro-simulation. In: APORS 94, Fukuoka, Japan.

Autoren:	Heiner Staub (Leitung), Bernhard Brunner
Titel:	*Bearbeitung von Problemen der Verifikation im Zusammenhang mit dem Chemiewaffenübereinkommen*
Kurzbeschrieb:	Bearbeiten verschiedener Teilaspekte (vor allem für "Dual-Use-Chemikalien") wie Verifikationsprozedere, Anforderungsprofile für Inspektoren und deren Ausbildung, Verifikationsanalytik und Implementierung des CW-Übereinkommens in der Schweiz.
Zeitraum:	Aktuell; zurückreichend bis 1900.
Art des Projekts:	Eigenprojekt der genannten Institution(en)
Stand:	Laufend
Abschlusstermin:	1997/12
Kontaktadresse:	Gruppe für Rüstung AC-Laboratorium AC-Zentrum 3700 Spiez

---

Autoren:	Sören Z. Von Dosenrode, Ulrich Klöti (Leitung)
Titel:	*Anpassung von Kleinstaatexekutiven an die europäische Integration*
Kurzbeschrieb:	Der schnell voranschreitende europäische Integrationsprozess (EEA, Maastricht) beeinflusst sowohl die Beziehungen zwischen den Staaten als auch ihre Binnenstrukturen. Das Projekt deckt die Anpassun-

gen auf, die innerhalb und ausserhalb der EG als Folge der Integration vorgenommen worden sind. Welche konkreten Auswirkungen hat der Integrationsprozess gehabt? Sind die Verwaltungen "europäisiert" worden, und wenn ja, mit welchen Folgen? Das Projekt hat seinen Ausgangspunkt in Verwaltungstheorien und der Kleinstaattheorie. Praktisch muss das Projekt als Beitrag zur Diskussion über die schweizerische Regierungsreform gesehen werden. Welche Erfahrungen haben andere Kleinstaaten bezüglich Europa gemacht, und was kann die Schweiz von ihnen lernen?

Art des Projekts: Persönliche Forschung
Stand: Abgeschlossen
Abschlusstermin: 1994/06
Kontaktadresse: Universität Zürich
Institut für Politische Wissenschaft
Abt. Innenpolitik / Vergleichende Politik
Karl Schmid-Strasse 4
8006 Zürich
Publikationen: Von Dosenrode, Sören Z.: Den optimale Minimallösning Danmarks administrative tilpasning til EF. In: Nordisk Administrativt Tidsskrift 4/1993, S. 454-465.
Klöti, U.Von Dosenrode, S.: Adaptation to European Integration: Changes in the Administration of Four Small States. In: Australian Journal of Public Administration, Vol. 54, 1995, S. 273-280.

Autoren: Urs Wiesmann, Beat Sottas, Manuel Flury, Cornelia Eggmann, Erwin Küenzi, G.K. (DURP) King'oriah, E.N.D. (DURP) Ndegwa, Francisca (DURP) Maina, Seraphin (DURP) Njagi
Titel: *Actors' strategies and perceptions in resource management and planning (ASP)*
Kurzbeschrieb: The present research, labeled "Actors' strategies and perceptions in resource management and planning" (ASP) consists of a pluri-disciplinary, collaborative program between partners of the universities of Bern and Nairobi. ASP addresses crucial environmental and societal problems in a rural area in Africa, threatened by environmental degradation, land use transformation and social conflicts. In order to obtain a comprehensive understanding of the complex

problem, ASP focuses on the articulation of local users, planning procedures and the influence of deciding actors.

Zeitraum: 1980-1995
Art des Projekts: Vom SNF subventionierte Forschung
Stand: Laufend
Abschlusstermin: 1999/12
Kontaktadressen: Universität Bern
Institut für Soziologie
Lerchenweg 36
3000 Bern 9

Universität Bern
Geographisches Institut
Gruppe für Entwicklung und Umwelt
Hallerstrasse 12
3012 Bern

Universität Bern
Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie - IKAÖ
Falkenstrasse 16
3012 Bern

Publikationen: Sottas, Beat: Problems and perspectives of scientific collaboration between Europe and Africa. In: Bearth, T.Möhlig, W.Sottas, B.Suter, E. (Hg.): Perspektiven afrikanistischer Forschung / Perspectives des recherches africanistes. Zum X. Afrikanistentag in Zürich. Seminar für allgemeine Sprachwissenschaft der Universität Zürich, Schweizerische Afrika Gesellschaft, Köppe Verlag, Köln, Bern, 1994, S. 379-401.
Wiesmann, Urs: Existenzsicherung versus nachhaltige Ressourcennutzung. In: unipress, Nr. 81, Pressestelle der Universität Bern, 1994, S. 20-23.
Flury, Manuel: Ökologie und Überleben im ländlichen Afrika. Ökologisch ausgerichtete Entwicklung im Sahel: endogene Strategien und externe Intervention. In: Sottas, B.Roost Vischer, L. (Hg.): L'Afrique part tous les matins / Überleben im afrikanischen Alltag. 1995.
Ndegwa, E.N.D.: Grassroots participation in development planning in Kenya: Empowering local communities. In: Sottas, B.Roost Vischer, L. (ed.): L'Afrique part tous les matins / Überleben im afrikanischen Alltag. 1995.

Sottas, Beat: Deciding Actors and their Relevance in Resource Management in the Upper Ewaso Ng'iro Basin. Working Paper; Preliminary Synthesis III of Actors' strategies and perceptions - ASP, Institute of Sociology, University of Bern, 1995.
Wiesmann, Urs; Flury, Manuel: Local Actors and their Relevance in Resource Management in the Upper Ewaso Ng'iro Basin. Working Paper; Preliminary Synthesis I of Actors' strategies and perceptions - ASP, Institute of Geography, General Ecology, University of Bern, 1995.

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, Zürich 1995.

Bulletin 1995
zur schweizerischen Sicherheitspolitik

edited by
Kurt R. Spillmann

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004